

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 21.38 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates sehr herzlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute Herrn Stadtdirektor Dr. Keller und Frau Beigeordnete Blome zu ihrer ersten Ratssitzung.

(Beifall)

Beide werden gleich die Gelegenheit nutzen und das Wort an Sie richten.

Bevor wir dann zur Festlegung der Tagesordnung kommen, begrüße ich ebenfalls ganz herzlich unser neues Ratsmitglied, Frau Claudia Heithorst, die ich jetzt verpflichten möchte.

(Beifall)

Frau Heithorst wurde als Nachfolgerin von Frau Gordes gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Frau Heithorst, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Außerdem bitte ich alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben - bitte auch Sie, liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, liebe Vertreter der Medien und liebe Bezirksbürgermeister.

(Die Anwesenden erheben sich)

Frau Heithorst, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall - Oberbürgermeisterin Henriette Reker übergibt Claudia Heithorst [CDU] Unterlagen - Claudia Heithorst [CDU]: Danke schön!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch daran erinnern, dass - wie bei den letzten Sitzungen auch - heute wieder ein Informationsstand vor dem Ratssaal aufgebaut ist, an dem Sie sich heute - und auch während der nächsten Sitzungen - noch einmal über die mobile Gremienarbeit informieren können. Frau Müller und ihr Team sowie die Kollegen vom Amt für Informationsverarbeitung stehen Ihnen dort wieder für Fragen zur Verfügung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Oedingen, Herr Rottmann, Frau Schöntwerpes und Frau Tokyürek entschuldigt.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Herrn Walter, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Heuser.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zu- und Absetzungen: Unter TOP 4.2 und 4.3 liegen nachträglich eingegangene Anfragen vor. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung von TOP 10.24, TOP 10.25, TOP 15.1 und TOP 17.7 bis 17.12 vor. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.6 bzw. 10.6.1 und 10.13.

Der Antrag der Fraktion der AfD auf Aktuelle Stunde konnte nach § 5 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung nicht zugesetzt werden. Dort heißt es:

Der Antrag muss der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister und den Fraktionen am Tag vor der Ratssitzung (bis 24 Uhr) gestellt sein. Der Antragsteller ist für die fristgerechte Zustellung ... verantwortlich und bei Bedarf nachweispflichtig.

Der Antrag ist um 23.52 Uhr der Verwaltung über das Sitzungssystem zugestellt worden. Heute Morgen wurde ich dann aber von verschiedenen Fraktionen darüber informiert, dass dort der Antrag auf Aktuelle Stunde nicht eingegangen ist. Auf die nach der Geschäftsordnung vorgesehene Nachfrage der Verwaltung konnte die antragstellende Fraktion den Nachweis der Zustellung bislang nicht erbringen.

Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnungsvorschriften sind nicht neu und regeln diesen Fall eindeutig. Mein Verständnis von De-

mokratie ist, dass sich alle an die demokratischen Spielregeln halten.

(Lachen von Markus Wiener [pro Köln])

Eine Zusetzung ist nicht möglich, wie ich es eben vorgetragen habe, wenn der Nachweis der fristgerechten Zustellung nicht erbracht werden kann.

(Roger Beckamp [AfD] meldet sich zu Wort)

- Sie werden später das Wort erhalten.

Ich komme zunächst zu den Dringlichkeitsanträgen.

Erstens liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vom 3. Februar 2017 zum Thema „Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A 3“ vor. Diesen Dringlichkeitsantrag finden Sie unter TOP 3.1.6. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN ist der Behandlung dieses Antrags zugestimmt.

Zweitens liegt unter TOP 3.1.7 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und LINKEN zum Thema „Köln zeigt Haltung“ vor.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP, Piraten, Ratsgruppe GUT - und Herr Wortmann ist auch dabei.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Er hat sich zurückgezogen! Er ist nicht dabei!)

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Behandlung dieses Antrags zugestimmt.

Dann kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, die Verwaltungsvorlage, die unter TOP 10.25 eingebracht ist, zu Beginn der Vorlagen unter TOP 10 zu beraten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schlagen vor, sie unter TOP 3.1.6

zu beraten, weil ja jetzt dieser Dringlichkeitsantrag dazu vorliegt!)

- Gut. Das können wir machen. - Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann machen wir es so.

Zur Vorlage unter TOP 10.7 wurde im AVR angekündigt, dass sich die Fraktionen um eine Einigung zum Livestream bemühen. Wie ich erfahren habe, hat es bisher keine Einigung gegeben, sodass wir die Vorlage heute zurückstellen und der AVR sie in seiner nächsten Sitzung erneut beraten wird.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Der AVR hatte unserer Kenntnis nach den gesamten Vorgang Livestream auf die März-Sitzung des AVR vertagt - mit sämtlichen Anträgen.

Zu diesem Thema liegt unter TOP 3.1.4 ja auch noch ein Antrag der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT vor. Wir schlagen vor, diesen Antrag ebenfalls in die AVR-Sitzung im März dieses Jahres zu verweisen, um dann nach Führen der Debatte und gegebenenfalls auch Entscheidung das Gesamtthema im Rat am 4. April 2017 final zu behandeln.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bitte schön, Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir sprechen uns gegen eine Verweisung aus und wünschen, dass unser Antrag heute hier zumindest von den Antragstellern begründet werden kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können Sie jetzt machen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gerne, Herr Zimmermann.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt bei der Festlegung der Tagesordnung?)

- Er kann gegen die Überweisung sprechen; natürlich nicht inhaltlich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das hat er doch schon gemacht!)

- Er spricht gegen die Verweisung.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hiermit begründen, warum ich gegen die Verweisung in den AVR bin.

Der erste Grund ist ein ganz einfacher: Die Verwaltung hat nämlich bereits hervorragende Arbeit geleistet. Das Ergebnis ihrer Prüfung liegt uns schon seit dem 3. November 2016 vor. Ich möchte daran erinnern, dass wir im März 2016 den Auftrag gegeben haben, zu überprüfen, wie man das Livestreaming verbessern kann. Es liegt - wie gesagt, seit dem 3. November 2016 - eine Beschlussvorlage vor. Wir hatten diese Beschlussvorlage auf der November-Sitzung des Rates auf der Tagesordnung, wir hatten diese Beschlussvorlage auf der Dezember-Sitzung des Rates auf der Tagesordnung, und wir haben diese Beschlussvorlage auch heute auf der Tagesordnung.

Wir denken, dass es ausreichend Zeit gab, um diese Beschlussvorlage zu beraten.

Wir haben als kleine Gruppen im Rat diese Zeit gefunden und haben einen, wie ich meine, hervorragenden Antrag dazu verfasst.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Dieser Antrag bezieht sich übrigens ausschließlich auf Punkte, die in der Beschlussvorlage wiederzufinden sind. Er ist also durchaus beschlussfähig. Wir meinen, dass es jetzt an der Zeit ist, Farbe zu bekennen.

Falls Sie den Antrag dennoch verweisen wollen - was ich bedauern würde und befremdlich fände; denn das ist ein rechtzeitig, fristgerecht eingestellter Antrag, und selbstverständlich möchten wir hierzu auch eine Debatte haben und nicht, dass er einfach verwiesen wird -, möchte ich Ihnen als Letztes noch etwas mit auf den Weg geben. Für den Fall, dass Sie dennoch beschließen wollen, ihn ohne Debatte zu verweisen, möchte ich nämlich auf den Punkt der Archivierung hinweisen; denn das ist offensichtlich der Knackpunkt, warum viele Fraktionen dem nicht zustimmen wollen.

Auch unser Antrag sieht vor, dass einzelne Rednerinnen und Redner selbstverständlich auch

das Recht haben, einen archivierten Beitrag löschen zu lassen - genauso, wie man hier den Livestream unterbrechen lassen kann. Die Persönlichkeitsrechte sind also sowohl in unserem Antrag als auch in der Beschlussvorlage der Verwaltung bestens gewährleistet.

Es geht uns um Transparenz und eine zeitgemäße Form der Berichterstattung über unsere Arbeit hier im Rat.

Bitte bedenken Sie das bei Ihren weiteren Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und pro Köln)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer gegen die Verweisung in den Fachausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind pro Köln, die AfD, die Gruppe GUT, die Piraten und Herr Wortmann. Damit ist dieser Antrag in den Fachausschuss verwiesen.

Mir liegen weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung vor. Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Bitte. Vor wenigen Minuten haben wir hier ja die Behandlung des Dringlichkeitsantrags „Köln zeigt Haltung“ beschlossen und ihn in der Tagesordnung unter TOP 3.1.7 eingefädelt. Ich möchte für die Antragsteller beantragen, dass wir ihn an die Spitze der 3.1er-Punkte setzen, also unter TOP 3.1.0 behandeln.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine Nachfrage bezieht sich auch auf diesen Antrag, der bis jetzt als Tagesordnungspunkt 3.1.7 vorgesehen ist. Er ist weder in Session eingestellt, noch liegt er als Tischvorlage vor.

Wir reden hier also über eine Sache, die zumindest wir als Ratsgruppe pro Köln noch gar nicht anschauen konnten. Dem sollte doch abgeholfen werden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Er ist freigegeben und müsste vorliegen. Wir klären

das aber. Bis wir zu diesem Tagesordnungspunkt kommen, ist das geklärt. Vorher haben wir ja noch andere Themen zu behandeln.

Herr Beckamp, bitte.

**Roger Beckamp** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, mit Blick auf unseren Antrag auf Aktuelle Stunde heute danke ich Ihnen zunächst dafür, dass ich etwas sagen darf. Das ist schon einmal gut.

In der Tat ist unser Antrag, über Ihr Demokratieverständnis zu diskutieren, verfristet. So sind die Regeln. Daran halten wir uns auch. Insofern hat sich das mit meinen Aussagen so weit erledigt.

Ich übergebe Ihnen aber trotzdem noch ein Schreiben, das dazu passt. Das wird dann anders zu klären sein.

(Roger Beckamp [AfD] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker eine Unterlage)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. - Herr Börschel hat sich gemeldet. Entschuldigung, dass ich nicht nach Gegenstimmen gefragt habe.

**Martin Börschel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, dass ich das gerade nicht überhört habe. Ich möchte noch anregen, dass die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.25 gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion unter TOP 3.1.6 behandelt wird.

(Zurufe: Das haben wir ja bereits gehabt!)

- Ist das gesagt worden? Das habe ich dann überhört. Ich bitte um Entschuldigung.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Woüber wir allerdings noch abstimmen müssen, ist das Vorziehen von TOP 3.1.7 auf TOP 3.1.0. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT und den Piraten. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Jetzt hat zunächst Herr Stadtdirektor Dr. Keller das Wort. Bitte schön.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, heute erstmals im Rat zu Ihnen sprechen zu können. Hier darf ich mich zunächst noch einmal für das große Vertrauen bedanken, das Sie mir mit der Wahl im September letzten Jahres entgegengebracht haben.

Jetzt sind sechs Wochen im Amt vorbeigegangen wie im Flug. Ich habe nie daran gezweifelt, dass Köln eine dynamische Stadt ist. Überrascht hat mich dann aber doch das Tempo, in dem mein Terminkalender vollgelaufen ist und in dem die Themenstellungen auf einen Neuling in dieser Stadt einprasseln. An der einen oder anderen Stelle würde man sich ja tatsächlich wirksame Geschwindigkeitsbegrenzungen wünschen.

(Heiterkeit)

Ich würde Ihnen gerne in einigen wenigen Minuten - ungefähr zehn, wenn Sie gestatten - meine ersten Eindrücke schildern und die Schlussfolgerungen darstellen, die ich aus diesen Eindrücken für mein Arbeitsprogramm der nächsten Wochen und Monate gewonnen habe.

Zunächst einmal möchte ich auch hier mit einem Dank starten. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung - angefangen beim Verwaltungsvorstand über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernatsbüros bis hin zu den einzelnen Dienststellen - haben mir den Start sehr leicht gemacht. Ich erlebe viel Engagement, viel Kompetenz und die Bereitschaft, zum Wohle der Stadt anzupacken.

Das macht mir Mut für die Aufgaben, die vor uns liegen. Denn mir ist in den sechs Wochen jetzt auch deutlich geworden, dass es einen großen Reformbedarf in der Kölner Stadtverwaltung gibt. Wenn wir die Verwaltung fit machen wollen für die großen Aufgaben, die in einer wachsenden Stadt zu bewältigen sind, dann müssen wir uns, so meine ich, an vielen Stellen neu aufstellen.

Ich möchte Ihnen einige Themen nennen, an denen dies deutlich wird.

Im Personalbereich müssen wir uns dringend an die Erfordernisse einer dynamisch wachsenden Stadt anpassen. Damit meine ich nicht nur, dass wir in bestimmten neuralgischen Bereichen künftig mehr Personal als heute brauchen. In vielen

Bereichen, die für die wachsende Stadt wichtig sind, haben wir heute schon Rekrutierungsprobleme. Aber auch im Bereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes haben wir in Teilbereichen erhebliche Vakanzen und neue Aufgaben zu bewältigen.

Aber der schlichte Ruf nach mehr Personal ist hier nicht allein zielführend. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir nämlich davon ausgehen, dass wir in Zukunft immer größere Schwierigkeiten haben werden, qualifiziertes Personal zu bekommen. Deshalb werden wir mehr tun müssen, als Plakate aufzuhängen, in denen wir verkünden, dass 1 000 Stellen frei sind.

Wir müssen unsere Rekrutierungsbemühungen professionalisieren, um zielgenau die richtigen Köpfe für die Stadtverwaltung gewinnen zu können.

Wir müssen unsere Ausbildungsbemühungen verstärken, um die künftigen Bedarfe auch aus eigener Kraft decken zu können.

Wir müssen im Bereich der strategischen Personalentwicklung stärker werden, um diejenigen, die jetzt schon bei uns arbeiten, auch stärker an uns zu binden und sie weiterzuqualifizieren.

Um für diese Themen die organisatorische Basis zu schaffen, sind wir gerade dabei, das Amt für Personal und Organisation grundlegend zu reformieren. Hierzu hat bereits im vergangenen Jahr ein Neuausrichtungsprozess begonnen, den wir in diesem Jahr zum Abschluss bringen wollen. Ziel ist es, das Amt 11 zu einem Dienstleister für die Verwaltung zu machen, der eher wie eine hausinterne Unternehmensberatung arbeitet, als zentralistisch zu steuern. Mehr dezentrale Verantwortung ist für dieses Konzept unabdingbar und wird auch von den Fachbereichen vehement eingefordert.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Erhebliche Potenziale für mehr Bürgerservice und effizientere Prozesse in der Verwaltung liegen in der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist einer der Bereiche, in denen die Stadtverwaltung Köln bereits deutlich besser positioniert ist als viele andere vergleichbare Großstädte. Hier geht es deshalb meines Erachtens nicht darum, Defizite zu beseitigen, sondern darum, Stärken zu stärken.

Mit dem Amt 12 steht der Kölner Verwaltung ein leistungsfähiger IT-Dienstleister zur Verfügung.

Hinzu kommt eine hervorragende Vernetzung der Kölner IT-Aktivitäten. Mit NetCologne verfügen wir über einen leistungsfähigen Netzanbieter im eigenen Stadtwerke-Konzern. Wir haben damit die Basis, die digitale Stadtverwaltung zügig voranzubringen.

Allerdings haben die vielfältigen Aktivitäten in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass die Ressourcen für dieses Thema in der Stadtverwaltung an mehreren Stellen verortet sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, sämtliche Kräfte für dieses Thema an einer Stelle zu bündeln, und werde der Oberbürgermeisterin in den nächsten Wochen hierfür einen organisatorischen Vorschlag machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Prozessoptimierung ist an vielen Stellen nötig. Ich glaube, dass es erheblichen Bedarf gibt, unsere Arbeitsabläufe in der Verwaltung effizienter zu machen.

Lassen Sie mich dazu ein kleines Beispiel nennen. Am letzten Freitag erhielt ich eine Vorlage zur Freigabe in unserem Session-System. Inhalt der Vorlage ist eine Mitteilung der Verwaltung an eine Bezirksvertretung für deren Sitzung Ende März 2017. Gegenstand der Mitteilung ist die Frage, ob die Beschilderung einer Ladezone auf der Länge von drei Häuserfronten so verändert werden kann, dass der Bereich samstags zum allgemeinen Parken genutzt werden kann.

Was ist das Besondere an diesem Vorgang?

Erstens. Ich habe mich gefragt, warum dies ein Vorgang ist, mit dem sich der Stadtdirektor zu befassen hat. Bei allem Respekt; ich glaube, dass das auch auf anderer Ebene entschieden werden kann.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Genau das konnte man mir aber nicht so genau erklären. Vermutlich liegt es daran, dass ich auch für die Bürgerämter zuständig bin und deshalb viele der Vorlagen, die die Bürgerämter betreffen, zur Freigabe erhalte.

Zweitens. Beim Blick auf den Weg, den diese Vorlage in der Verwaltung genommen hat, habe ich festgestellt, dass an der Vorlage insgesamt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt waren - darunter zwei Dezernenten, also außer mir auch noch der Kollege Höing, zwei Amtsleiter und ein Abteilungsleiter; Dezernatsbüros und Referenten waren ebenfalls dabei.

Drittens. Der Beschluss der BV, die Ladezone samstags freigegeben zu wollen, datiert von November 2015 und ist damit bereits anderthalb Jahre alt. Im Ergebnis hat die Verwaltung also fast eineinhalb Jahre gebraucht, um der Bezirksvertretung einen Vorschlag für die Gestaltung einer Ladezone zu machen.

Sie schlägt aber - abweichend vom Wunsch der Bezirksvertretung - vor, die Ladezone nicht gänzlich freizugeben, sondern lediglich ab 13 Uhr. Bislang ist sie bis 15 Uhr ausgewiesen. Wir reden also nach eineinhalb Jahren von einer Veränderung um zwei Stunden.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir überlegen: Was macht die Bezirksvertretung am 20. März 2017 mit diesem Vorschlag? Entweder beschließt sie ihn. Dann muss noch jemand die Schilder aufhängen. Ich hoffe, dass das dann zügig geht. Oder sie beschließt ihn nicht und hat einen anderen Wunsch, der dann wieder einen Prüfprozess in der Verwaltung auslöst.

Das ist nur ein kleines Beispiel. Eigentlich kann man sagen, das sei eine Lappalie. Ich glaube aber, dass es vielleicht ein Problem illustriert, das wir auch im Größeren haben.

Meines Erachtens müssen wir uns neu die Frage stellen, wer in der Verwaltung welche Entscheidungen treffen kann. Mehr Eigenverantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Beifall)

und mehr Entscheidungsfreude sind dringend notwendig. Entscheidungsspielräume erzeugen Motivation. Und nur Motivation schafft auch Engagement für diese Stadt.

Wer sich in der Verwaltung engagiert und motiviert gestalten will, der darf auch Fehler machen. Auch das ist mir wichtig.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jetzt würde ich gerne wieder sehr ernsthaft werden. Ein bedeutender Bereich, sehr viel wichtiger als die Ladezone, ist der gesamte Bereich des Bauens. In der letzten Woche habe ich im Verwaltungsvorstand vorgeschlagen, sämtliche Schnittstellen in den städtischen Bauprozessen zu untersuchen. Insbesondere wollen wir das Zusammenspiel der bauenden Ämter mit den

Querschnittsfunktionen der Stadtverwaltung untersuchen.

Ich glaube, dass hier ein Grund dafür liegt, dass die Stadtverwaltung in den letzten Jahren beim Thema Bauen nicht immer die beste Figur gemacht hat. Wir haben gerade in diesem Bereich unsere Prozesse vielleicht zu sehr daran ausgerichtet, Fehler vermeiden zu wollen.

Durch eine Vielzahl von Prüf- und Abstimmungsnotwendigkeiten geht aber eine klare Ergebnisverantwortung verloren. Deshalb müssen wir meines Erachtens unsere internen Regelwerke daraufhin überprüfen, ob sie überflüssige Prüfschleifen enthalten, ob sie Verantwortlichkeiten verwischen oder ob sie Eigenverantwortung eher behindern oder eher fördern.

Ein Beispiel ist aus meiner Sicht die Kölner Vergabeordnung, kurz KVO genannt. In einem komplett durch Gesetze und Erlasse durchregulierten Rechtsgebiet wie dem Vergaberecht - das beginnt bei europäischen Richtlinien und geht über Bundesgesetze und -verordnungen bis hin zur Landeshaushaltsordnung und darauf basierenden Erlassen des Innenministers, die wir zu berücksichtigen haben - leisten wir uns eine eigene städtische Rechtsvorschrift, die auf 70 Seiten insgesamt über 29 verschiedene Fallkonstellationen regelt.

Um das näher zu erläutern: Es gibt vier Kategorien von Aufträgen, nämlich Bauleistungen, Lieferungen und Leistungen, freiberufliche Leistungen und Konzessionen. Diese Kategorien werden durch die verschiedenen Verfahrensarten des Vergaberechtes mit Unterkategorien weiter ausdifferenziert. Anschließend erfolgt eine weitere Differenzierung nach Wertgrenzen, sodass letztlich 29 unterschiedliche Fallkonstellationen in dieser KVO geregelt sind. Und bereits zu einer beabsichtigten Vergabe einer Leistung von über 2 500 Euro finden sich in der KVO normierte Regularien.

Ich bin mir nicht sicher, ob das ein Regelwerk ist, das für eine Millionenstadt tauglich ist.

In diesem Zusammenhang würde ich auch mit Ihnen als Politik, mit Ihnen als Mitgliedern des Rates, den Dialog darüber aufnehmen, ob wirklich alles, was wir Ihnen vorlegen, auch im Rat oder den Ausschüssen entschieden werden muss.

Ich erinnere zum Beispiel an die letzte Sitzung des AVR, in der wir Lizenzen für eine juristische Onlinedatenbank verlängert haben. Diese Lizen-

zen sind nichts anderes als das tägliche Handwerkszeug eines jeden Juristen - nicht nur in der Kölner Stadtverwaltung, sondern in jeder Kanzlei und in jeder Verwaltung dieser Republik.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat auf 54 Vertragsverlängerungen aufmerksam gemacht, die in Köln in einem Jahr in den Ratsgremien entschieden wurden, ohne dass dies zwingend wäre und ohne dass dies in anderen Städten so gehandhabt wird.

Ich glaube, dass Politik und Verwaltung hier von einem gemeinsamen Entschlacken unserer Regelwerke profitieren könnten.

(Beifall)

Noch ein letzter Punkt dazu: Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass Verwaltung Handlungsspielräume braucht. Ich bin aber auch der Überzeugung, dass Verwaltung Ihnen gegenüber umso transparenter und verlässlicher sein muss, je größer die Handlungsfreiheit wird. Deshalb sollten wir parallel auch an dieser Transparenz arbeiten.

Ein erster Schritt könnte zum Beispiel eine Überprüfung unserer Instrumente zum Beschlusscontrolling sein, die in ihrer Aussagekraft für Sie, glaube ich, verbesserungsbedürftig sind.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auch dazu würde ich Ihnen in den nächsten Monaten gerne Vorschläge machen, um sie mit Ihnen zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss einige Worte in meiner Funktion als Ordnungsdezernent sagen. Das Thema Sicherheit hat in Köln ja eine besondere Bedeutung. Ich glaube, dass aus den Ereignissen der Silvesternacht 2015 in der Stadt und in der Stadtverwaltung die richtigen Schlüsse gezogen worden sind. Der weitgehend reibungslose Ablauf der Großevents in 2016 hat das gezeigt.

Ich halte es auch für absolut richtig, dass der Rat im letzten Jahr beschlossen hat, den städtischen Ordnungsdienst um 100 Personen aufzustocken. Es wird jetzt darauf ankommen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir diese Personen auch rekrutieren, qualifizieren und in einem ersten Schritt auch erst einmal unterbringen können.

Ich würde die Bemühungen der Stadt aber gerne noch in einem weiteren Feld verstärken, und

zwar in dem Feld der Prävention. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei würde ich gerne die kriminalpräventiven Bemühungen, die wir in den Bezirken bereits recht erfolgreich praktizieren, auch auf die Ebene der Gesamtstadt heben.

Ein kriminalpräventiver Rat als Forum und als Netzwerk aller kommunalen und staatlichen Akteure und der freien Trägerlandschaft kann an dieser Stelle noch einmal Impulse setzen. Die Gründung eines solchen Rates werde ich in den nächsten Wochen vorbereiten.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, Köln ist eine großartige Stadt mit unglaublich viel Potenzial. Ich werde mit aller Kraft dafür arbeiten, diese Stadt weiter voranzubringen, und freue mich darauf, das mit Ihnen gemeinsam zu tun. Auf gute Zusammenarbeit! - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächste hat Frau Beigeordnete Blome das Wort.

**Beigeordnete Andrea Blome:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Sie auf eine kleine Reise mitnehmen - eine Reise in das Jahr 2030. Die Mobilität in Köln hat sich grundlegend verändert. Autos, Bahnen, Busse, Fahrräder, Bike- und Carsharingsysteme und Mitfahrzentralen bilden einen virtuellen Fuhrpark, einen sogenannten Mobilitätspool.

Die Mobilitätsdienstleistungen sind optimal auf Ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmt. Über einen Datenpool wird die schnellste, preiswerteste und umweltverträglichste Fortbewegungsmöglichkeit angeboten. Das System übernimmt dabei zugleich die Zahlungsabwicklung.

Nun bitte ich Sie, sich Ihren mobilen Tagesablauf vorzustellen. Morgens aktivieren Sie Ihr Smartphone. Sie haben natürlich eine Mobilitäts-App installiert. Sie treten aus dem Haus und freuen sich, dass die Straße, in der Sie leben, umgestaltet wurde. Statt jeder Menge parkender Autos haben Sie jetzt breite Gehwege, breite und sichere Radverkehrsanlagen und schöne Aufenthaltsbereiche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Weil Sie kein eigenes Auto mehr haben, nutzen Sie Carsharing oder eine Mitfahrzentrale. Für Fahrradboxen und Fahrradbügel ist genug Platz im Straßenraum. Sie gehen zur Mobilitätsstation um die Ecke und aktivieren das zuvor über die App reservierte Fahrrad. Auf Ihrem Weg zum Bahnhof bekommen Sie die Information, dass Ihr Zug Verspätung hat. Die App hat für Sie bereits eine alternative Wegekette berechnet. Über das Pendlerportal wird Ihnen eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

Sie schauen sich um und sind froh darüber, dass das hässliche Parkhaus gegenüber endlich abgerissen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dort wird ein ganz besonderes Wohnhaus gebaut, das auf die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden abgestimmt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die sonst notwendigen Pkw-Stellplätze werden nicht geschaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dafür muss ein gleichwertiges Mobilitätskonzept entwickelt werden.

Neben umfangreichen Annehmlichkeiten für den Radverkehr wie komfortablen Abstellmöglichkeiten und einer kleinen Fahrradwerkstatt erhalten die Mieter eine Mitgliedschaft bei einem Carsharinganbieter und ein ÖPNV-Abo als Mieterticket. In der unmittelbaren Nähe gibt es Supermärkte, Restaurants und ÖPNV-Haltestellen, sodass man ohne eigenes Auto prima zurechtkommt.

Sie würden gerne dort leben und haben sich schon auf die Interessentenliste setzen lassen. Die Nachfrage ist groß.

Das Leben in der Stadt hat sich gegenüber 2017 sehr verbessert. Privat-Pkw mit Verbrennungsmotor sind nur noch wenige auf der Straße. Zentrale Bereiche der Stadt sind nur noch für Busse, Fahrräder, Taxis, Lieferwagen, Rettungs-

fahrzeuge, Müllabfuhr, Anwohner-Pkw und Elektrofahrzeuge befahrbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit ist die Luftqualität in der Stadt viel besser geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Ihnen dieses Zukunftsbild vielleicht gefallen könnte, dann lade ich Sie ein; denn dann haben wir zusammen sehr viel zu tun, um dahin zu kommen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Die ganz großen Handlungsfelder der nächsten Jahre sind der Aufbau einer intelligenten Verkehrssteuerung, der Abbau des Sanierungsstaus in der Verkehrsinfrastruktur, der Ausbau der Radverkehrsnetze und der Ausbau des ÖPNV.

Die Erneuerung der überalterten Verkehrstechnik ist eine zwingende Voraussetzung zur Verkehrsoptimierung. Der hohe Stauanteil in Köln ist der größte Einflussfaktor bei der Luftverschmutzung. Vor dem Hintergrund der anstehenden Baustellen in Köln selbst und auf dem umgebenden Autobahnnetz brauchen wir ein baulastübergreifendes Baustellen- und Umleitungsmanagement. Intelligente Verkehrssteuerung und die Vernetzung der Verkehrsarten sind hierbei die wesentlichen Herausforderungen und bieten ein hohes Zukunftspotenzial.

Zur Umsetzung brauchen wir allerdings effiziente Strukturen und schnellere Entscheidungswege. Auf die Beispiele von Herrn Dr. Keller würde ich dabei gedanklich gerne noch einmal zurückgreifen.

Diesem zwingend notwendigen Veränderungsprozess innerhalb der Verwaltung möchte ich durch die Herauslösung des Bereiches Verkehrstechnik aus dem Amt für Straßen und die Schaffung eines neuen Amtes für Verkehrsmanagement Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU und von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Der Sanierungsstau bei den Brücken und Tunneln ist eklatant. Ehrlich gesagt, mache ich mir Sorgen, wie diese zahlreichen Großprojekte im Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt werden können. Auch dazu müssen wir Projektmanagementstrukturen aufbauen, die wahrscheinlich anderer Organisationsformen bedürfen, als die

etablierten Linienorganisationen in den Ämtern abbilden.

Beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur müssen wir Gas geben. Dazu gehört auch der Ausbau von Fahrradabstellanlagen. Für die Innenstadt haben Sie schon ein Radverkehrskonzept beschlossen und zur Realisierung zusätzliches Personal bewilligt. Damit sind wir in der Lage, ein konkretes Umsetzungsprogramm zu erstellen.

Auch der ÖPNV ist an einigen Stellen notleidend. Ich freue mich, dass ich Ihnen in Kürze konkrete Vorschläge für den Ausbau der Ost-West-Achse unterbreiten kann. Auch für die Beplanung der anderen Schienenausbauprojekte, die Sie über den ÖPNV-Bedarfsplan beschlossen haben, sollten wir personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Bezüglich der Projekte bin ich in enger Abstimmung mit der KVB und dem Zuwendungsgeber NVR.

Aktuell sprechen wir beim Thema „Stärkung des ÖPNV“ auch über die Nutzung des Rheins etwa für Wasserbusse oder Personenfähren. Auch dazu haben Sie einen Beschluss gefasst, den die Verwaltung selbstverständlich bearbeitet.

In Anbetracht dieser ganzen Arbeitsprogramme dürfen wir nicht wieder in einen Umsetzungsstau hineingeraten. Davon gibt es in Köln in der Vergangenheit schon zu viele.

Damit ist eines der wichtigsten Handlungsfelder als Voraussetzung dafür, dass wir die anstehenden Aufgaben überhaupt bewältigen können, der Umbau der Verwaltung zu einer effizienten und verschlankten Organisation. Dabei werden viele alte Zöpfe abzuschneiden sein und viele gewohnte und vertraute Zuständigkeiten entfallen müssen. Damit meine ich nicht nur die Verwaltung selbst, sondern auch Sie als Auftraggeber der Verwaltung. Dazu hat Herr Dr. Keller schon einiges gesagt.

Ich möchte mich nun noch einmal dafür bedanken, dass Sie mir das Verkehrsressort anvertraut haben - ein sehr spannendes Gebiet, das mir täglich viel Freude und auch täglich mindestens eine Überraschung bietet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in den Ämtern tolle Leute vorgefunden, die sehr engagiert arbeiten und die sich auch, glaube ich, mit uns gemeinsam sehr darauf freuen, dass wir mit schnellen Entscheidungen und kurzen Wegen den Weg in die Zukunft gehen können.

Ich selber werde alles geben, um mit Ihnen die wichtigen Weichenstellungen in die Zukunft der Mobilität in Köln vorzunehmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, für Frau Beigeordnete Berg ist die heutige Ratssitzung ihre letzte - zumindest als Beigeordnete der Stadt Köln.

Liebe Frau Berg, Sie bleiben ja noch einige Wochen im Dienst. Trotzdem möchte ich Ihnen heute schon einmal in diesem Rahmen für Ihren engagierten und erfolgreichen Einsatz für den Wirtschaftsstandort Köln herzlich danken.

(Beifall)

Frau Berg möchte jetzt noch einige Abschiedsworte an uns richten. Bitte sehr.

**Beigeordnete Ute Berg:** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die einen kommen, die andere geht. So ist das Leben. Ich wünsche meinem Vorredner und meiner Vorrednerin ganz viel Erfolg - auch viele Erfolge im gemeinsamen Bestreben, diese wunderbare, diese pulsierende Stadt noch weiter nach vorne zu bringen. Sie hat es verdient.

(Beifall)

Vor gut sechs Jahren bin ich hier in Köln gestartet. Die sprichwörtliche kölsche Offenheit, die mir damals von allen Seiten entgegengebracht wurde, hat mir den Anfang sehr erleichtert. Und wie singen die Wise Guys? Ich dreh mich einmal um, schon ist ein halbes Jahr herum. Auch für mich verging die Zeit wie im Flug. Heute schaue ich auf sechs intensive - natürlich auch arbeitsintensive - Jahre zurück.

Und ich sage nicht ohne Stolz: Es hat sich gelohnt. Wir verzeichnen die höchsten Gewerbesteuererinnahmen, seit Köln in 2006 die Milliardenschwelle geknackt hat. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt bei 537 000, die der Gesamtarbeitsplätze sogar bei rund 725 000. Das sind neue Rekorde. Der Immobilienmarkt meldet mit 412 000 Quadratmetern ein Allzeithoch bei den Bürovermietungen. Der Kölner Investmentmarkt erzielt mit fast 2 Milliarden Euro das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten.

Diese tolle Entwicklung haben wir mit aller Kraft unterstützt - mit einer Wirtschaftsförderung, die als Anwalt der Unternehmen und ihrer Beschäftigten der Wirtschaft vor Ort zur Seite steht, mit der Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft, die sich in den letzten Jahren massiv die digitale Transformation der Kölner Wirtschaft auf die Fahne geschrieben hat, und mit einer Liegenschaftspolitik, die die Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung erst schafft.

Für Letzteres will ich nur einige wenige Beispiele nennen.

Erstens - das liegt am weitesten zurück -: die Vorbereitung des Clouth-Geländes und passgenaue Übergabe des Staffelstabs an moderne Stadt. Wir haben ein gut bestelltes Feld hinterlassen und damit den Startschuss für die Entwicklung des Geländes als Vorzeigequartier gegeben.

(Beifall von der SPD)

Zweitens: der Ankauf des alten Hertie-Kaufhauses als Basis für eine Neugestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes und für die langersehnte Aufwertung der Porzer City.

(Beifall von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens: die Entwicklung der neuen Wohnquartiere Sürther Feld, Zündorf und Rondorf, die Raum für die wachsende Stadt schaffen, und dazu das Modell der Konzeptausschreibung und die Wohnungsbauoffensive. Alles das steht für die wichtige Rolle der Liegenschaften bei der Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklung.

Die Dynamik der digitalen Entwicklung des Standorts haben wir auf verschiedensten Feldern forciert und durch internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel mit dem Digital Hotspot Tel Aviv, begleitet.

Ganz besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist der erfolgreiche Aufbau des Digital Hubs Cologne, der vor wenigen Tagen offiziell eröffnet wurde. In ihm kooperieren Start-ups und vor allem mittelständische Unternehmen. Sie bringen ihre spezifischen Potenziale mit ein und beschleunigen den Digitalisierungsprozess.

Die Ansiedlungserfolge der letzten Jahre und die Beispiele für eine gelungene Standortsicherung und Erweiterung von Unternehmen lesen sich wie ein Who's who der deutschen Wirtschaft - von Admiral und AkzoNobel über Braskem, Deutz AG, Germanwings und Eurowings bis zu

Peugeot, Citroën, Ford, HRS, REWE, Digital, Kienbaum und Zurich.

Dabei sind natürlich zwei Dinge klar:

Erstens. Es läuft nicht immer alles wie am Schnürchen. Komplexe Projekte können sich auch schon mal gordisch verknoten. Dann sind Ausdauer und Stringenz gefordert. Meine Maxime: Der erfolgreiche Abschluss lohnt jede Mühe - siehe MesseCity, wo wir letztlich mit Zurich voll ins Schwarze getroffen haben. Eines der größten Projekte der letzten Jahrzehnte ist nun in trockenen Tüchern.

Zweitens. An allen Erfolgen sind immer viele kreative Köpfe beteiligt. Bei allen, die unter großem Engagement in den letzten sechs Jahren mitgemacht haben, möchte ich mich ganz ausdrücklich und sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Wichtig für Kölns erfolgreichen Weg in die Zukunft ist dabei auch weiterhin, dass den Unternehmen und ihren Beschäftigten die Aufmerksamkeit und die Unterstützung zukommen, die sie verdienen. Wirtschaftsförderung muss fest als wichtige städtische Aufgabe verankert sein - angefangen mit einem Flächenmanagement, das die konkurrierenden Nutzungen angemessen berücksichtigt, bis hin zur ausgeprägten Serviceorientierung quer durch alle Verwaltungsbereiche.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass eine starke Wirtschaftsförderung die Liegenschaften im Verbund braucht. Ohne Liegenschaften sind Wirtschaftsförderer lame Ducks und können Unternehmen nicht mit der nötigen Autorität Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen zur Verfügung stellen. Ich werbe an dieser Stelle noch einmal eindringlich dafür, die Wirtschafts- und Digitalförderung zu stärken und nicht zu beschneiden.

Ein letzter wichtiger Aspekt: Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sollten nicht nach Gefühlslage, also aus dem Bauch heraus, Einzelentscheidungen treffen. Erfolgreiches städtisches Handeln braucht fundierte Strukturen und Konzepte.

Daher habe ich zwei Prozesse in Gang gesetzt, die Rahmen für städtisches Handeln schaffen.

Zum einen ist das der Markenprozess, der die Außenwerbung des Standortes optimiert. Wir haben dabei die wichtigsten Argumente, die für Köln sprechen, in einer internationalen Befragung ermittelt. So können wir die Stärken Kölns

gezielt und wirksam national und international verbreiten.

Zum anderen ist das der Prozess der nachhaltigen Zukunftsentwicklung, für den das Prognosegutachten „Standort Köln - Perspektive 2030“ Grundlagen bietet. Dabei hat Prognos die Kölner Wirtschaftsstruktur analysiert und in Relation zu den globalen Wirtschaftstrends gesetzt.

Diese beiden fundierten und verlässlichen Orientierungsrahmen lege ich denen, die künftig für die Förderung des Wirtschafts- und Digitalstandortes Verantwortung tragen, wärmstens ans Herz.

Abschließend: Ich wünsche mir, dass Köln weiterhin Erfolgsgeschichten schreibt. Ich werde den Weg dieser Stadt mit viel Sympathie und mit großem Interesse verfolgen, auch wenn ich selbst nicht mehr das Rad mitdrehe, sondern ein bisschen entschleunige. - Maat et joot!

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Diesmal sind die Blumen nicht rot-weiß, sondern so, wie ich Frau Berg ihr zukünftiges Leben wünsche: bunt.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker überreicht Beigeordneter Ute Berg einen Blumenstrauß - Beifall)

**Beigeordnete Ute Berg:** Vielen Dank. Das Schönste am Abschied sind die vielen schönen Blumensträuße. Von Herrn Frank habe ich im Liegenschaftsausschuss auch schon einen bekommen.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein und beginnen mit:

## 2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

**2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ in 2017 im Museum Ludwig 4045/2016**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Spende angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum für Ostasiatische Kunst hier: Schenkung der Skulptur „Usagi Kannon II“ von Leiko Ikemura mit Hilfe des Fördererkreises des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. aus Mitteln privater Spenderinnen und Spender sowie der Kunststiftung NRW 4250/2016**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Förderkreis des Museums für Ostasiatische Kunst e. V. und bei der Kunststiftung NRW.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**2.3 Schenkung ethnologischer Gegenstände hauptsächlich aus Thailand und Myanmar 0112/2017**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Johann-Nikolaus Meußdoerffer sehr herzlich.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**2.4 Schenkungsannahme für das Werk „Einsturzstelle“ (Hinweisschild) des Künstlers Mischa Kuball 3240/2016**

Auch hier frage ich, ob es Stimmen gegen die Annahme dieser Schenkung gibt.

(Martin Börschel [SPD]: Mit der Maßgabe „wie Ausschuss Kunst und Kultur“?)

- Ja, mit den Maßgaben; selbstverständlich.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist nur wichtig!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei der Initiative ArchivKomplex und dem Künstler Mischa Kuball, der auf unserer Zuschauertribüne sitzt, sehr herzlich.

(Beifall - Mischa Kuball erhebt sich)

Wahrscheinlich geht es Ihnen genauso wie mir: Wenn ich an der Einsturzstelle vorbeikomme, denke ich natürlich auch immer an die Todesopfer.

(Beifall)

Wir kommen zu:

### **3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

##### **3.1.0 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend „Köln zeigt Haltung“ AN/0265/2017**

Eben haben wir ja beschlossen, diesen Dringlichkeitsantrag an dieser Stelle in die Tagesordnung aufzunehmen.

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Joisten.

**Christian Joisten** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich im Namen der SPD-Fraktion unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir heute gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit dieses Rates und damit im Namen der überdeutlichen Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner hier eine Resolution einbringen, mit der Köln Haltung zeigt und klar Stellung bezieht.

Leider ist dies notwendig geworden, nachdem die AfD ausgerechnet - aber wahrscheinlich auch ganz bewusst - Köln als Ort für ihren Bundesparteitag im April dieses Jahres gewählt hat. Gerade

vor dem Hintergrund der antifaschistischen Tradition der vergangenen Jahre und Jahrzehnte von Arsch Huh über das breite gesellschaftliche Bündnis „Köln stellt sich quer“ bis zur aktuellen Initiative aus der Mitte des Kölner Karnevals, aber auch angesichts des Spannungsfeldes zwischen der beispiellosen Hilfe für Geflüchtete und den schrecklichen Ereignissen der vorvergangenen Silvesternacht muss diese Ortswahl als ungeheuerliche Provokation betrachtet werden.

Dass wir hier die führenden Vertreter einer Partei beherbergen sollen, die selbst nicht davor zurückschrecken würden, auf flüchtende Menschen bei der Suche nach Herberge schießen zu lassen, wie es beispielsweise Frauke Petry und Beatrix von Storch wiederholt gesagt haben, muss uns allen die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt der Vielfalt, der Toleranz und der Menschenwürde,

(Beifall bei der LINKEN)

eine Stadt der Freiheit und der Solidarität gegenüber Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung bei uns Schutz suchen.

(Beifall)

Köln ist und bleibt eine bunte Stadt des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders. Alle, die genau diesen Grundsätzen und Prinzipien unserer Stadt entgegenarbeiten und gegen sie agieren, wie eben die Vertreter der AfD, sind in dieser Stadt ausdrücklich nicht willkommen.

(Beifall)

Dieses Signal wollen wir mit der heutigen Resolution setzen.

Gleichzeitig fordern wir aber auch mit allem Nachdruck dazu auf, den völlig legitimen und verständlichen Protest ausschließlich friedlich zum Ausdruck zu bringen. Jegliche Gewalt, auch schon deren Androhung, lehnen wir entschieden ab.

(Beifall)

Dies gilt selbstverständlich genauso konsequent auch für die andere Seite. Gewaltandrohung gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maritim-Hotels sind völlig inakzeptabel und müssen rechtsstaatlich verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

So sehr wir die Geschäftsleitung der Hotelkette für ihre Entscheidung, den Bundesparteitag der AfD hier in Köln zu ermöglichen, kritisieren, so solidarisch stehen wir natürlich auch hinter den Menschen, die aus beruflichen Gründen mit dieser Entscheidung umgehen und deren Folgen aushalten müssen.

Dies betrifft in besonderer Weise auch die Sicherheitskräfte und hier insbesondere die Polizei, die einmal mehr in der unglücklichen Lage sein wird, die grundgesetzlich verbrieften Rechte einer unerträglichen Partei schützen und sogar durchsetzen zu müssen.

Da unsere Polizeibeamten in den vergangenen Wochen und Monaten in höchstem Maße belastet waren und dennoch in hervorragender Weise die Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt gesichert und sogar verbessert haben, gebührten ihnen unser voller Respekt und unsere Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Auch deshalb sind Regelüberschreitungen und Gewaltanwendungen gegen Personen und Sachen auf jeden Fall zu vermeiden.

Insgesamt steht es uns und damit dieser Stadt gut zu Gesicht, hier und heute ein klares Bekenntnis zu allen Artikeln unseres Grundgesetzes und zu allen Facetten unserer wunderbaren Heimatstadt abzulegen. Deshalb fordern wir alle Mitglieder dieses Rates auf, dieser Resolution zuzustimmen und sich im Weiteren an ihrer Grundausrichtung zu orientieren. - Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau, bitte.

**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Beckamp, ich würde Sie sehr herzlich bitten, das Filmen einzustellen. Auch dafür gibt es hier Regeln.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

- Hier gibt es eine Regelung der Geschäftsordnung, Herr Beckamp.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt ein Recht auf Persönlichkeit! Und das, was gefilmt worden ist, muss gelöscht werden!)

Danke schön, Herr Beckamp.

**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wieder an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Wir haben in den letzten Jahren bei vielen Anlässen gezeigt, dass die Kölner gemeinsam stehen - gemeinsam für Toleranz, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Und es gibt viele Zeitpunkte, zu denen man gemeinsam aufstehen muss. Wir haben jetzt wieder einen Zeitpunkt, zu dem wir auch wieder gemeinsam sagen müssen: So geht es nicht.

In den letzten Monaten sind Dinge über eine Partei in die Presse gekommen, die mit unserer Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar sind. Wenn solche Dinge passieren, muss man im Kreise der Demokraten solidarisch gemeinsam ein Zeichen setzen, meine Damen und Herren. Wir begrüßen es deshalb, dass hier viele Initiativen gemeinsam demonstrieren wollen, und wollen dies heute mit einem Signal positiv begleiten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wichtig ist - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen -, dass auch diese Proteste natürlich im Rahmen und auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablaufen, das heißt, dass sie friedlich verlaufen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD)

Das ist eine wichtige Voraussetzung. Es darf natürlich erst recht nicht sein - Herr Joisten hat es ja gerade erwähnt -, dass im Vorfeld Menschen bedroht werden und hier entsprechend Druck ausgeübt wird. Das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen, dass Köln anders ist, dass unsere Republik anders ist und dass wir mit Themen, die nicht auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen, mit demokratischen Mitteln umgehen können.

nen. Ein demokratisches Mittel ist der Protest. Es ist gut und wichtig, dass dieser stattfinden kann.

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Lassen Sie uns gemeinsam diese Resolution beschließen, um damit noch einmal ein kraftvolles Zeichen zu setzen und gleichzeitig aber auch noch einmal dazu aufzufordern, alles dafür zu tun, dass diese Veranstaltungen an diesem Tage friedlich verlaufen. Einerseits muss die Polizei ihre Hausaufgaben machen. Andererseits müssen aber auch die Veranstalter darauf hinwirken, dass wir hier einen friedlichen Tag der Demokratie erleben, damit wir insgesamt stolz darauf sein können, wie bisher auch, in Köln zu sein, und friedliche Bilder in die Republik und in die Welt hinausgehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Demokratinnen und Demokraten! Ob nun eine Aktuelle Stunde formal richtig beantragt worden ist oder nicht, ob die AfD den Antrag auf Aktuelle Stunde an die richtige Adresse geschickt hat oder nicht und ob die Geschäftsordnung eingehalten worden ist oder nicht, das sind alles juristisch wichtige Fragen.

Politisch - und dafür stehe ich heute - ist diese beantragte Aktuelle Stunde ein Zeugnis für ein völlig verzerrtes Demokratieverständnis dieser Partei.

(Beifall)

Es ist ein Demokratieverständnis, das nicht nur die Höckes, Gaulands und von Storchs haben, das diametral konträr zu unserem Demokratieverständnis steht. Es ist ein Zeugnis, dass auch die AfD in Köln ein völlig verzerrtes Demokratieverständnis hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Als Demokratin bin ich davon überzeugt, dass es Grundsätze gibt, die unverrückbar sind, dass es Standpunkte gibt, die nicht beliebig sind, und dass es eine Haltung gibt, die alle Demokraten über die Parteigrenzen und sozialen Milieus eint. Für uns ist die Achtung der Würde des Men-

schen und auch des Andersdenkenden unantastbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Wir erkennen die Gleichheit aller Menschen an. Wir fordern und fördern einen verantwortungsvollen und aufgeklärten Umgang mit unserer eigenen Vergangenheit. Wir stehen zu einem uneingeschränkten Nein zu jeglicher Form von Diskriminierung.

(Beifall)

Das sind die unverrückbaren und nicht verhandelbaren Standpunkte der Demokratie. Sie sind das moralische Fundament unseres friedlichen Zusammenlebens.

Das Ziel der Rechtspopulisten ist es aber, Unfrieden und Angst zu säen. Mittels alternativen Fakten und hohlem Populismus sollen breite Teile der Bevölkerung verunsichert werden. Der AfD geht es nicht um Lösungen. Es geht ihr nicht um den Sozialstaat, um Klimaschutz und um innere Sicherheit. Ihr geht um reine Provokation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Aus diesem Grund holen sie den Parteitag nach Köln - in die Hauptstadt der Weltoffenheit, der Vielfalt, der Toleranz und des Frohsinns; in eine Stadt, die ihr Selbstverständnis wie keine andere Stadt in Deutschland auf diese Grundsätze aufgebaut hat; in eine Stadt, in der die Willkommenskultur nicht erst mit den Geflüchteten gekommen ist, sondern in der die Willkommenskultur zum Gründungsmythos der Stadt gehört.

Dieser Stadt steht eine Oberbürgermeisterin voran, deren Aufgabe und tiefste Überzeugung es ist, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz zu lassen; eine Frau, die aufgrund ihrer Überzeugung von einem Rechten angegriffen wurde und beinahe ihr Leben gelassen hat.

Diese Frau wird mit der Frage adressiert, welches Demokratieverständnis sie hat. Das ist ein Hohn und eine Frechheit.

(Lebhafter Beifall)

Als Demokratin weiß ich, dass die Freiheit, der ich mich verpflichtet fühle, stets auch die Freiheit des Andersdenkenden ist. Deshalb müssen wir ertragen, dass in demokratisch gewählten und vereidigten Gremien wie dem Rat oder der Be-

zirksvertretung Menschen sitzen, die die Grundsätze der Demokratie nicht teilen.

Als Demokratin weiß ich, dass wir Sie, die AfD und pro Köln, ertragen müssen. Sie sind hier, und wir müssen Sie reden lassen, weil wir Ihre demokratischen Grundsätze achten. Aber auf Ihre Stimme und auf Ihre Haltung kommt es in dieser Stadt nicht an.

(Beifall)

Es ist Ihr Recht, einen Parteitag hier in Köln abzuhalten. Aber es ist auch unser Recht, friedlich, bunt und laut dagegen zu demonstrieren. Dieses Recht nehmen wir wahr. Es ist auch das Recht der Oberbürgermeisterin, ihre Meinung dazu kundzutun.

(Beifall)

Entschieden lehnen wir die Anfeindungen gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maritim-Hotels ab. Das sind Menschen, die ihren Job machen müssen, ob sie wollen oder nicht. Es tut mir leid, dass es zu diesen Androhungen gekommen ist. Dies ist nicht mein Rechtsverständnis und auch nicht mein Demokratieverständnis.

(Beifall)

Mein großer und ausdrücklicher Dank gilt allen, die für ein tolerantes und weltoffenes Köln einstehen. Er gilt auch meiner Kollegin Brigitta von Bülow, die sich mit dem Dringlichkeitsantrag sehr intensiv beschäftigt hat.

Ein ganz persönlicher Dank geht aber auch an das Festkomitee und den Kölner Karneval. Mit ihrer ganz klaren Haltung haben sie bewiesen, wie bewegend und beeindruckend auf eine solche Art und Weise verdeutlicht werden kann, wo Köln steht und was Köln ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demagogische Hasstiraden kennen wir hier im Rat schon seit längerem. Rechter Populismus und Verlogenheit kennen bei der AfD keine Grenzen.

Ich möchte Ihnen ein Zitat aus dem vertraulichen AfD-Manifest 2017 vorstellen, um das deutlich zu machen:

Auf jeden Fall sollte die AfD als Partei Abstand zu Gruppierungen haben, die in den Augen der Mainstream-Medien als rechtsextrem gelten.

Weiter heißt es dann:

Es muss aber nicht jedes Mitwirken individueller AfD-Mitglieder bei in den Mainstream-Medien suspekten Gruppen thematisiert und geahndet werden.

Hier könnte Herr Höcke gemeint sein. - Dann heißt es weiter:

Denn längst sind auch Bürger aus der Mitte der Gesellschaft aus Verdruss über die Altparteien bereit, mit unliebsamen Bundesgenossen bei gemeinsamen Themen zusammenzuarbeiten.

„Trau, schau, wem“, könnte man da meinen. - Weiter heißt es dann:

Diese Bürger

- die also inzwischen rechtsextrem stimmen -

muss die AfD erreichen, statt sie rechten Extremisten in die Arme zu treiben.

Die AfD also als Retter der Demokratie? Nein.

(Roger Beckamp [AfD]: Doch!)

Die AfD ist inzwischen so extrem rechts, dass all diese Extremisten in der AfD ihre Heimat gefunden haben.

(Beifall bei der LINKEN)

In der AfD sind unerträgliche Demagogen und Rattenfänger, über die wir gemeinsam aufklären müssen.

Dafür ein Beispiel aus dem besagten Papier:

Landtagsfraktionen und ihre Vorstände sind gut beraten, sich auch bei der Arbeit in den Parlamenten an dem zu orientieren, was für AfD-Wähler wichtig ist, und nicht an dem, was im Landtag gefragt ist.

Die NSDAP hätte das etwas anders formuliert. Sie hätte gesagt: Parlamente sind Schwatzbuden.

Der Jugendclub Courage hat jetzt eine kleine Broschüre über die Kölner AfD herausgegeben. Dort heißt es:

Die Arbeit der AfD im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen zeichnet sich vor allem durch kommunalpolitische Inkompetenz aus.

Diese Aussage trifft zu, glaube ich. Das haben wir heute wieder gesehen. Die Rechtsanwälte der AfD sind noch nicht einmal dazu in der Lage, entsprechend der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln zu agieren.

Zum Teil sieht man die Herren auf den Sitzungen nicht. Zum Beispiel war Ratsmitglied Rottmann, seines Zeichens MAD-Offizier, von 25 Ratssitzungen nur bei 14 anwesend. Er soll - -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Weil er krank ist!)

Er soll krank sein. Wir wünschen ihm alles Gute.

(Zurufe von der AfD)

- Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch einmal ausreden. - Aber wie kann es sein, dass Herr Rottmann am 29. Januar 2017 einen Tweet sendete: „Deutschland Erwache“? Das war genau zwischen der Ratssitzung im Dezember 2016 und der heutigen Sitzung. Meine Damen und Herren, das ist nicht irgendeine Entgleisung. Dieses Sturmlied steht deutlich unter Strafe. Herr Rottmann scheint dann doch so gesund zu sein, dass er einen solchen Tweet loslassen kann.

Der Rat hat bereits 2014 beschlossen, solchen Parteien keine Tribüne zu geben. Wir sind alle erbost darüber, dass die Zentrale der Maritim-Hotels in Bad Salzuflen anders agiert. Allein im Jahr 2016 hat der Maritim-Konzern der AfD mindestens sieben Mal Unterschlupf gewährt.

Wir finden es unerträglich, dass dort die Herren in den Vorstandsetagen verlangen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechte Hetzer auch noch freundlich bedienen müssen. Wir sind mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir reden hier von den Kolleginnen und Kollegen. An diesem Tag, dem 22. April 2017, sollte auf dem Heumarkt aber auch ein Kinderfest stattfinden. Herr Karman von der SPD organisiert es seit vielen Jahren. Ich habe ihn frühzeitig angerufen. Wir sind

so verblieben, dass er das Kinderfest natürlich absagt. Unter diesen Bedingungen kann man kein Kinderfest durchführen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, leider!)

Daran können Sie erkennen, dass dieser AfD-Parteitag nicht kinderfreundlich ist - und auf jeden Fall für alle gewöhnungsbedürftig.

Lassen Sie uns gemeinsam am 22. April 2017 uns friedlich querstellen. 2008 haben wir gemeinsam gegen die Anti-Islam-Konferenz demonstriert. Diesmal müssen wir noch mehr werden. Meine Damen und Herren, wir sind Köln. Nur gemeinsam sind wir Köln. - Danke schön.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kirsten Jahn von den Grünen hat hier etwas auch für uns Freie Demokraten sehr Wichtiges gesagt. Das möchte ich noch einmal mit unserem Namen wiederholen. Für uns als Freie Demokraten/Die Liberalen hat jede Partei, die nicht verboten ist, in unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung das Recht, einen Parteitag abzuhalten.

(Roger Beckamp [AfD]: Danke, Herr Breite!)

Für uns als Freie Demokraten/Die Liberalen hat aber auch jeder Mann und jede Frau das Recht, vor einem und gegen einen Parteitag zu demonstrieren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine Partei, die FDP, nimmt sich - wie so viele Bürgerinnen und Bürger und auch andere Parteien und Institutionen - das Recht und die Freiheit, genau dies zu tun und beim AfD-Bundesparteitag zu demonstrieren, weil es bitter nötig ist.

Bevor sich die AfD hier gleich in eine Opferrolle hineinsteigert:

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Demonstrationen und Aktionen vor Parteitag sind in unserem Land weder neu noch fremd. -

Und noch einmal schaue ich meine lieben Grünen an.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere die Grünen können ein Lied davon singen, welche Happenings vor und sogar auf Parteitag abgehalten wurden. Bei meiner FDP durften die Parteimitglieder schon einmal durch ein Spalier von Kohlekumpels gehen. Andere Parteien haben hier ganz andere, eigene Erfahrungen gesammelt.

Den öffentlich bekundeten Widerspruch haben in unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Grundordnung die Parteien auszuhalten. Das gilt auch für die AfD.

(Beifall)

Ich muss aber auch feststellen, dass der Widerspruch dagegen, hier in unserem Köln einen AfD-Bundesparteitag abzuhalten, quer durch alle Gesellschaftsschichten besonders heftig ist.

Wundern tut einen das allerdings nicht. Wer so auf eine weltoffene und liberale Gesellschaftsordnung eindrischt, wie es die AfD tagtäglich twittert, der sollte sich eigentlich nicht wundern, wenn der Rheinländer sich querstellt.

(Beifall)

Für die Kölner FDP ist die Entscheidung der AfD, in Köln einen Bundesparteitag abzuhalten, darum auch - ich habe es schon öffentlich gesagt - reine Provokation. Die rheinische Lebensart ist komplett das Gegenteil des völkischen Gedankenguts von Björn Höcke & Co.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie, meine Herren von der AfD, haben den Sinn des Liedes „Unsere Stammbaum“ von den Bläck Fööss nicht verstanden und werden ihn auch nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, rheinischer Adel in seiner edelsten Form entstand nicht durch Germany first, sondern als Völkermühle Europas.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die AfD bezeichnet sich selber als politische Bewegung in Abgrenzung von den sogenannten

Altparteien, die immerhin das deutsche Grundgesetz schufen. Sie will den Begriff „völkisch“ rehabilitieren. Man müsse daran arbeiten, sagte die Bundesvorsitzende, dass dieser Begriff wieder positiv besetzt werde.

Das muss ich hier in diesem Hohen Hause zitieren - gerade in Köln. Dahinter steckt nämlich eine Weltanschauung, die unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer, ein wahrer Rheinländer und Kölner, nach 1945 den Deutschen endgültig austreiben wollte. Die AfD will diese deutschen Schandwörter gerade in der Geburtsstadt Adenauers wieder auferstehen lassen. Man kann gar nicht so geschichtsvergessen sein, um die Provokation hier nicht zu erkennen.

(Beifall)

Wir Kölner Liberalen lehnen jedenfalls diese wirren und widerlichen Thesen ab und werden, wie gesagt, auch von unserem Recht Gebrauch machen, unseren Widerspruch öffentlich zu äußern.

Aus gutem Grund ist in unsere Resolution aber auch der Aufruf zum friedlichen Protest und zur Gewaltlosigkeit aufgenommen. Wir Liberale - und nicht nur wir, glaube ich - sind jedenfalls auf keinem Auge politisch blind. Wir wissen um die Gefahr für unsere freiheitliche Grundordnung von rechts und auch von links, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn leider gibt es aus der Ecke der linksextremen Antifa im Netz Aufrufe zu Randalen und Brandstiftung sowie Bedrohung von Mitarbeitern des Maritim-Hotels. Eine solche Agitation ist nicht nur menschenfeindlich; sie ist auch demokratiezersetzend,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

da sie zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Gewalt setzt und den Rechtsstaat und seine Institutionen - es wurde schon angesprochen - wie die Polizei aushebeln soll.

Wir als Liberale distanzieren uns auf das Schärfste von diesen Gewaltaufrufen, aber auch von Duldem. Weder die Mitarbeiter noch das Hotel sind die Verantwortlichen für den Bundesparteitag in Köln, sondern ganz allein die AfD. Wir rufen deshalb alle demokratischen Kräfte dazu auf, sich schützend vor die Mitarbeiter des Maritim-Hotels zu stellen und sich nicht mit Gewaltaufrufen gemein zu machen bzw. sie zu relativieren.

Kritik an der FDP - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung. Auch das kann man machen. Das gehört zur Demokratie. Aber hier meinte ich natürlich: Kritik an der AfD. - Kritik an der AfD muss anders artikuliert werden. Der Rat der Stadt Köln macht es mit seiner Resolution vor. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Beckamp, bitte.

**Roger Beckamp (AfD):** Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen! Es wurde ja schon fast alles gesagt. Allerdings sollten wir uns vielleicht noch einmal vor Augen halten, worum es denn eigentlich geht. Es geht um einen Parteitag unserer Bundespartei. Und das ist, lieber Herr Breite, in der Tat ein normaler Vorgang. Es sollte auch ein normaler Vorgang sein, dass wir so etwas machen können.

Wir beklagen uns nicht darüber, dass irgendwelche Leute draußen stehen und Lieder singen oder irgendwie protestieren. Mein Gott; das sind wir gewohnt. Das ist mittlerweile Folklore - leider immer wieder auch gewaltbereite Folklore insbesondere von links. Aber auch das halten wir aus. Denn wir werden von der Polizei geschützt, und zwar zu Hunderten, teilweise Tausenden.

Vielleicht wissen die Grünen noch ungefähr, wie es in Brokdorf ausgesehen hat. So sah es in Stuttgart aus. So wird es im Zweifel auch in Köln wieder aussehen.

Das haben Sie zu verantworten, weil - und jetzt komme ich zu dem Thema, das wir heute Nachmittag eigentlich ansprechen wollten - organisierte Leute, Berufskrakeeler, sich dagegenstellen - und nicht der Rheinländer, Herr Breite; mit Verlaub. Der Rheinländer ist nicht gegen die AfD.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rheinländer guckt sich genau an, was passiert.

Was hier passiert, ist aber etwas ganz anderes. Mit Verlaub; Frau Reker - das habe ich Ihnen ja übergeben, und Herr Dr. Becker wird es dann sicherlich auch zu würdigen wissen -, Sie haben Ihr Amt missbraucht. Sie haben Ihre Stellung missbraucht, um Aussagen zu treffen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin doch sehr gespannt, was dann Sie sagen, wenn ein Gericht uns bestätigt. Denn in Düsseldorf war es genauso. Herr Petelkau, werden Sie sich bei uns für Ihre Worte entschuldigen?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso denn? Wofür denn?)

Frau Reker, werden Sie das zurücknehmen? Was passiert denn dann? Was ist denn dann mit dem Rechtsstaat? Werden Sie das dann zurücknehmen und sagen: „Oh, Entschuldigung; da haben wir uns vertan“? Da bin ich aber gespannt. Das wäre in der Tat Größe.

Aus Ihnen spricht nämlich weder Mut noch Selbstvertrauen. Sie haben in diesem Antrag ja auch Zitate von unserem neuen Bundespräsidenten verwendet, der genau dazu aufruft, zu Mut und Selbstvertrauen. Ja, ganz richtig. Aber aus Ihren Worten und aus Ihrem Handeln spricht bloße Angst - Angst vor den Sorgen der Menschen, die Sie als Fremdenfeindlichkeit diffamieren. Nichts anderes ist es. Sie fahren Diffamierungskurse.

Ich bin sehr gespannt, was dann am 22. April 2017 zustande kommt, wenn Sie alles von überallher ankarren

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen wir gar nicht!)

mit Ihrer Lastwagen-Demokratie, Frau von Bülow; wunderbar.

Wir sind auch sehr gespannt, was ein Gericht entscheiden wird und wer sich dann zu uns vielleicht einmal anders einlässt. - Vielen Dank.

Ich habe es kurz gemacht, weil Herr Haug auch noch drei Worte sagen wollte. Das erlauben Sie uns, weil wir heute, glaube ich, durchaus in der Minderheit sind.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Doch. Von der Zeit her passt es genau.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie bekommen in der zweiten Runde das Wort.

(Jochen Haug [AfD]: Was meinen Sie?)

- In der zweiten Runde bekommen Sie das Wort. Wir haben bestimmt noch eine weitere Rederunde.

(Jochen Haug [AfD]: Ist keine Redezeit mehr übrig? Zwei Minuten sind doch noch übrig!)

- Ich gebe Ihnen jetzt nicht das Wort. Ich gebe Ihnen in der zweiten Runde das Wort.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD] - Gegenrufe)

Ich gebe Ihnen in der zweiten Runde das Wort. - Herr Wiener hat eine Wortmeldung abgegeben.

(Jörg Detjen: [DIE LINKE]: pro NRW kandidiert auch nicht mehr!)

**Markus Wiener** (pro Köln): Ich bin doch kein Mitglied bei pro NRW mehr, Herr Detjen. Verkehrter Adressat!

(Ulrich Breite [FDP]: Wo sind Sie denn Mitglied?)

- Das können Sie im Internet nachlesen, Herr Breite. Lesen bildet bekanntlich. Nutzen Sie die Möglichkeiten der neuen Medien.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite und andere haben ja schon Bezug genommen auf die Parallele zum Anti-Islamisierung-Kongress im Jahr 2008, der von pro Köln, FPÖ, Vlaams Belang und vielen anderen gemeinsam veranstaltet wurde. In der Tat habe ich in den letzten Tagen und Wochen recht viele Déjà-vu-Erlebnisse gehabt.

Das, was wir jetzt erleben - diese wirklich grenzenlose Stimmungsmache gegen einen Bundesparteitag der AfD hier in Köln, diese Hetze, die in den Mainstream-Medien betrieben wird, die von Linksextremisten betrieben wird und die von den etablierten Parteien flankiert und teilweise auch noch geschürt wird -, hat bei mir sorgenvolle Erinnerungen an den September 2008 geweckt. Jeder, der damals in der Stadt war, weiß noch, was passiert ist.

Im Vorfeld wurde auch gesagt, dass es friedliche Proteste geben solle. Der sogenannte Rheinländer, der hier immer gerne durch die Altparteien okkupiert wird, als könnten sie für alle Rheinländer und alle Bewohner der Stadt Köln sprechen, sollte sich friedlich querstellen.

Aber das Gegenteil war der Fall. Es wurde eine Kulisse geboten für Tausende gewaltbereite und gewalttätige Linksextremisten, die am 20. September 2008 über viele Stunden das Zentrum von Köln zu einer rechtsfreien Zone gemacht haben. Müllcontainer haben gebrannt, KVB-Wartehäuschen wurden zertrümmert, und Steine flogen gegen Polizeibeamte. Es gab Dutzende Verletzte und Hunderte Festnahmen. Als die Polizei nach Stunden endlich von der Polizeiführung von der Leine gelassen wurde, nachdem unser Anti-Islam-Kongress durch diese linksextremen Gewaltattacken erfolgreich verhindert worden war, gab es mehrere Hundert Festnahmen. Es gab auch äußerst brenzlige Situationen, als zum Beispiel einem Polizisten die Dienstwaffe durch Linksextreme entrissen werden sollte.

Für alle diese Gewalttaten wurde die Kulisse erst geschaffen durch die unter anderem von den Altparteien organisierten Proteste - und vor allem natürlich auch durch die Stimmungsmache im Vorfeld, die ja gezielt so gewählt ist, um die Protestierenden an diesem Tag zu enthemmen. Der politische Gegner - damals pro Köln, heute AfD - soll durch diese Hetze im Vorfeld entrechtet und entmenschlicht werden. Bei allen, die an dem Tag dann auf die Straße gehen, sollen die Hemmungen fallen.

Es wird stillschweigend geduldet, dass Gewalttaten und illegale Blockaden letztendlich zum Erfolg führen. Denn das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Es wird doch massiv, teilweise ganz offen, dazu aufgefordert, den Parteitag zu blockieren. Das sind illegale Nötigungshandlungen. Es wird auch gezielt dazu aufgefordert, dass das Maritim Vertragsbruch begehen soll.

Hier geht es doch nicht um friedliche Proteste. Es geht darum, auch mit illegalen Methoden unliebsame Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen in Köln zu verunmöglichen. Das ist totalitär. Das ist antidemokratisch. Dafür sollten sich alle zusammen schämen, meine Damen und Herren.

Die Menschen in dieser Stadt wissen das auch. Sie sehen genau, was hier abgeht. Die Parallelen, die ich hier aufgezeigt habe, sehen die Menschen auch.

Ich befürchte, dass wir am 22. April 2017 einen sehr unfriedlichen Tag erleben werden. Es wird ja auch weiter maßlos Stimmung gemacht und gehetzt - Höcke hin, Höcke her. Das ist ja völlig egal. Höcke kommt doch gar nicht. Trotzdem wird weiter Stimmung gemacht. Im Internet kann man lesen: Es ist völlig egal, ob Höcke kommt

oder nicht; die Proteste müssen jetzt erst recht angeschoben werden; es ist ja schon ein Teilerfolg erzielt worden. - So kommt es von linksextemer Seite. Jetzt haben sie Blut geleckt, die Gesinnungsgenossen von Herrn Detjen - jetzt erst recht; jetzt muss man nachfassen. Jede Schwäche wird noch einmal ausgenutzt, und es wird weiter auf die Spitze getrieben.

Deswegen ist unser Appell als Bürgerbewegung pro Köln ganz klar: Es geht darum, dass sich alle Parteien friedlich in Köln versammeln dürfen, dass hier keine Hetze im Vorfeld betrieben wird und dass gewalttätige Proteste im Keim unterbunden werden müssen. Wir müssen hier alles für eine echte demokratische Kultur tun, in der sich auch Oppositionelle friedlich versammeln können. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen in der ersten Runde? - Dann machen wir die zweite Runde mit Redebeiträgen in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Haug das Wort.

**Jochen Haug (AfD):** Verehrte Ratsmitglieder! Frau Oberbürgermeisterin! Ich ergreife jetzt noch kurz das Wort, weil es mir wichtig ist. Ich habe in den letzten zwei Jahren vieles ertragen, wie mein Kollege auch, obwohl es mich irritiert hat; denn wir haben zu vielen Dingen keinen Anlass geliefert. Nur: Das, was Sie heute hier machen, hat in meinen Augen eine Qualität, die ich so nicht erwartet hätte und die mich zutiefst irritiert.

Sie irritiert mich deshalb, weil das, was hier am 22. April 2017 stattfindet - darauf hat Herr Breite hingewiesen; dazu will ich noch einige Sätze sagen -, ein Bundesparteitag ist. Das ist nach Parteiengesetz, wie Herr Breite richtigerweise gesagt hat, das Recht einer Partei. Es ist allerdings nicht nur das Recht einer Partei, Herr Breite; es ist die Pflicht jeder Partei. Eine Partei könnte sich dem also nicht einmal entziehen. Es ist die Pflicht jeder Partei, gewisse Dinge auf Bundesparteitagen zu verhandeln, und zwar demokratisch zu verhandeln.

In Ihrem Antrag schreiben Sie - ich zitiere -:

Es ist daher eine Provokation, dass unsere Stadt als Bühne für die Selbstdarstellung einer Partei missbraucht werden soll, ...

Dass Sie einen Bundesparteitag, das demokratische Recht und die demokratische Pflicht, als

bloße Selbstdarstellung einer Partei verächtlich machen, kann ich nicht verstehen; tut mir leid, Herr Breite. Ich kann auch nicht verstehen, dass speziell Sie als Vertreter einer liberalen Partei das so mittragen; denn das als Provokation zu bezeichnen, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Gerade von Ihnen als Vertreter einer liberalen Partei hätte ich mir doch einen Hinweis darauf gewünscht, dass es um eine Auseinandersetzung in der Sache geht. Sie haben gesagt, dass wir mit Widerstand rechnen müssen. Wir leben auch seit Jahren mit Widerstand - aber bitte mit Widerstand in der Sache. Hier geht es allerdings darum - und nur dagegen wehren wir uns -, dass es keinen Widerstand in der Sache gibt, sondern dass das passiert, was seit vielen Jahren passiert, weshalb wir kaum mehr irgendwo Plätze oder Räumlichkeiten bekommen, um unsere Veranstaltungen abzuhalten. Es wird nämlich dagegen agitiert, dass wir diesen Parteitag überhaupt stattfinden lassen können.

Ich bin der Erste, der damit lebt, dass wir streiten - aber doch nicht darüber, ob unser Parteitag überhaupt stattfinden darf. Und genau das passiert. Sie wenden sich dagegen, dass wir in dieser Stadt überhaupt einen Parteitag abhalten dürfen. Und das hat nichts mehr mit demokratischem Grundverständnis zu tun. Dieses Recht müssen Sie uns zumindest gewähren, auch wenn Sie in der Sache nicht gleicher Meinung sind wie wir.

Ich möchte Sie bitten, darüber nachzudenken. Denn die Meinungsfreiheit ist nun einmal das Grundrecht schlechthin. Jeder, der Staatsrecht gemacht hat, weiß, dass sie das Kerngrundrecht der Demokratie an sich und des Rechtsstaates in unserem Land ist. Auch wenn es vielen von Ihnen manchmal wehtut, andere Meinungen akzeptieren zu müssen, müssen Sie das auch im Hinblick auf die AfD. Wir tun das auch sehr oft.

Ich bitte alle Vertreter in diesem Rat, wirklich alle, die Demokratie nicht nur formal vor sich hertragen, sondern tief aus dem inneren Herzen sagen: „Ich bin ein Demokrat, und ich kann im Sinne der Meinungsfreiheit auch mit anderen Meinungen, die ich überhaupt nicht teile, solange sie sich auf dem demokratischen Boden befinden, leben“, dieser Resolution nicht zustimmen; denn es kann nicht sein, dass Sie uns dieses Recht der demokratischen Willensbildung auf einem Bundesparteitag nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Börschel das Wort.

**Martin Börschel (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass es im allseitigen Interesse ist, nach den letzten drei Wortmeldungen vieles von dem, was Sie eben hier gesagt haben, nicht kommentarlos und widerspruchslos stehen zu lassen.

Herr Breite hat zu Recht vermutet, dass Sie sich in Ihren Reden als Opfer stilisieren würden. Diesen Erwartungen haben Sie dann auch entsprochen. Aber es kam noch schlimmer. Sie haben diejenigen, die aus der Mitte unserer demokratischen Gesellschaft aufstehen, um sich, wie wir gerade von Ihnen aufgefordert worden sind, sachlich mit Ihnen auseinanderzusetzen und Widerstand in der Sache zu organisieren, zu Tätern stilisiert. Und das ist ein Skandal und eine bodenlose Unverschämtheit, die wir so nicht stehen lassen können.

(Beifall)

Die organisierten Gruppen, von denen Sie reden, sind doch folgende: Es ist das Festkomitee Kölner Karneval mit all seinen angeschlossenen ehrenamtlichen Gesellschaften aus der Mitte der Kölner Stadtgesellschaft. Es ist die AG Arsch Huh, die seit vielen Jahren an der Spitze der Bewegung steht, sich gegen Ressentiments und Rassismus auszusprechen. Es ist das Bündnis „Köln stellt sich quer“, das auch seit Jahr und Tag Ähnliches tut und sich um die solidarische meinnungsfreudige Stadtgesellschaft verdient gemacht hat. Es sind diejenigen, die ein Kinderfest organisieren wollten und durch Ihren Parteitag davon abgehalten werden. Es ist die breite Mehrheit der Bevölkerung, die sich aus der Sache heraus gegen Ihre Agitation und Propaganda wendet.

Darauf sind wir stolz. Das sind keine Täter, sondern das sind Opfer Ihrer Umtriebe. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall)

Sie von der sogenannten Alternative für Deutschland fischen ganz bewusst am rechten Rand und im rechten Rand. Sie lassen Spitzen Ihrer Partei von dämlicher Erinnerungskultur fabulieren.

Björn Höcke ist eben angesprochen worden. Diejenigen, die sich in Ihrer Partei halbherzig von ihm distanzieren, tun das ja nicht etwa deswegen, weil sie das, was er sagt, aus vollem Her-

zen ablehnen, sondern diejenigen, die sich halbherzig von ihm distanzieren, tun das, weil sie das, was er sagt, für taktisch falsch halten. Das ist doch das, was man entlarven muss. Die einen stimmen ihm zu, und die anderen halten das, was er sagt, für taktisch falsch.

Deswegen müssen wir dagegen aufstehen. Es ist geradezu unsere Pflicht, das zu tun.

(Beifall)

Wir sehen Ihrer bewussten Strategie gesellschaftlicher Spaltung und Zersetzung nicht tatenlos zu. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Sie für sich in Anspruch nehmen, dürfen alle Demokratinnen und Demokraten nicht nur hier im Rat, sondern in der Gesellschaft für sich in Anspruch nehmen. Und nicht viel mehr und viel weniger tun wir.

Eines will ich allerdings noch ganz bewusst sagen, weil ich finde, dass Sie zumindest hier im Rund des Rates der Stadt Köln eine Grenze überschritten haben, indem Sie der Oberbürgermeisterin Missbrauch ihres Amtes vorgeworfen haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Oberbürgermeisterin ist Chefin der Stadtverwaltung. Die Oberbürgermeisterin ist Vorsitzende dieses Stadtrates. Die Oberbürgermeisterin ist oberste Repräsentantin dieser Stadt und der Stadtgesellschaft. Sie ist bei der direkten Wahl durch die Kölner Bevölkerung mit dem Mandat ausgestattet worden, sich auch und zuvorderst in gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. Sie darf sich nicht nur zu dem äußern, was Sie tun, was Sie vorhaben und was Sie an gesellschaftlicher Zersetzung betreiben, sondern wir erwarten das auch von ihr. Deswegen stehen der Rat der Stadt Köln und die Mehrheit der Stadtgesellschaft in dieser Frage hinter der Oberbürgermeisterin. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann hat das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ein Par-

teitag rechtlich möglich ist, dann müssen wir das ertragen. Daran geht kein Weg vorbei.

Ich möchte mich aber noch einmal des Eindrucks erwehren, als sei die AfD eine Partei im normalen demokratischen Spektrum. Das ist sie definitiv nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie ist rechtspopulistisch, und sie droht in eine rechtsextreme Partei abzukippen. Das muss ich als Demokrat nicht mehr ertragen. Solche Parteien möchte ich hier in Köln nicht sehen.

Zum Thema „Antisemitismus in der AfD“ - darauf bezieht sich ja auch das Maritim, wenn es Björn Höcke Hausverbot erteilt - möchte ich hier noch einmal kurz die Position von Thomas Traeder zitieren. Thomas Traeder werden nicht alle kennen. Er war bis vor kurzem Fraktionsgeschäftsführer der AfD hier in Köln. Er ist aber auch Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland und war auch kulturpolitischer Sprecher der AfD in Nordrhein-Westfalen. Ich würde ihn nicht zitieren, wenn er nicht inzwischen aus der AfD ausgetreten wäre.

Zum Thema „Antisemitismus in der AfD“ würde ich gerne einige Passagen aus seiner eigenen Pressemitteilung vorlesen:

Die offizielle Position der Alternative für Deutschland zum Judentum und zum Staat Israel ist die pure Heuchelei. Offiziell ist Antisemitismus in der AfD verpönt, intern weigert man sich jedoch, gegen diesen vorzugehen, und kehrt die Dinge lieber unter den Teppich.

Ein weiteres Zitat geht auch in Richtung Maritim, weil es bislang nur Björn Höcke - natürlich mit gutem Grund - Hausverbot erteilt hat. Zur Debatte um Björn Höcke schreibt Thomas Traeder nämlich:

Die Abscheu vor seinen Äußerungen ist berechtigt, allerdings handelt es sich hierbei lediglich um die Spitze eines Eisbergs. Es wäre falsch zu glauben, dass eine AfD ohne Björn Höcke kein Antisemitismus-Problem hätte.

Daher möchte ich das Maritim eindringlich bitten, auch im Rahmen seiner demokratischen und gesetzlichen Möglichkeiten noch einmal zu prüfen, ob es den Vertrag mit der AfD nicht kündigen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Dinge richtigstellen, die vielleicht noch nicht ganz klar sind. Man hatte gerade bei den Rednern der AfD immer das Gefühl, dass sie ein bisschen am Thema vorbei argumentiert haben. Ich möchte einen Punkt, den Kirsten Jahn schon angesprochen hat, noch einmal ganz deutlich machen. Sie hat es nämlich richtig gesagt. Auf die Stimmen von Ihnen und auch auf die Stimmen von pro Köln kommt es hier im Rat der Stadt Köln überhaupt nicht an, meine Damen und Herren.

Deswegen ist es eigentlich auch schade, dass wir im Zusammenhang mit dieser Resolution jetzt sehr viel Zeit geopfert haben. Aber das war eben notwendig. Und das war nicht notwendig, um zu verhindern, dass ein Parteitag Ihrer Partei hier in Köln stattfindet, sondern inhaltlich. Meine Damen und Herren, wir setzen uns ja mit den Inhalten Ihrer Partei auseinander. Sie haben doch die Debattenbeiträge gehört. Niemand hat gegen Ihre Partei als Partei geredet. Vielmehr haben wir gegen Ihre Inhalte geredet. Wir haben gegen die Bundespartei geredet. Wir haben gegen Vertreter wie Höcke, von Storch und andere geredet, die auftreten und unterirdische Meinungen transportieren. Hier ist gegen Inhalte geredet worden.

Wir rufen auch zur Demonstration gegen die Inhalte auf. Wir wollen nicht verhindern, dass irgendwo ein Parteitag stattfindet, sondern wir wollen verhindern, dass Ihre Inhalte weiter transportiert werden. Deswegen werden wir uns mit Ihnen auch demokratisch auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Herrn Bürgermeister Bartsch, mich an dieser Stelle zu vertreten.

(Bürgermeister Hans-Werner Bartsch übernimmt die Sitzungsleitung - Ober-

bürgermeisterin Henriette Reker spricht  
vom Rednerpult aus)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD möchte die Rolle der Oberbürgermeisterin und mein Demokratieverständnis diskutieren.

Ich habe eben die Aufforderung zur Abgabe einer Unterlassungserklärung erhalten.

Meine sehr geehrten Herren von der AfD, das könnte heute eine Lehrstunde in Demokratie werden - nicht weil ich Sie über die Geschäftsordnung der Stadt Köln unterrichten möchte, sondern weil Sie mir fehlendes Demokratieverständnis und rechtswidriges Rollenverhalten vorwerfen.

Ja, ich habe ein sehr aktives, lebendiges, kämpferisches Demokratieverständnis.

Herta Müller hat an meinem ersten Arbeitstag bei der Annahme des Heinrich-Böll-Preises gesagt: Erst gehen die rechten Parolen spazieren und dann die Messer. - Ich weiß sehr genau, wovon ich spreche.

(Lebhafter Beifall)

Vielleicht haben Sie ein anderes Demokratieverständnis. Aber ich weiß: Mein Demokratieverständnis steht in Übereinstimmung mit unserer deutschen Verfassung, mit unserer europäischen Werteordnung und auch mit dem Verständnis der allermeisten Menschen hier in Köln.

Wichtig ist es jetzt, den Mut und die Zuversicht nicht zu verlieren, sondern über Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten im politischen Alltag hinweg das Zeichen einer starken und mutigen Gesellschaft zu setzen.

Meine Damen und Herren, Meinungsfreiheit setzt natürlich Toleranz voraus. Meinungsfreiheit bedeutet, sich Meinungen Andersdenkender anzuhören.

Das gilt für jeden von uns - auch für Sie, meine Herren von der AfD. Wer selbst pointiert Meinungen äußert - meiner Meinung nach häufig unsachlich zugespitzt -, der muss es sich natürlich auch gefallen lassen, wenn die Kölnerinnen und Kölner ihre ablehnende Meinung ihm gegenüber sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Wir brauchen keine Gemeinschaft, in der jeder jede Meinung teilt. Aber sollte uns nicht eine Überzeugung einen, nämlich die Überzeugung,

die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Humanität nicht nur zu schätzen, sondern auch aktiv zu vertreten?

Einer solchen Wertegemeinschaft wird es gelingen, auch in unsicheren Zeiten die Zukunft klug und mutig anzugehen und sie auch erfolgreich zu meistern.

Wir alle sind als Politikerinnen und Politiker aufgerufen, die öffentliche Bühne nicht kommentar- und widerstandslos Aufhetzern und Extremisten zu überlassen, sondern mit allen unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder vermehrt ins Gespräch zu kommen, für unsere Demokratie zu werben und für sie zu kämpfen.

(Beifall)

Welches Demokratieverständnis hat denn die AfD? Sie kritisieren mein Demokratieverständnis. Aber darf ich die Gegenfrage stellen? Auf Ihren Parteitagen ist ein gefährliches Demokratieverständnis zu erleben. Wer sich für den Dialog mit Musliminnen und Muslimen, mit Medien oder mit Kritikern ausspricht, wird verhöhnt. Freie Berichterstattung wird verhindert. Führende Parteimitglieder beklagen den kritischen Umgang der Medien mit der AfD und fügen noch hinzu: Mehrheiten können sich schnell ändern.

Meine Herren, Demokratie ist nicht das, was eine Partei oder eine Parteisprecherin verkündet - im Gegenteil. Demokratie setzt eine konstruktive Debattenkultur voraus. Sie suggerieren doch den Menschen: Wenn nicht jeder das bekommt, was er für richtig hält, ist das System falsch; dann sind andere daran schuld.

Wir sollten uns immer bewusst sein, dass es durchaus nicht selbstverständlich ist, in einem demokratischen Land zu leben - in einem Land, in dem die staatlichen Organe demokratisch legitimiert sind; in einem System, in dem diese Organe ihre Entscheidungen in einem offenen Diskussionsprozess treffen und eine Mehrheit die Entscheidung bestimmt, aber jede Minderheit zuvor ihre Meinung einbringen kann und nachträglich die Entscheidung auch bewerten kann.

(Beifall)

Aktives Eintreten für Demokratie ist nicht nur das Recht einer Oberbürgermeisterin, sondern es ist ihre Pflicht.

(Beifall)

Als Oberbürgermeisterin und Vorsitzende des Rates behandle ich alle im Rat vertretenen Gruppierungen gleich.

(Lachen von Markus Wiener [pro Köln])

Ich lasse Herrn Wiener, wenn er seine Redezeit überschreitet, genauso lange weitersprechen wie alle anderen hier im Rat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Repräsentantin dieser Stadt sehe ich es aber auch als wichtige Aufgabe für mich an, im Sinne der Integration des Gemeinwesens zu wirken. Durch mein öffentliches Auftreten will ich gerade die Einheit des demokratischen Gemeinwesens sichtbar machen und diese Einheit mittels der Autorität meines Amtes stärken. Viele von Ihnen werden mir sicher zustimmen. Kommt nicht der Repräsentation der Stadt hier eine wichtige Funktion zu? Ich verstehe Repräsentation vorrangig als Integrationsaufgabe. Ich bin davon überzeugt, dass das in der heutigen Zeit so sein muss.

Ich denke, dass ich auch in Ihrem Sinne spreche, wenn ich das Wort ergreife und die Öffentlichkeit auf Missstände und Fehlentwicklungen - insbesondere auf solche, die den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger und das friedliche Zusammenleben aller hier gefährden - aufmerksam mache und für gesellschaftliches Engagement bei deren Beseitigung werbe.

Als Oberbürgermeisterin Kölns sehe ich es als meine besondere Pflicht an, für die Integration der vielen verschiedenen Menschen in unserer vielfältigen, bunten Stadt zu einem Gemeinwesen zu arbeiten.

Dabei haben vor allem diejenigen Gruppierungen meine Unterstützung verdient, die sie ganz besonders benötigen - alleinerziehende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch Geflüchtete und alle, die in der Gefahr sind, am Rande der Gesellschaft zu stehen. Alle Menschen sollen die gleiche Wertschätzung und Förderung erfahren, unabhängig von Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung und Identität.

(Beifall)

Die Vielfalt wirklich als Chance zu begreifen, niemanden zu diskriminieren und allen die gleichen Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben - das ist eine der größten gesellschaftlichen Aufgaben, vor denen wir stehen.

Die Integrationsaufgabe und die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen sind in der ungewissen Zeit, in der wir leben, noch wichtiger als jemals zuvor.

Wir sind als Politik aufgerufen, die öffentliche Bühne nicht kommentar- und widerstandslos den Aufhetzern und Extremisten zu überlassen, sondern mit all unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder ins Gespräch zu kommen, für unsere Demokratie zu werben und für sie zu kämpfen.

(Beifall)

Sie berufen sich bei Ihrer rechtlichen Bewertung auf die Entscheidung des OVG Nordrhein-Westfalen. Ich habe sie nur oberflächlich anschauen können. Aber ich habe den Eindruck, dass Sie die dortigen Ausführungen des Gerichts erheblich verkürzen, und zwar in Ihrem Sinne. Das OVG hat in seiner Entscheidung zur Aktion des OB Geisel klargestellt, dass - übertragen auf mich - ich als Oberbürgermeisterin eben kein politisches Neutrum bin, sondern mich auch in meiner Integrationsfunktion politisch und pointiert äußern darf, ja vielleicht sogar muss.

(Beifall)

Ein Oberbürgermeister ist nach der Rechtsprechung des OVG auch berechtigt, eine friedliche Demonstration zu begrüßen.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass weder die Stadt noch eine andere staatliche Stelle daran arbeitet, die Veranstaltung zu verhindern. Vielleicht sollten Sie das bei Ihrer Wertung auch berücksichtigen. Unsere Demokratie garantiert Versammlungsfreiheit, und zwar nicht nur in eine Richtung.

(Lebhafter Beifall - Oberbürgermeisterin Henriette Reker übernimmt wieder die Sitzungsleitung - Roger Beckamp [AfD]: Darf ich eine ganz kurze Nachfrage stellen? - Gegenrufe: Nein! - Roger Beckamp [AfD]: Man kann sie mit Ja oder Nein beantworten! Darf ich sie stellen?)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein. - Wir kommen zur Abstimmung.

(Beifall)

Wer für diese Resolution ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die SPD, das sind die Grünen, das ist die CDU, das sind die LINKEN, das ist die FDP, das ist Herr Wortmann,

das ist die Ratsgruppe GUT, und das sind die Piraten. Die Oberbürgermeisterin stimmt natürlich auch zu.

(Beifall)

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

**3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Erstellung eines Kölner Lebenslagenberichts“  
AN/0215/2017**

Wer wünscht das Wort? - Frau Heuser.

**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich finde es jetzt echt schwer, zur Tagesordnung überzugehen.

Dennoch: Wir finden, genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt für unseren Antrag zur Erstellung eines Lebenslagenberichts. In wenigen Wochen wird nämlich die wieder zu besetzende Stelle der Sozialplanung ihre Arbeit in der Verwaltung aufnehmen. Damit kann der Sozialbericht der Stadt Köln, der zuletzt 2005 von der Verwaltung vorgelegt wurde, in erweiterter und aktualisierter Form wieder aufgenommen werden.

Sowohl die OECD, die deutsche Bundesregierung, etliche Bundesländer, Kommunen als auch die Wohlfahrtsverbände erstellen Lebenslagen- und Sozialberichte oder sogenannte Armuts- und Reichtumsberichte. Diese Berichte sollen zunächst fundierte Auskünfte über das Ausmaß und die Entwicklung von Armut und von Reichtum geben. Die statistischen Daten und Analysen können damit eine Grundlage für eine strategische Sozialplanung und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit darstellen. Die Ergebnisse bilden die Basis, auf der sachbezogene politische Entscheidungen beraten und getroffen werden.

Meine Damen und Herren, die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland geht immer weiter auseinander. Angesichts dessen ist nicht allein die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Belang. Die Reichtumsberichterstattung stellt Fragen nach der Verteilung, Entstehung und Verwendung von Reichtum und von gesellschaftlicher Macht durch Reichtum.

Ich persönlich möchte den Aspekt der gesellschaftlichen Verantwortung aufgrund von Reichtum ergänzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erfinden nichts Neues. Der letzte Kölner Sozialbericht von 2005 verstand sich - ich zitiere -

... als ein Instrument der Stadtbeobachtung, um eine gesellschaftliche Teilwirklichkeit abzubilden und insbesondere soziale Problemlagen beziehungsweise Bevölkerungsgruppen in prekärer Lebenslage zu kennzeichnen und zu analysieren.

Er sollte zudem ergänzendes Informations- und Steuerungsinstrument parallel zum Controlling und zur zielgerichteten Ressourcensteuerung in der Stadtverwaltung sein. Außerdem sollte er eine Grundlage für fachliche Diskurse in der Öffentlichkeit darstellen.

Wir sehen die Erstellung des Lebenslagenberichts und seine periodische Fortschreibung im Rahmen der strategischen Sozialplanung als unverzichtbar an. Der demografische Wandel, Kinder- und Altersarmut als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit, der Anstieg der Flüchtlingszahlen mit der Unterbringungsverpflichtung, die Herausforderung, ausreichend preiswerten Wohnraum zu schaffen, bedeuten für die Stadt Köln große finanzielle und sozialpolitische Anstrengungen. Politische Entscheidungen im Sozialbereich müssen auf ihre Wirkung und Wirksamkeit hin überprüfbar werden.

Meine meine Damen und Herren, in Köln existieren bereits viele Programme und Konzepte, die bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Fokus nehmen. Wir wollen wissen, wie sie wirken, ob für sich betrachtet oder in Wechselwirkung mit anderen Programmen. Obendrein wollen wir die statistischen Daten um die Abfrage der Meinungen und Einschätzungen der Bürger und Bürgerinnen ergänzen: Wie zufrieden sind die Menschen? Wie und warum engagieren sie sich oder warum nicht? Werden die Maßnahmen und Programme von den Menschen überhaupt wahrgenommen? Und wenn ja, bewerten sie diese als Verbesserung ihrer Lebenslagen?

Wenn wir Fragen auf den Grund gehen wollen wie denen, warum sich Menschen ausgegrenzt fühlen oder warum sie sich aus dem politischen System durch Nichtwählen verabschieden, finden wir hier mögliche Anhaltspunkte. Und zuletzt stehen wir vor der Herausforderung, begrenzte Ressourcen zielgerichtet und wirkungsorientiert

einzusetzen. Ebenso gilt es natürlich, neue Ressourcen wie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Um das zu schaffen, brauchen wir neben den Daten und Analysen auch Handlungsoptionen und -empfehlungen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Klausling, bitte.

**Christoph Klausling (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heuser hat es eben schon gesagt: Es geht vordringlich darum, die Idee des Sozialberichts von 2005 weiterzuentwickeln und dann einen neuen Impuls zu setzen. Wir erfinden hier erst einmal nichts Neues; sondern es geht darum, wie wir den Fokus in der strategischen Sozialplanung leicht verändern und wie wir uns als politische Entscheider zusätzliche Informationen an die Hand geben, um hier tatsächlich gelingende Sozialpolitik gestalten zu können.

Deswegen möchte ich bloß auf zwei Punkte aufmerksam machen, die uns als CDU an der Stelle zusammen mit unserem Kooperationspartner besonders wichtig sind.

Einmal ist es uns wichtig, dass der Blick geweitet wird daraufhin, dass nicht nur reine Fakten aus der Sozialstrukturanalyse erfasst werden, sondern auch geguckt wird, was wir an Sozialkapital in den Veedeln, in den Quartieren bei den Menschen vor Ort haben. „Sozialkapital“ bedeutet schlicht und ergreifend: Wenn ich bei mir im Haus meine Nachbarn kenne und ich mich mit ihnen gut unterhalten kann, dann fällt es mir doch einfacher, mal zu klingeln, um nach einer Tüte Mehl zu fragen, wenn sie mir fehlt. Wenn ich meine Nachbarn sehr gut kenne und mit ihnen grille und auch mal ein Bierchen trinke, dann ist es für mich einfacher, ihm zu sagen, ob ich gerade auf Jobsuche bin oder was an meiner Krankenversicherung besonderes gut ist oder wie ich mit einer Krankheit umgehe, um wieder gesund zu werden. Diese sozialen Netzwerke helfen dabei, dass man sich in einem absolut informellen Prozess gegenseitig unterstützen und voneinander lernen kann, um sich gegenseitig zu

stärken. Das ist nichts, was der Staat verordnen kann. Aber wenn wir ein Bewusstsein dafür haben, wie Gegenseitigkeitsnetzwerke in den Veedeln funktionieren, können wir das auch in die Sozialpolitik aufnehmen und entsprechende Rahmenbedingungen setzen.

Ein Beispiel dafür hat Professor Friedrichs beim Flüchtlingsgipfel geliefert, als es um das Thema „Integration von Flüchtlingen“ ging. Da sagte er: Die Rechnung ist ganz einfach. Wenn wir viele geflüchtete Menschen in ein einziges Haus stecken, dann ist der Integrationsfaktor ungefähr gleich null. Wenn unter zehn Mietsparteien vier, fünf, sechs Flüchtlingsfamilien sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass die untereinander bleiben, gerade wenn die ethnische Zugehörigkeit die gleiche ist, sehr hoch. Wenn aber von zehn Familien in einem Mietshaus nur zwei einen Flüchtlingshintergrund haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich integrieren, weil sie darüber wieder Netzwerke spinnen, viel höher.

Ich glaube, dass wir nicht nur in der Sozialplanung auf die Unterbringung von Geflüchteten einen ganz genauen Blick werfen müssen, sondern in der strategischen Sozialplanung generell. Da klingt dann übrigens auch ein Zungenschlag mit, der vielleicht für unsere Sozialpolitik neu ist, nämlich dass wir einen Blick auf die Ressourcen werfen - Frau Heuser hat es eben gesagt -, zum Beispiel im Bereich Engagement, was die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Köln schon Großartiges leisten. Wir dürfen Sozialpolitik nicht nur defizitorientiert machen und gucken, wo geht es den Menschen schlecht, wo sind sie arbeitslos, wo fehlt der Kitaplatz; sondern wir müssen schauen, wo die Ressourcen der Menschen sind, wo können wir sie dabei unterstützen und wo können wir sie befähigen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

Und ein Allerletztes - das nur praktisch -, ich möchte es aber genannt haben: Uns ist es auch wichtig, dass wir auch einmal Statuspassagen im Lebenslauf als Schlagwort mitnehmen. Für uns ist, schlicht und ergreifend, nicht nur interessant, wie viele Kinder werden in einem Veedel geboren oder wie viele Menschen sind da gerade arbeitslos, wie hoch ist die Arbeitslosenquote; sondern für uns ist auch interessant: Wie viele Frauen sind schwanger? Wie viele Menschen werden gerade arbeitslos oder kommen wieder in Arbeit? Weil das dürfen wir auch nicht vergessen: Selbst wenn die Statistik, die Arbeitslosenstatistik zum Beispiel, gleich bleibt, ist es doch ein springen-

der persönlicher Punkt für die Menschen, ob sie gerade in die Arbeitslosigkeit hineinrutschen oder wieder herausgehen. Und auch das muss Sozialpolitik auf dem Schirm haben, dass bestimmte Lebensbrüche, Lebensveränderungen ganz entscheidende Punkte sind, die wir nicht bestimmen wollen, die wir auch gar nicht bestimmen sollen als Staat, die wir im Sinne einer gelingenden Sozialpolitik aber begleiten können.

Deswegen möchte ich dafür appellieren, dass Sie unseren Antrag unterstützen. Und ich kann noch mit auf den Weg geben, dass ich mir sehr gut vorstellen kann, dass der eben genannte Professor Jürgen Friedrichs von der Universität zu Köln oder auch ein Professor Schulz-Nieswandt, der schon beim Kölner Netzwerk Bürgerengagement mitarbeitet, dass diese Professoren von der Universität zu Köln daran mitarbeiten und uns als Politik dann Handlungsempfehlungen für eine strategische Sozialplanung an die Hand geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Scholz, bitte.

**Tobias Scholz** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir in unserem Antrag mit der CDU und den Grünen ausgeführt haben, ist die letzte relevante Sozialdatenerhebung 2005 im Rahmen eines Sozialberichts erfolgt. Entsprechend ist auch unsere Wählergruppe GUT der Auffassung, dass es wieder an der Zeit ist, aktuelle sozialpolitisch relevante Daten zu erfassen. Dies sollte fünfjährlich erfolgen und über eine bisherige rein beobachtende Sozialberichterstattung hinausgehen mit der Intention verknüpft, noch zielgerichteter und bedarfsgerechter auf kommunaler Ebene sozialpolitisch zu agieren.

Dies ist möglich, wenn die bisherige Sozialberichterstattung zu einem Lebenslagekonzept ausgebaut wird. Was unter einer Lebenslage grundsätzlich verstanden werden kann, hat der Marxist und Ökonom Otto Neurath 1909 wie folgt definiert:

... der Inbegriff aller Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhal-

tensweisen eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen ...

Dazu gehören nach Neurath zentrale Elemente wie Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheit, Pflege, Bücher, Theater sowie eine freundliche, menschliche Umgebung.

Es werden also nicht nur gesellschaftlich-strukturelle Faktoren erfasst, sondern darüber hinaus werden diese mit individuellen Lebensaspekten bzw. Lebenslagen des Einzelnen verbunden.

Im Mittelpunkt steht also die gefühlte Realität des Einzelnen. Klassische Lebenslagespielräume des Einzelnen sind beispielsweise Versorgungs- und Einkommensspielräume, Lern- und Erfahrungsspielräume sowie Regenerations- und Partizipationsspielräume.

Im Ergebnis eines zukünftigen, vom Sozialdezernat erstellten Kölner Lebenslageberichtes kann sich beispielsweise widerspiegeln, wie sich gesetzliche Veränderungen und kommunalpolitische soziale Steuerungsentscheidungen auf die konkrete Lebenssituation der Bewohner in dem jeweiligen Kölner Sozialraum niederschlagen.

Im Befragungsfokus können dabei unterschiedlichste Bevölkerungszielgruppen und sozialpolitisch relevante Themenfelder stehen, beispielsweise: Wird der öffentliche Raum als barrierefrei, inklusiv erlebt bzw. warum wird er nicht als solches erlebt? Gibt es ausreichende soziale Beratungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote usw.? Basierend auf diesen Daten zur sozialen Stadtentwicklung kann infolge zielgerichtet und bei Bedarf präventiv interveniert werden. So kann beispielsweise räumlicher Polarisierung basierend auf sozialer Ungleichheit, Bildungsbenachteiligung und Armutsbetroffenheit sozialpolitisch angemessen begegnet werden. Denn Fakt ist auch, wie der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, Andreas Johnsen, aktuell betont:

... die Eigenverantwortung des Einzelnen funktioniert doch nur dann, wenn gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe gewährleistet sind.

Genau hier kann und sollte ein umfänglicher Kölner Lebenslagebericht ansetzen. Beispielhaft erwähnt sei hier die Stadt Bielefeld. Sie orientiert sich in den Lebenslageberichten, die es seit Jahren gibt, nicht nur an den unterschiedlichen Transferleistungsarten, sondern orientiert sich

auch an den eigentlichen sozialdezernatsrelevanten Zielgruppen: den arbeitsuchenden Menschen, Kindern und Jugendlichen, Menschen in Sozialhilfebezug, Senioren, Eltern, Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderung.

Basierend auf diesen Daten kann kommunal überprüft werden, ob unter anderem arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, geschaffene Arbeitsgelegenheiten und soziale Beratungsangebote in den jeweiligen Sozialräumen zielführend sind oder bei Bedarf modifiziert werden müssen. Von daher ist unsere Wählergruppe GUT der Auffassung, dass es für Köln nur von Vorteil sein kann, zukünftig auf Grundlage von Lebenslageberichten sozialpolitisch zu planen und entsprechend zu agieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Guten Wählergruppe Köln)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frenzel, bitte.

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man merkt jetzt irgendwie: Wir sind jäh abgestürzt aus einer Sternstunde der Demokratie in die Ebenen der schwarz-grünen Mühsal.

(Zurufe: Ho, ho, ho!)

Die SPD hat, glaube ich, hier als hier im Rat vertretene Partei mit 150 Jahren eine große Tradition in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Ich glaube, insofern hat man aufseiten der SPD keinen Bedarf an Nachhilfe. Auch unsere Oberbürgermeisterin hat mehrfach betont, dass sie aus einem sozialdemokratischen Haushalt stammt. Ich glaube, das hat man eben auch ganz deutlich in ihrer kämpferischen Rede gemerkt.

Ich freue mich im Übrigen, dass es auch bei den GUTen offensichtlich Anhänger des Marxismus gibt und über die Zitate.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Na ja, immerhin hat er ja einen Marxisten zitiert. Die SPD hat auch eine marxistische Tradition, sicherlich, Herr Detjen.

Aber ich glaube, wenn wir nun diesen Antrag betrachten - Herr Dr. Keller hat das in seiner sehr

guten Einstandsrede hier im Rat gesagt -: Wir haben eigentlich weniger ein Beschlusdefizit als vielmehr ein Umsetzungsdefizit. Und das ist so ein bisschen das, was man auch an diesem Antrag merkt. Manchmal muss man allerdings auch sagen, ist die Verwaltung doch schon ein bisschen weiter als es die Antragssteller offensichtlich wissen.

Sie fordern in Ihrem Antrag, dass im Rahmen der Untersuchung über die Lebenslagen der Kölner Bevölkerung beispielsweise mithilfe der Indikatoren Familien- und Erwerbssituation, Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Vermögensverhältnisse usw. - Sie können das alles nachlesen - Statusaussagen im Lebenslauf zu berücksichtigen seien.

Das ist alles schon fertig, meine Damen und Herren. 114 Fragen hat die Verwaltung, Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Leben in Köln, Umfrage 2016 - gestellt. Da werden unter anderem Fragen zur Familien- und Erwerbssituation, zur Arbeitslosigkeit, zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen gestellt - ganz viele detaillierte Fragen, insgesamt 114 Fragen.

Insofern: Die Datengrundlage ist grundsätzlich schon da. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch den Beschluss hat es in dieser Form schon einmal gegeben, nämlich beantragt von den Kollegen von der LINKEN. Die hat zuletzt - Eingang des Oberbürgermeisters: Januar 2014 - einen Antrag gestellt: „Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen“ - Herr Detjen, Sie werden sich daran sicherlich noch genau erinnern.

Also, insofern kann ich meinen beiden Vorrednern von CDU und Grünen nur zustimmen: Wir erfinden nichts Neues - das haben Sie beide unisono gesagt.

Das stimmt, das gibt es schon. Es muss jetzt einfach nur umgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon bezeichnend, dass es offensichtlich bei Schwarz-Grün keine eigenen Ideen mehr gibt, so dass man sich nun schon aus dem Fundus bereits beschlossener Dinge bedient. Wie wir gehört haben, die Oberbürgermeisterin wird diesen Antrag unterstützen. Wir werden das natürlich auch entsprechend tun. Ich habe jetzt noch nicht gehört, was die Fachverwaltung dazu sagt, ob wir diesen Beschluss hier noch einmal brauchen. Die Arbeitsebene kann sich dazu vielleicht noch einmal äußern.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wenn es danach geht, können wir ganz viele Anträge von euch gleich wegräumen!)

Ich denke, das Entscheidende, lieber Herr Kienitz, ist sicherlich, dass sich die Oberbürgermeisterin noch einmal rückversichern möchte, ob die CDU, die seinerzeit gegen den Antrag der LINKEN gestimmt hat, ebenso wie die FDP, inzwischen auf der Seite dieses Lebenslageberichts steht und ihn auch möchte. Wir würden das unterstützen, wie gesagt; und wir halten es zwar nicht für notwendig, aber auch nicht für schädlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich schließe so ein bisschen an, ich mache es aber noch detaillierter, um auch auf die Probleme der Statistik hinzuweisen.

Der Antrag von Schwarz-Grün und GUT hat eine lange Vorgeschichte. In der Ratssitzung am 08.11.2007, also vor circa zehn Jahren, stellten SPD und Grüne einen Antrag zur Überwindung der Kinderarmut, CDU und FDP einen Änderungsantrag, die LINKE brachte einen Änderungsantrag ein - ich zitiere -:

Der zuletzt 2005 erschienene Sozialbericht 2004 wird in Zukunft im festen Rhythmus als „Lebenslagen- und Integrationsbericht“ erscheinen.

Zitat Ende.

Alle drei Anträge wurden dann zusammengeführt und einstimmig beschlossen, unter anderem zu dem Thema - Zitat - „jährlich eine Sozialberichterstattung zu veröffentlichen“. Meine damalige Kollegin Özlem Demirel sagte zum Schluss in der Rede, dass der Sozialbericht hoffentlich schon ab dem nächsten Jahr vorgelegt wird. Es passierte über Jahre nichts, obwohl in den Ausschüssen - das muss man fairerweise sagen - immer wieder danach gefragt worden ist. Wir haben dann am 11. Februar 2014 erneut einen Antrag eingebracht, der sich mit zwei Punkten beschäftigte: erstens, eine Stelle zur Sozialplanung

und Berichterstattung; zweitens, den Sozialbericht zu erstellen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker - das fiel damals in Ihren Zuständigkeitsbereich als Sozialdezernentin -, Sie erklärten damals in der Ratssitzung - Zitat -:

Ich möchte Sie darüber informieren, dass in der nächsten Sitzung des Stadtvorstandes über die Wiederbesetzung der Sozialplaner-Stelle im Dezernat V beschlossen wird.

Zitat Ende.

Wir haben dann den Punkt 1, nämlich diese Stelle, die ja dann kommen sollte, zurückgezogen, und dann ist der Punkt 2 abgestimmt worden: Das Sozialmonitoring Stadtentwicklung mit dem 2007 beschlossenen Sozialbericht soll umgesetzt werden. Das ist dann im Rat mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKE gegen FDP und CDU beschlossen worden.

Wieder passierte nichts, sodass die LINKE im Oktober 2016 erneut eine Anfrage zum Thema Sozialmonitoring und Sozialberichterstattung stellte. In der Antwort war zu erfahren, dass die Stelle für die Sozialberichterstattung erst im Mai 2015 besetzt werden würde. Ab August 2016 wurde dann nicht mehr gearbeitet. Und diese Stelle wird jetzt im Februar 2017 wieder neu losgehen.

In dieser Antwort auf unsere Anfrage wird gesagt, dass für die Handlungsfelder soziale Lagen, demografische Struktur, Bildung und Wohnen aktuell in dem zweiten Quartal 2017 Daten vorgelegt werden sollen.

Meine Damen und Herren, diese erste Datensammlung sollten wir, meines Erachtens, abwarten und dann erneut überlegen, wie wir mit einer sozialen, aktuellen Dokumentation weiterarbeiten wollen. Man muss einfach fairerweise sagen: In dem Antrag wird ja nicht nur eine Sozialberichterstattung, sondern da werden noch mehr Daten verlangt, die meines Erachtens gar nicht in dem Sinn tempomäßig so umgesetzt werden können. Das setzt eine enorm komplizierte Erhebung der Datensammlung voraus.

Deswegen, meine Damen und Herren, sind wir im Gegensatz zu Schwarz-Grün dafür: Wir wollen jetzt einen kleinen Fiesta, wir wollen keinen Porsche. Um das klar zu sagen: Wir wollen, dass überhaupt etwas passiert. Dann können wir gerne darüber diskutieren, wie es weitergehen soll.

Dazu zwei Gedanken: Erstens. Die Möglichkeit mit dem Sozialmonitoring schnell, aber auch kleinräumige - Herr Klausning, bis zu dem einzelnen Wohnhaus wird es nicht gehen, aber die Straßenzeile ist möglich - Daten zusammenzustellen, hat einen enormen Vorteil, den wir mittelfristig nutzen können. Ob das mit dem Personal reicht, diese eine Stelle - gut, das Amt für Statistik liegt dahinter, keine Frage -, das kann ich nicht beurteilen, dazu würde ich mich jetzt auch nicht äußern wollen.

Zweitens. Eine umfassende jährliche Sozialberichterstattung mit Drucklegung vorzulegen, ist wünschenswert, setzt aber voraus, dass das Personal und die Mittel dafür bereitgestellt werden. Nötige Mittel und Möglichkeiten haben Sie in Ihrem Antrag aber gar nicht dargestellt.

Ich möchte darauf hinweisen - das hat bisher keiner gesagt -, das Amt für Statistik macht meines Erachtens eine super Arbeit, und die kleinen Hefte, die Sie zu einzelnen Themen herausbringen, sind zum Teil vorbildlich. Ich möchte darauf hinweisen - ich beeile mich -, das kleine Heftchen zum Thema „Prekäre Arbeit“, das vor drei Jahren erschienen ist, war ausgezeichnet und hochaktuell. Und wir haben nachgewiesen, wie es weitergehen soll.

Deshalb ist Ihr Antrag einfach schlecht und nicht ehrlich. Eine gute Datenbank und kurze aktuelle Beurteilungen der sozialen Lage würden uns viel weiterbringen als Berichte, die zwei Jahre später mit alten Zahlen erscheinen. Über all das sollten wir im nächsten Jahr sprechen, wenn die Verwaltung ihren ersten Monitoringbericht vorgestellt hat.

Wie gesagt, ich arbeite an dem Thema zehn Jahre, kann das alles gut nachvollziehen, ich finde auch den Gedanken mit dem Reichtum klar und wichtig. Aber wenn wir diese dicken NRW-Berichte, die in diesem Sommer erschienen sind, wirklich für Köln machen wollen, dann brauchen wir mindestens drei bis fünf Leute, die an dem Punkt arbeiten. Ich glaube, das ist nicht der entscheidende Knackpunkt; sondern der entscheidende Knackpunkt ist, dass wir kleinräumige Daten haben, und zwar relativ schnell, dass man sagt, wir haben Daten, die sind ein Jahr alt. Das wäre super. Und dann können wir kleinräumig bis in die Straßenzeile agieren.

Entschuldigung, dass ich die Redezeit etwas überschritten habe. Frau Oberbürgermeisterin, ich bedanke mich für die Geduld.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Hoyer, bitte.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es kam eben von der SPD und von der LINKEN so ein bisschen der Vorwurf, dass die FDP 2014 gemeinsam mit der CDU gegen den Antrag der LINKEN gestimmt hat. - Das stimmt. Ich möchte auch erklären, warum.

Wir hatten es nicht inhaltlich begründet, sondern mit einer ähnlichen Begründung, die eben Herr Detjen aufgemacht hat. Sie haben uns damals, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Funktion als Sozialdezernentin sehr deutlich gemacht, dass es ein Monitoringsystem geben sollte, was gerade diese kleinräumigen Daten erheben sollte. Und Sie haben auch gesagt: Warten Sie doch bitte erst einmal ab, bis wir diese Datenlage haben, und dann schauen wir weiter, wie wir mit diesen Daten umgehen und was in einen Bericht einfließen sollte, ja oder nein, und dann warten wir auch noch darauf, dass wir eine Sozialplanerin bekommen.

Diese Argumentation hat uns überzeugt, und sie überzeugt uns auch heute noch.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben damals unter dem Stichwort der Berichtsflut gesagt, ein bisschen kritisch - und ich glaube, auch wir sollten das selbstkritisch sehen -, dass wir sehr schnell bei Forderungen sind, Berichte haben zu wollen.

(Michael Frenzel [SPD]: So ist es!)

Die Politik will immer schnell einen Bericht haben. Die Verwaltung darf es dann erarbeiten. Doch manchmal vergisst man, dass man diesen Bericht gefordert hat. Und ich meine, liebe Kollegen von den Grünen und CDU, auch Sie haben das ein bisschen vergessen, deswegen sind Sie heute mit diesem Antrag gekommen.

(Beifall bei der FDP und von Michael Frenzel [SPD])

Wir werden heute diesem Antrag auch nicht zustimmen können. Eigentlich aus genau der gleichen Argumentation heraus, die Herr Detjen genannt hat: Wir warten wirklich darauf, wir möch-

ten wissen, was sind die Sachen, die in dieses kleinräumige Monitoring kommen, wie können wir mit diesen Daten umgehen? Dann können wir schauen - wenn wir dann diesen Lebenslagebericht haben wollen; was ja vielleicht auch eine ganz gute Geschichte ist -, was da überhaupt einfließen wird. Sie machen doch den Weg andersherum. Sie fordern, und dann haben Sie erst die Daten. Das ist für die FDP nicht logisch. Wir machen es andersherum: erst die Daten und dann gucken wir, was in den Bericht hineinkommt. Deswegen werden wir diesem Antrag heute auch nicht zustimmen können und bleiben damit auch in einer Kontinuität. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann erlauben Sie mir ein paar Sätze dazu.

Die Rednerin Frau Hoyer und auch die anderen Redner haben schon darauf hingewiesen, dass das Thema wirklich nicht ganz neu ist und die Verwaltung in den zurückliegenden Jahren bereits daran gearbeitet hat, Daten zu erheben. Aktuell hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik zum Beispiel eine Kartenanwendung freigeschaltet, die es ermöglicht, auf eine Vielzahl differenzierter Lebenslagedaten bzw. Indikatoren und Kennzahlen zuzugreifen. Diese Datenbasis wird auch noch weiter ausgebaut werden und die Kartenanwendung steht öffentlich zur Verfügung. Damit wird eine Form von Transparenz hergestellt. Ja, das ist ein großer Fortschritt.

Ich habe mir das mit dem Lebenslagebericht überlegt: wie wichtig das nun ist auch hinsichtlich der Ressourcen, unter denen wir stehen. Das muss man ja immer mit bedenken. Was ich ohne sachkundige Begleitung nicht schaffe - und ich bilde mir wirklich ein, dass ich schon mit Daten umgehen kann -, ist, die in einen Zusammenhang zu bringen und daraus eine Handlungsanweisung abzulesen. Das heißt für mich, die Daten müssen interpretiert werden, sie müssen analysiert werden, und es muss eine gegenseitige Wechselwirkung festgestellt werden. Deswegen bin ich der Meinung, dass Verwaltung alleine damit überfordert wäre. Aber in dem Antrag ist ja durchaus die Möglichkeit eröffnet, eine Hochschule oder eine Forschungseinrichtung damit zu beauftragen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dafür muss dann aber Geld eingestellt werden!)

Das ist für mich die einzige Möglichkeit, das so umzusetzen, dass letztlich alle etwas von diesem Lebenslagebericht haben, auch diejenigen, bei denen es sich nicht um Fachleute handelt, auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich das anschauen möchten, natürlich Sie im Rat, aber eben nicht nur Sozialberichterstatter oder Sozialplaner. Das wäre für mich die Voraussetzung, einen solchen Lebenslagebericht auch umzusetzen. Dann ist er viel mehr als ein Armutsbericht. Dann ist er eine Handlungsanweisung, die uns Maßgaben gibt. Unter dieser Voraussetzung würde ich - aber ganz betont: unter dieser Voraussetzung - dem Antrag dann auch zustimmen wollen.

Wenn ich keine weiteren Wortmeldungen habe, komme ich jetzt zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE, das ist die FDP, das ist Pro Köln, das ist die AfD und das ist die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf: GUT stimmen für den Antrag!)

- Ach, Entschuldigung. Das waren die Piraten. - Das macht in der Anzahl nichts, aber natürlich inhaltlich schon. Danke schön.

(Heiterkeit)

- Ja, ich muss hier mathematisch vorgehen. Wenn Sie das abstimmen lassen, ist das einfach eine Voraussetzung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Mathematisch schon!)

Okay. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe dann auf:

### **3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten betreffend „Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte einführen“ AN/0211/2017**

Ich würde gerne, bevor ich dann die Rednerliste aufrufe, Herrn Beigeordneten Rau das Wort geben.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte“ sehe ich als Sozialdezernent durchaus im Rahmen der Mindeststandards, die der Rat beschlossen hat und die wir umzusetzen bemüht sind.

Ich möchte dazu sagen, dass wir diesen Antrag sehr aufmerksam gelesen haben und dem Antrag auch entnehmen, dass es großes Interesse daran gibt, dass wir Flüchtlinge adäquat und im Rahmen dieser Mindeststandards auch tatsächlich begleiten.

Ich konstatiere ferner, dass wir schon relativ viel von dem, was gefordert ist, umsetzen. Sie wissen wahrscheinlich, unser Amt für Wohnungswesen hat einen sozialen Dienst. Der soziale Dienst übt ganz wesentlich Merkmale dessen, was gefordert ist, aus. Es werden individuelle Merkmale erfasst, die dann einer Zuweisung zu besonderen Unterbringungsformen dienen. Dieses zu erkennen, ist originäre Aufgabe des sozialen Dienstes im Amt für Wohnungswesen.

Wir haben aber ein anderes Problem, das Sie alle: Wir haben zu wenig Wohnraum, zu wenige Unterkünfte. Wir sind, wie so oft in Köln, im Erkennen recht stark. Wir identifizieren mit relativ guter Zuverlässigkeit, welche Bedarfe auch für Unterkünfte existieren. Nur haben wir eine Schwierigkeit, diese Unterkünfte dann auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Unser Problem ist nicht das Management, die Zuweisung zu Unterkünften, sondern fehlende bedarfsgerechte Unterkünfte.

Weitere Details des Antrages kann ich auch bestätigen. Wir haben in der Tat eine Software, die allerdings noch nicht für alle, nämlich noch nicht für Flüchtlinge in den Notunterkünften, verwendet wird. Das hängt auch damit zusammen, dass dort die Fluktuation sehr hoch ist.

Aber damit als Quintessenz: Wir betreiben Belegungsmanagement im Sinne des Antrags. Wir brauchen dringend mit voller Kraft Unterkünfte. Da sehe ich uns im Prinzip gut, aber noch nicht gut genug unterwegs.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Paetzold hat das Wort.

**Michael Paetzold (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dr. Rau, das ist ja ganz schön, dass wir in der Ratssitzung noch etwas dazulernen. Ich höre soeben, dass wir eine Software haben. Die letzten Nachfragen, die wir im Sozialausschuss im-

mer wieder gestellt haben nach der Software, wurden uns damit beantwortet, wir hätten immer noch eine Excel-Tabelle.

(Zuruf: Das ist auch eine Software!)

Wenn wir jetzt eine haben, bin ich sehr froh und freue mich darüber.

Selbstverständlich sind wir nicht davon ausgegangen, dass die Stadt Köln kein Belegungsmanagement hat. Aber wir fordern und wünschen uns ein optimiertes, ein differenziertes Belegungsmanagement. Herr Dezernent, Sie haben angesprochen, dass die Großunterkünfte noch nicht erfasst werden. - Um genau die geht es uns ja.

Da sind die Menschen in sehr prekärer Weise untergebracht. Das war der Not geschuldet, die wir auch nachvollziehen können und die wir mitgetragen haben. Aber langsam haben wir jetzt Gott sei Dank eine Situation, wo wir deutlich weniger Flüchtlinge aufnehmen müssen, wo wir in eine Phase der Konsolidierung kommen, wo wir uns darum kümmern können, dass die Menschen optimal nach ihren Bedarfen untergebracht werden.

Wir sind der Überzeugung, dass es da noch eine Menge Luft nach oben gibt, die Menschen tatsächlich dahinzubringen, wo es ihnen guttut. Wir haben das große Feld von Menschen, von Familien mit kleinen Kindern, die adäquat untergebracht werden müssen. Wir haben das große Feld von schutzbedürftigen Menschen - die ganzen Gruppen können Sie in dem Antrag nachlesen; ich will das hier nicht verlängern -, worüber wir auch mehrfach im Sozialausschuss gesprochen und Unterstützung gefordert haben, diese Menschen mit besonderem Schutzbedarf doch endlich auch gut unterzubringen. Da ist sicher noch viel zu tun.

Sie haben völlig recht: Wir haben natürlich zu wenig Wohnraum. Aber das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, den wenigen Wohnraum möglichst gut zu verteilen. Deshalb noch einmal: Wir würden uns sehr wünschen, wenn es ein solch optimiertes Belegungsmanagement gibt. Und wir glauben nicht, dass die Excel-Tabelle - wenn das die Software ist, über die wir reden - schon ausreichend gut funktioniert.

Wir dachten eigentlich, der Antrag wäre für Sie eine Unterstützung, Herr Dr. Rau, weil wir der Verwaltung sogar vorschlagen, Personal zuzusetzen, um die wichtige Aufgabe auch adäquat durchführen zu können. Wenn Sie mir sagen,

das läuft alles schon gut, dann bin ich sehr froh; aber ich bin noch nicht ganz sicher.

Wir sind - und das abschließend - der Überzeugung, dass optimiertes Belegungsmanagement die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration ist. Wenn wir da schon schludern und nicht optimal und nicht gut arbeiten, dann fällt uns das später mehrfach auf die Füße.

Deshalb bitte ich Sie alle um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte ist von der Kölner LINKEN, dem Kölner Flüchtlingsrat und den Willkommensinitiativen in den letzten Monaten immer wieder gefordert worden. Warum dieser Antrag jetzt kommt, möchte ich anhand einzelner Punkte kurz begründen:

Erstens. Wir haben auf der letzten Ratssitzung Mindeststandards beschlossen. Die Verwaltung sollte diese zielstrebig umsetzen, damit wir eine Grundlage für eine minimale, aber ordentliche Unterbringung für Flüchtlinge haben.

Zweitens. Das Belegungsmanagement knüpft dort an. Wir sind uns einig: Wir wollen Flüchtlinge besser unterbringen. Turnhallen, Leichtbauhallen und Baumärkte sind schon viel zu lange ein Provisorium.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Drittens. Wir brauchen für alle Beteiligten - die Betroffenen, die Angehörigen, die Willkommensinitiativen und die Verwaltung - einen transparenten nachvollziehbaren Um- und Ausstieg aus schlechten Unterbringungen.

Viertens. Es darf nicht sein, wie kürzlich geschehen, dass eine Familie mit vier Kindern innerhalb von drei Turnhallen umziehen muss. Es darf nicht sein, dass schutzbedürftige Jugendliche, die ordentlich untergebracht waren und auf einmal 18 Jahre alt geworden sind, dann in eine Turnhalle kommen.

Fünftens. Wenn wir uns eine Software von 250.000 Euro für das Belegungsmanagement

des Gürzenich-Orchesters leisten, dann sollten wir schon viel früher ein Belegungsmanagement für Flüchtlinge haben, um Menschenwürde und Menschenrechte einzuhalten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir reden auch über die Einhaltung des Kindeswohls, wenn wir über das Belegungsmanagement reden. Kinder Geflüchteter können oft nicht in die Kita oder in die Schule gehen oder müssen lange Wege zurücklegen, oder sie werden schulfern von einer Unterbringung in die nächste verlegt. Durch die Einbindung des Schulamtes in das Belegungsmanagement könnte eine Schulunterbringung besser gesteuert werden. Meine Damen und Herren, Kindeswohl und Menschenrechte sollten als Argument doch eigentlich ausreichen, um zügig ein Belegungsmanagement einzuführen.

Ich will Ihnen, meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP, noch einen weiteren nennen: Die Geflüchteten brauchen Wertschätzung und eine Perspektive. Sie müssen wissen und auch daran glauben, dass sie bald aus dem Provisorium herauskommen. Sie müssen spüren, dass wir die Geflüchteten bei uns haben wollen, und das durch Transparenz und der Darstellung, wie es weitergeht. Auch wenn man sagt, du musst hier noch fünf oder sechs Monate warten, ist das zumindest eine glaubhafte Perspektive. Das ist eben nicht der Fall; sondern im Moment wurstelt man vor sich hin. Das ist die Situation. Dass das der Verwaltung auch keinen Spaß macht, das wissen wir ja. Deswegen soll dieser Antrag eine Fortsetzung und eine Anknüpfung an die Diskussion der Mindeststandards sein.

Und, wie gesagt: Gürzenich-Orchester 250.000 Euro. Warum sollen wir uns nicht eine ordentliche Software anlegen, die auch von einer Person gepflegt wird, damit wir das in den Griff kriegen können? Deswegen unser Appell, in die Richtung zu gehen.

Wir können das gerne noch einmal im Sozialausschuss diskutieren - das ist gar keine Frage -, weil es uns um konkrete Verbesserungen geht. Diese Diskussionen im Sozialausschuss waren ja auch immer fruchtbar. Aber an dieser Sache müssen wir ansetzen und das mit dem Belegungsmanagement anpacken.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

**Martin Erkelenz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Frenzel, wir könnten jetzt eigentlich sagen -

(Zuruf von Michael Paetzold [SPD])

- nein, Herr Frenzel, von eben noch -, dass wir jetzt mit diesem Antrag in den Bereich der Ideenlosigkeit der vereinten Linken geraten. Das könnten wir sagen; sagen wir aber nicht.

Zielgerichtetes Stadtmanagement und Schonung der Ressourcen der Verwaltung - das war eben das große Thema. Herr Dr. Keller hat es auch schon gesagt. Aber in der 25. Sitzung des Rates der Stadt Köln am 17. November letzten Jahres war das auch das große Stichwort von unserem ehemaligen Stadtdirektor, Herrn Guido Kahlen. Guido Kahlen zeigte uns auf, dass, erstens, ein effizientes Stadtmanagement dringend notwendig ist, und in groben Zügen zeigte er uns auch auf, wie man das hätte gestalten können.

Ich glaube, die meisten von uns jedenfalls sind froh, dass unsere Oberbürgermeisterin und auch unser Stadtdirektor Dr. Keller zu Beginn ihrer Amtszeit erkannt haben, dass ein solches Stadtmanagement in Richtung Verwaltungsreform dringend notwendig ist und dass sie da auch das Heft des Handelns in die Hand genommen haben.

(Beifall bei der CDU)

„Ich möchte das städtische Flüchtlingsmanagement meinem Büro unmittelbar unterstellen“, - so unsere Oberbürgermeisterin bei ihrer Rede zur Amtseinführung. Seitdem ist Flüchtlingspolitik im Rat der Stadt Köln, in der Stadt Köln, Chef- oder genauer gesagt Cheffinnensache.

Wir haben hier sicher einen gutgemeinten Antrag vorliegen. Aber das geforderte Belegungsmanagement besteht ja bereits. Insofern hieße der Antrag eigentlich nichts anderes, als Eulen nach Athen tragen. Aber ich denke schon, dass es sich lohnt, über das Anliegen der Antragsteller zu diskutieren. Das sollten wir aber nicht im Rat tun, sondern im dafür zuständigen Ausschuss. Herr Paetzold, nämlich im Sozialausschuss.

Natürlich kann man Bestehendes immer weiter verbessern, und das von Herrn Ludwig geführte Amt hat, wie mir genau bekannt ist, diese Verbesserungen auch fortwährend im Auge. Da be-

darf es nicht unbedingt eines gesonderten Antrags im Rat der Stadt Köln, aber schauen wir mal.

Es wird gefordert ein Belegungsmanagement, für die Flüchtlingsunterkünfte eine geeignete Software. Herr Ludwig teilte im vergangenen Jahr in einer Ausschusssitzung des Sozialausschusses mit - ich weiß das noch so genau, weil ich da in Vertretung war -, dass diese Verwaltung bereits eine Software beabsichtigt zu bestellen.

(Zuruf von Michael Paetzold [SPD])

- Moment: damals. Aber heute gibt es diese Software. Wir haben diese Software namens KARTHAGO. Und diese Software beinhaltet bereits alle Notunterkünfte, mit Ausnahme der Turnhallen. Insofern ist diese Software schon vorhanden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das heißt, 3.000 Flüchtlinge sind gar nicht erfasst! Interessant!)

- Das sind die Flüchtlinge der Notunterkünfte, der Turnhallen. Aber wir haben ja hier auch von Verbesserungsmöglichkeiten gesprochen, Herr Detjen, und das hat die Verwaltung, das hat das Amt für Wohnungswesen natürlich auch im Auge.

Es werden Zugriffsrechte auf die Datenbank gefordert. Kolleginnen und Kollegen, Guido Kahlen hat noch ein Weiteres gesagt: Kehren Sie von der Übersteuerung ab, wonach die Politik Verwaltungsarbeit macht.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Herr Detjen, das steht aber so in Ihrem Antrag. Die Verwaltung benötigt dafür keine Vorgabe des Rates, sondern dafür gibt es spezifische Regelungen in den Vorschriften der IT und in den Vorschriften für gängige Datenbanken.

(Beifall von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht die Aufgabe des Stadtrates. Im Übrigen hat gerade das Rechnungsprüfungsamt erhebliche Fortschritte im Bereich der IT festgestellt, wonach Verstöße - die gibt es auch in solchen Dingen - in der IT auf ein Minimum reduziert werden konnten.

Sie fordern, jährlich einen Bericht vorzulegen. Im Prinzip auch eine prima Idee, aber uns liegt zurzeit schon der 12. Flüchtlingsbericht vor, aus dem viele interessante Dinge zu entnehmen sind und die ja irgendwie zusammengetragen werden

mussten. Es liegt nahe, dahinter ein Belegungsmanagement zu vermuten.

Sie fordern die Kategorisierung der Unterkünfte im Hinblick auf die Bedarfe der Geflüchteten. Einige Beispiele: Die Standorte Robert-Perthel-Straße in Bilderstöckchen oder auch in Marienburg sind speziell für sogenannte alleinerziehende Männer vorgesehen.

(Zurufe von der SPD: Alleinreisende!)

Andere Standorte, fast sämtliche Systembauten, sind gezielt auf die Erfordernisse von Familien bezogen und ausgerichtet. Hier besteht ein funktionierendes Belegungsmanagement, das mit Sicherheit auch noch optimiert werden kann.

Meine Damen und Herren, das bereits praktizierte Belegungsmanagement der Verwaltung kann verbessert werden und muss verbessert werden, das ist richtig. Das aber ist ein fortlaufender Prozess in der Verwaltung. Und die Verwaltung ist hier eigentlich schon gut auf dem Weg und prädestiniert, das weiterhin zu machen.

Eines Antrags im Stadtrat bedarf es eigentlich nicht, aber es lohnt sich eventuell, die Details näher zu betrachten. Wir sollten schauen, inwieweit der zuständige Fachausschuss möglicherweise einen sinnvollen Beitrag dazu leisten kann. Ich schlage deshalb die Verweisung in den Ausschuss Soziales und Senioren vor.

Meine Damen und Herren, danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Heuser hat das Wort.

**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal wieder kritisieren, dass es zwar eine Initiative gibt, aber der Antrag nicht wie grundsätzlich im Rat gemeinsam gestellt wird, wenn es um den Bereich Flüchtlinge geht. Das verstehe ich einfach nicht.

Herr Dr. Rau hat bereits Stellung zu Ihrem Antrag genommen. Doch ich möchte noch einmal an die Ratssitzung vom 20.12. und den gemeinsamen Beschluss zu den Mindeststandards erinnern und daran, dass die Verwaltung in Abarbeitung dieses Beschlusses im März 2017 dem zustän-

digen Ratsgremium ein Konzept vorlegen soll. Warum dieses Konzept nicht abgewartet wird und im Schnellschuss ein neuer Auftrag an die Verwaltung erteilt wird, erschließt sich mir überhaupt nicht.

Die Forderung nach einem Belegungsmanagement beinhaltet zweierlei: erstens die damit verbundene Ansicht, die Verwaltung ginge nicht zielgerichtet und planmäßig mit der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnraum um, und zweitens geht sie davon aus, dass nach einem strategischen Plan zeitnah und bedarfsgerecht in frei zur Verfügung stehenden Wohnraum zugewiesen werden kann. Aber genau das ist nicht die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es steht immer weniger Wohnraum frei zur Verfügung. Die Suche wird immer schwieriger. Die Auswirkungen bemerkt auch das Auszugsmanagement, das noch durch Ratsbeschluss im Juni 2016 Stellenerweiterungen erhalten hat. Ich erinnere an die letzte Sitzung des Runden Tisches zu Flüchtlingsfragen. Da hatte Herr Pröllß darauf hingewiesen, dass es schwieriger wird, Wohnraum zu akquirieren. Daraufhin hat Herr Krücker, Vorstandssprecher der Caritas und einer der beiden Sprecher des Runden Tisches zu Flüchtlingsfragen, bemerkt, dass Wohnraum, der bislang zur Verfügung gestellt werden konnte, eben auch endlich ist.

Zum Thema Unterbringung insbesondere der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge will ich darauf verweisen, dass wir Grüne in der Sitzung des Sozialausschusses im Januar 2016 gemeinsam mit der CDU einen Antrag „Unterbringung und Schutz besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge“ eingebracht haben. Der geänderte Beschluss befasst sich mit der Unterbringung und bedarfsgerechten Wohneinheiten.

Auch in früheren Beschlüssen haben wir gemeinsam die besondere Beachtung der Bedarfe der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge eingefordert, so im September 2015 und zuletzt mit dem Beschluss zu den Mindeststandards im Dezember 2016.

Beinahe in jeder Ratssitzung beschließen wir eine oder mehrere Flächen zur Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge. Auch hier verweise ich auf die Sitzung des Rates im Dezember 2016. Dort haben wir zum einen mit der sogenannten Wohnungsbauoffensive 17 Flächen für konventionellen Wohnungsbau, auch für Flüchtlinge, beschlossen; zum Zweiten sieben neue Standorte für temporäre Flüchtlingsunterkünfte

und zwei Erweiterungen bereits bestehender Unterkünfte.

Liebe Antragstellerinnen, ich befürchte, dass immer neue ähnlich lautende Beschlüsse zu Nebelkerzen werden, wenn dem keine Ressourcen gegenüberstehen. In dem Fall steht Wohnraum nicht zeitnah zur Verfügung und kann auch nicht zeitnah entstehen. Da hilft leider auch kein noch so gutes, organisiertes Belegungsmanagement. Es macht unseres Erachtens keinen Sinn, durch einen Antrag den Eindruck zu erwecken, dass über einen entsprechenden Beschluss das Problem der fehlenden Ressourcen zu lösen sei. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag in den Sozialausschuss als zuständigem Fachausschuss zu verweisen. Dort sollte unter Berücksichtigung des im März zu erwartenden Konzeptes der Verwaltung zu den Mindeststandards der Unterbringung die tiefer gehende Diskussion erfolgen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wenn ich so in Ihre Gesichter schaue, denke ich mir, dass sich der eine oder andere sagt: Die Debatte gehört eigentlich in den Sozialausschuss.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem  
Bündnis 90/Die Grünen)

Als engagierte Sozialpolitikerin muss ich Ihnen auch irgendwie zustimmen. Da gehört sie hin. Deswegen möchte ich es kurz machen; aber die Antragsteller haben mich ein wenig herausgefordert, daher möchte ich kurz etwas sagen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von SPD, LINKEN und Piraten, es gibt in Ihrem Antrag durchaus ein, zwei Punkte, die ich bedenkenswert finde. Aber was mich in diesem Antrag schon stört, ist dieser unterschwellige Vorwurf an die Verwaltung, nämlich dass dort im Grunde genommen ohne Vorgaben, recht ungesteuert und ohne länger darüber nachzudenken gearbeitet würde. Ich finde, dieser Vorwurf ist ungerecht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem  
Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wir als Freie Demokraten haben in der Vergangenheit die eine oder andere Kritik geäußert, was die Unterbringung betrifft. Ich möchte nur einmal daran erinnern, dass wir uns schon darüber geärgert haben, dass vom Sozialdienst katholischer Männer Unterkünfte für homosexuelle Flüchtlinge zur Verfügung standen, die nicht belegt worden sind. Das war nicht in Ordnung. Ich glaube, da gibt es durchaus Verbesserungsmöglichkeiten. Aber ob man deswegen einen Antrag braucht und das nicht in einem bilateralen Gespräch lösen kann, das sei einmal dahingestellt.

Zentraler Punkt ist wirklich das, was Herr Dr. Rau eben gesagt hat: Wir haben einfach zu wenige Flächen. Und dieser Punkt der wenigen Flächen und Unterkünfte macht es natürlich problematisch, optimal zu belegen. Das ist doch das Problem. Es ist auch nicht nur das Thema der Flächen, es ist auch das Thema der Kita- und Schulplätze. Das möchte ich hier ebenfalls einmal sagen, weil Sie dies in Ihrem Antrag ansprechen.

Was die Unterbringung betrifft, haben wir im Dezember - das hat die Kollegin Heuser gesagt - einiges auf den Weg gebracht. Aber im Hinblick auf die Kita- und Schulplätze sage ich Ihnen hier voraus, dass es uns vor Ort noch enorme Anstrengungen kosten wird und wir sehr wahrscheinlich Auseinandersetzungen führen werden; denn was die Situation zum Beispiel in Rodenkirchen anbelangt - das wurde uns von der Verwaltung eindrücklich gesagt -, stehen kaum noch Schulplätze zur Verfügung. Ich bin gespannt, wie die Diskussionen laufen werden. Vor diesem Hintergrund muss ich ganz ehrlich sagen, dass durchaus auch mal Kita- und Schulwechsel bei der Belegung von Unterkünften in Kauf genommen werden müssen, Herr Detjen.

(Michael Paetzold [SPD]: Da steht ja  
auch nur „möglichst“ da!)

- Ja, aber das ist natürlich nie glücklich. Ich sage Ihnen, so ein Schulwechsel ist für kein Kind glücklich. Nicht nur für Flüchtlingskinder, sondern auch für andere Kinder sind Schulwechsel problematisch.

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Das ist das Thema der verbesserten Datenerfassung. Ich glaube, das haben wir oft genug im Sozialausschuss diskutiert. Ich muss Herrn Paetzold da zustimmen, auch für mich war das manchmal nicht so richtig nachvollziehbar, warum wir beim Thema Turnhallen oder Notunterkünften im Grunde genommen nur solche Listen geführt ha-

ben, die nicht miteinander - so habe ich es zumindest verstanden - vernünftig abgeglichen werden können. Das können wir bestimmt verbessern. Ich habe es auch so verstanden, dass die Verwaltung durchaus dazu bereit ist. Es ist ja in ihrem eigenen Interesse, dort eine Verbesserung zu bekommen. Deswegen sind wir mit der personellen Aufstockung einverstanden. Wir diskutieren das im Sozialausschuss. Ich glaube, wir kommen da zu einem guten Konsens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor? - Doch, Herr Hegenbarth vom Platz aus.

**Thomas Hegenbarth (Piraten):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Das kann ich als Mit Antragsteller auch von hier aus machen.

Uns lag nicht daran, irgendwelche unterschwellig Botschaften zu verbreiten oder über Begrifflichkeiten wie Management zu streiten. Der entscheidende Punkt ist wirklich - und deswegen freut es mich, dass es an den Sozialausschuss gehen soll -, dass wir über die Software und über die technischen Details sprechen, die tatsächlich helfen können. Ob das Programm, das gerade schon genannt wurde - KARTHAGO -, das ein reines Hausverwaltungsprogramm ist, das richtige ist, wage ich zu bezweifeln. Aber das ist eine Diskussion, die gehört wirklich in die Fachgremien hinein.

Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich jetzt über die gleichlautenden Anträge der Verweisungen in den Sozialausschuss abstimmen. Wer wünscht, dagegenguzustimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es in den Sozialausschuss verwiesen.

Herr Paetzold, gibt es noch etwas?

**Michael Paetzold (SPD):** Ich möchte nur für die nächste Sozialausschusssitzung, auf der wir den Punkt dann behandeln werden, eine Bitte an den Dezernenten äußern: Vielleicht könnte er uns bis dahin darstellen, was für eine Software genutzt wird und wie Daten erfasst werden. Wie gesagt,

wir hatten bis eben den Kenntnisstand mit der Excel-Tabelle. Daher wäre es schön, wenn wir genauer wüssten, was da ist. Mich würde auch interessieren, was KARTHAGO ist. Können Sie das zusagen, Herr Doktor Rau?

(Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau:  
Ja!)

- Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann rufe ich jetzt auf:

**3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen  
und Plätzen“  
Aus Fehlern lernen: städtische Security-  
Mitarbeiter fördern  
AN/0212/2017**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der  
FDP-Fraktion  
AN/0262/2017**

Frau Möller hat das Wort.

**Monika Möller (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Spätestens seit Silvester 2015 ist allgemein bekannt, dass die Stadt Köln die Sicherheit auf ihren Straßen und Plätzen erhöhen muss. Diese Aufgabe kann sie aber mit eigenem Personal nur begrenzt erledigen. In vielen Bereichen fehlen die Ordnungskräfte, trotz der auf Initiative der SPD beschlossenen Personalaufstockung beim Ordnungsamt.

Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wird dadurch gewährleistet, dass externe Sicherheitsunternehmen beauftragt werden. Dabei ergeben sich nicht selten auch Probleme in sensiblen und sicherheitsrelevanten Bereichen. Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, kam es zu Verstößen: zum Beispiel, dass ein Subunternehmer ohne Erlaubnis der Stadt eingesetzt war, dass Arbeitnehmer unterhalb des geltenden Mindestlohns beschäftigt wurden, Anmeldungen zur Sozialversicherung nur teilweise erledigt wurden. Erwähnenswert wäre noch, dass sich nach Medienberichten beim letzten Silvester auch gesuchte Personen unter dem Sicherheitspersonal befanden.

Die Konsequenzen, die die Stadt daraus gezogen hat, waren: Sie schließt mit genau dieser

Bewachungsfirma, die diese eklatanten Verstöße begangen hat, erneut einen Vertrag und rechtfertigt dies mit vergaberechtlichen Gründen.

Diese Rechtsauffassung teilt die SPD nicht. Unabhängig von den vorgenannten Problemen mit externen Vertragspartnern sieht die SPD die Notwendigkeit einer Neustrukturierung des städtischen Bewachungsbedarfs und Chancen, die sich hierdurch ergeben. Es besteht der dringende Bedarf an zuverlässigen und vertrauenswürdigen Partnern, zumal die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in teilweise hochsensiblen Bereichen eingesetzt werden.

Mit der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, der KGAB, hat die Stadt bereits die passende Partnerin an ihrer Seite. Allerdings schöpft sie die Chancen, die sich damit ergeben, nicht voll aus.

In einigen Bereichen ist die KGAB bereits für die Stadt als Bewachungsunternehmen tätig. Dazu gehört unter anderem der Rheinboulevard. Seit Jahren bewacht und sichert das Unternehmen problemlos den Großmarkt und auch den Heinrich-Böll-Platz zur Sicherung der Philharmonie, zwei eher heikle Bereiche. Sie hat damit bewiesen, dass sie ihre Arbeit erfolgreich bewältigen kann. Die KGAB ist also in der Lage, Dienstleistungen für weitere Einsatzorte und Anlässe zu übernehmen. Dabei sieht sie sich nicht als Konkurrenz zu externen Unternehmen, sondern um deren Ergänzung; dies zum Beispiel bei großen Veranstaltungen. Dabei sind die jeweiligen Ressourcen des Unternehmens natürlich im Blick zu behalten.

Die Aufgabe der KGAB besteht darin, langzeitarbeitslose Leistungsempfänger in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit tariflicher Bezahlung zu bringen. Im Wach- und Sicherheitsdienst bieten sich für viele von ihnen berufliche Perspektiven. Die KGAB bietet ihnen Berufs- und Qualifizierungsberatung und Ausbildung sowie Umschulung und Sozialbetreuung. Sie verfügt dafür über die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten.

Neben jedem qualifizierten Beschäftigten kann eine zusätzliche wie auch dauerhafte Einsatzmöglichkeit kostenneutral organisiert werden. Hierzu können die Fördermöglichkeiten von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, genutzt werden. Weitere positive Kosteneffekte ermöglichen die Partizipation an Bundes- und Landesmitteln, was auch bereits in der Vergangenheit genutzt wurde.

Die Ziele, Langzeitarbeitslose in den regulären Arbeitsmarkt zu bringen, kann die Gesellschaft aber nur erreichen, wenn die alleinige Gesellschafterin Stadt Köln ihre Dienstleistungsangebote auch entsprechend in Anspruch nimmt. Hier ist insbesondere das städtische Ordnungsamt gefragt. Eines Ausschreibungswettbewerbs bedarf es dazu nicht, da die KGAB als hundertprozentige städtische Gesellschaft inhousefähig ist.

Meine Zeit ist um. Dennoch würde ich gerne noch zwei Sätze sagen, insbesondere weil heute ein Ersetzungsantrag aufgeschlagen ist. - Danke.

Vor Jahrzehnten hat die Stadt damit begonnen, Aufträge an externe Dienstleister zu vergeben und städtisches Personal abzubauen. Die Folgen sind allgemein bekannt: Personal ist nur schwer zu bekommen und die Auftragssummen sind von Jahr zu Jahr gestiegen, sodass auch der Rechnungsprüfungsausschuss seit Jahren eine Trendwende fordert, nämlich wieder stärker auf eigenes Personal zu setzen. Das ist den Ämtern auch so mitgegeben worden.

Zum Ersetzungsantrag. Wir haben vor allen Dingen das Ziel „Sicherheit und Ordnung“ in den Mittelpunkt unseres Antrags gestellt. Das finden wir im Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und FDP vernachlässigt. Wir stimmen dem Antrag dennoch zu, bitten aber um Folgendes: In dem zweiten Punkt ist stärker auf die Beschäftigungsförderung abgehoben, während wir Ordnung und Sicherheit stärker im Mittelpunkt haben. Deswegen die Bitte, unseren Antrag mit in die Überlegungen der Verwaltung einzubeziehen und das Ergebnis zusätzlich dem AVR zur Kenntnis zu geben.

Die zweite Sache ist: Punkt 4 könnte missverstanden werden. Es ist so, dass der Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne für Sicherheitsdienstleistungen am 31. Dezember 2013 bereits ausgelaufen ist. Deswegen möchte ich gerne zu Protokoll geben, dass unter Punkt 4 auf jeden Fall deutlich gemacht wird, dass das eingesetzte Personal nach dem Tarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Nordrhein-Westfalen entlohnt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Klausning das Wort.

**Christoph Klausning** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Wir stehen zu unserem Ersetzungsantrag und werden den gleich auch wie besprochen und wie vorliegend beschließen.

Ich möchte Ihnen jetzt einmal ausführen, warum wir den Ersetzungsantrag exakt so, wie er Ihnen hier vorliegt, beschließen werden; denn ich habe jetzt bei Ihrem Vortrag erst verstanden, worum es Ihnen bei dem SPD-Antrag geht. Es geht nicht um die Sache, sondern schlicht und ergreifend um die Pressemitteilung, dass Sie Langzeitarbeitslose in der Sicherheit engagieren wollen. Es ging nur um die PM, nur um die Überschrift und keinen Millimeter um die Sache. Und das ist eine absolute Frechheit!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Seien wir doch einmal ganz ehrlich - und deswegen bin ich auch stinksauer -: Würde es Ihnen nur einen Millimeter - nur einen Millimeter! - um die Sache gehen, nämlich dass wir Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und etwas in der Sicherheit tun, dann wären Sie 2015 auf den Aufruf der CDU, sich mit den anderen Fraktionen zusammenzusetzen und kommunale Beschäftigungsförderung nach vorne zu bringen,

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ihr wollt keine Ein-Euro-Jobs haben!)

auf diese Einladung wären Sie eingegangen und hätten da etwas gesagt. Im letzten Sozialausschuss hätten Sie sich dazu äußern können, als wir über das kommunale Beschäftigungsprogramm gesprochen haben und die Frage aufwarfen, was braucht es noch.

Herr Dr. Rau hat sogar davon gesprochen, demnächst die sozialpolitischen Sprecher dazu einzuladen.

Und Sie wissen, dass morgen - das sind keine 24 Stunden - die Aufsichtsräte der KGAB im Sechsergremium verabredet sind, um eine Strategiediskussion innerhalb der KGAB zu führen. Morgen könnten wir genau darüber, wie wir uns da aufstellen, diskutieren. Und was tun Sie? Sie tun nichts; und das nur wegen einer billigen Überschrift. Das ist einfach skandalös. Das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Wenn Ihnen Sicherheitspolitik so wichtig wäre, dass Sie das wie ich aufnehmen wollten, dann bräuchten wir gar nicht bis morgen warten, um

sich dort einzubringen. Dazu hatten Sie zehn Jahre Zeit. Sie hatten zehn Jahre Zeit als politisch verantwortliche Partei hier in der Stadt Köln! Sie hatten hier einen Stadtdirektor sitzen. Sie hatten da die Mehrheit. Und Sie haben für die Sicherheit in der Stadt Köln nichts, aber auch gar nichts getan!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und das wollen Sie jetzt billig im Vorwahlkampf der Landtagswahl nehmen, um sich hier sicherheitspolitisch zu profilieren. Das ist absolut unglaubwürdig!

Gehen wir trotzdem einmal ganz kurz ins Fachliche.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Auch wenn Ihr Antrag den Aufhänger für das Fachliche kaum bietet, gehe ich gerne kurz darauf ein.

Wie ist der Antrag aus Sicht der KGAB einzuordnen? Da darf ich auch in Absprache den Geschäftsführer der KGAB zitieren. Ich habe im Vorfeld mit ihm telefoniert, weil dieser Antrag bei mir irgendwie Unwohlsein ausgelöst hatte, und eben weil dieser Antrag zeitlich so behämmert kommt, dass es Sand ins Getriebe schleudert, sodass ich mich rückversichern wollte, wie die KGAB das einschätzt. Ich darf den Geschäftsführer der KGAB zitieren:

Zur aktuellen Diskussion im Rat der Stadt Köln am Dienstag möchte ich Ihnen kurz meine Sicht vermitteln: Ich bin über den Antrag der SPD-Ratsfraktion nicht glücklich, weil hier zwei Dinge in Verbindung gesetzt werden, die nichts miteinander zu tun haben. Die Kritik an der Zusammenarbeit der Stadt Köln mit Bewachungsunternehmen mag im konkreten Fall nachvollziehbar und begründet sein, sie ist für mich aber nicht der Anlass, um mir Gedanken über die Weiterentwicklung der KGAB zu machen.

Weiter:

Ich wünsche mir, dass die Diskussion über die Weiterentwicklung der KGAB im Aufsichtsrat bzw. wie verabredet im Sechsergremium geführt wird und nicht im Rat der Stadt Köln. Und zum kommunalen Beschäftigungsprogramm hat die Verwaltung einen Auftrag erhalten, der jetzt erst einmal erledigt werden

muss, bevor mögliche Ergebnisse am Dienstag bereits im Rat diskutiert werden.

Zitat Ende. - So viel zur fachlichen Einordnung, wie wir uns mit der KGAB weiterentwickeln.

Wenn die Geschäftsführung das schon so sagt und wir morgen im Sechsergremium zusammensitzen, dann bitte ich doch ganz herzlich darum: Bringen Sie Ihre inhaltlichen Punkte dahin, wohin sie gehören, und machen Sie hier keine billige Polemik, keine billigen Überschriften auf Kosten der Langzeitarbeitslosen und auf Kosten der Sicherheit in der Stadt Köln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Richter, bitte.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Klausing, vielen Dank, dass du mit deiner Rede den Rat wieder aufgeweckt hast, weil die letzten ein, zwei Stunden war es hier merklich ruhig und das bei einem auch etwas trockenen Thema, und zwar der Qualität von Bewachungsdienstleistungen, die jährlich von der Stadt vergeben werden. Daher noch einmal vielen Dank für deine Rede.

Dieses eigentlich sachliche Thema wird leider von der SPD mit einem Unterton vermengt, der sich wieder auf die Sicherheitspolitik in unserer Stadt bezieht. Es klingt der Unterton mit, dass es einen Sicherheitsbedarf gäbe und dass es zu Risiken bei den letzten Großveranstaltungen gekommen wäre. Es werden pauschale Formulierungen gemacht, wie „aus Fehlern lernen“, „mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“ oder „Sicherheit für alle erhöhen“. Dieses unterschwellige Unterminieren der erfolgreichen Sicherheits- und Ordnungsarbeit, die in den letzten 18 Monaten von Stadt und Polizei gemacht wurden, ist nicht angemessen und nicht seriös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin - das wissen Sie auch selber - greift Ihre Initiative in laufende Strategieberatungen der KGAB ein, mitten in laufende Strategieberatungen, zum Beispiel, ob das bisherige Geschäftsfeld der Bewachungspersonalgestellung ausgebaut wird. Wie auch der Kollege Klausing es ge-

nannt hat, wird das in den nächsten Tagen zwischen Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besprochen werden. Warum bringen Sie das vorschnell in den Rat? Das ist für den Prozess nicht förderlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Unser vorliegender Änderungsantrag respektiert und unterstützt die laufenden Gespräche bei der KGAB und bittet darum, die entsprechenden Ergebnisse auch dem Sozialausschuss und dem Finanzausschuss darzulegen.

Weiterhin verweisen wir auf den gemeinsamen Beschluss von vor drei Monaten zur Beschäftigungsförderung. Und wir verweisen darauf, dass die Verträge mit den externen Partnern vertragskonform laufen müssen, dass der Mindestlohn eingehalten wird, dass Sozialstandards eingehalten werden. All das kann man sachlogisch besprechen. Man merkt, dass die SPD ein Sicherheitsthema für 2017 hat und versucht, in jeder Ratssitzung irgendein Thema - sei es auch noch so billig - zu finden, um das zu platzieren. Das ist schade. Deswegen stimmen wir auch unserem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kockerbeck, bitte.

**Heiner Kockerbeck** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der LINKEN interpretieren diesen Antrag anders als die Vorrednerinnen und Vorredner; denn es geht ja hier - wenn man den Antrag der SPD aufmerksam liest - nicht allein um Sicherheit und um Vergabe von Bewachungsaufträgen,

(Martin Börschel [SPD]: Genau!)

sondern es geht auch um Sozialpolitik und um die Struktur der öffentlichen Verwaltung und die Art, wie mit externen Vergaben umgegangen wird.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Nach meinen Informationen - ich gestehe, ich bin jetzt vom Verlauf der Diskussion etwas verwirrt -, will die SPD ihren Antrag aufrechterhalten, und

deswegen wird die Linke diesen Antrag auch unterstützen.

(Lachen bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr könnt euch aber auch unabhängig entscheiden! Ihr müsst nicht immer der SPD hinterherlaufen!)

- Ja, sehr geehrter Herr Kollege, wir entscheiden uns unabhängig, nämlich gegen Ein-Euro-Jobs, gegen Privatisierung. Das lesen wir aus diesem Antrag heraus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Jetzt fange ich einmal mit dem Antrag an: Schon im Titel geht es darum, dass die SPD sagt, sie möchte aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Diese Fehler werden hier bezeichnet, und zwar geht es um das Outsourcing von Aufträgen, die besser durch die Stadt selbst organisiert werden könnten. Es geht um Insourcing. Es täte den Grünen auch gut, wenn sie sich einmal mit ihren Fehlern bei der Agenda 2010 und den Privatisierungen der letzten 15 Jahre befassen würden; dann würden sie vielleicht auch diesem Antrag etwas abgewinnen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Der Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP findet nicht unsere Zustimmung. Denn es geht in diesem Jahr auch nicht darum, in die Richtung, die ich gerade dargestellt habe, zu gehen, sondern im Gegenteil. Es geht darum, genau das abzuwehren. Deshalb wird im ersten Punkt die Richtung des SPD-Antrags völlig verwässert, und auch in den weiteren Punkten geht es darum.

Zum SPD-Antrag. In der Vergangenheit wurden bei der Stadt Köln Aufgaben im Sicherheitsbereich an externe Wachunternehmen ausgelagert und Stellen bei der Stadt abgebaut. Frau Möller hat schon dargestellt, welche Probleme dabei auftraten. Es traten Probleme bei der Qualität auf. Es wurden damit auch die Löhne für die Wachleute gedrückt. Und wenn etwas die objektive Folge von einer solchen Maßnahme ist, dann kann man auch vermuten, dass das möglicherweise genau die Absicht war. Denn es sollen Kosten gesenkt werden, und das wurde damit erreicht: dass Löhne für Wachleute gedrückt wurden.

Auch der gesetzliche Mindestlohn, der bei einigen privaten Firmen nicht immer eingehalten wurde - von 8,50 Euro, seit Kurzem von 8,84 Eu-

ro -, garantiert nämlich zurzeit kein menschenwürdiges Leben. Wer nur den geltenden Mindestlohn bekommt, müsste 60 Jahre lang Vollzeit arbeiten, um eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung zu erreichen. Beschäftigte bräuchten stattdessen einen Stundenlohn von 11,50 Euro, um nach 45 Jahren im Alter nicht auf Sozialhilfe, auf Grundsicherung, angewiesen zu sein.

Also, es ist beschämend, wenn Beschäftigte im Dienst der Stadt unter prekären Bedingungen arbeiten müssen und am Ende ihres Arbeitslebens vor Altersarmut stehen. Genau diesem möchte der SPD-Antrag entgegensteuern. Deshalb werden wir ihn unterstützen.

Die Linke unterstützt den vorliegenden Antrag auch, weil Langzeitarbeitslose Qualifikationen erwerben können. Auch das wurde bereits von der Kollegin der SPD dargestellt. Das ist eine sehr unterstützenswerte Sache.

Allerdings möchten wir es nicht, wie es im Ratsantrag vom November letzten Jahres hieß, unter Verwendung von Ein-Euro-Jobs, von Arbeitsgelegenheiten. In der Vergangenheit hat die LINKE diese Arbeitsgelegenheiten immer abgelehnt als reines Disziplinierungsinstrument ohne nennenswerte beschäftigungspolitische Effekte.

Fazit: Die Stadt bekommt mit dem vorliegenden Antrag die Chance, die Standards für die Arbeit von Wachleuten nicht nur wieder selbst setzen zu können, sondern auch ihre Überprüfung unmittelbar in die Hand zu bekommen. Der Antrag kann also ein erster Anfang sein, um unsoziale Privatisierungen bei der Stadt zurückzunehmen und Lohndumping bei den Security-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern zu stoppen. Deshalb unterstützt ihn die Linksfraktion.

Wir möchten aber, dass weitere Maßnahmen, prekäre Arbeit und Niedriglöhne in Köln zurückzudrängen, folgen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Hoyer hat das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Den Antrag der SPD finde ich ziemlich schwierig.

Ich finde ihn schwierig, weil dort in der Tat verschiedene Sachverhalte miteinander vermischt werden. Da ist zum einen das Thema der strategischen Ausrichtung der KGAB. Das zweite Thema ist die Kritik an Vertragsverstößen von Sicherheitsunternehmen. Das dritte Thema ist die Entwicklung eines kommunalen Beschäftigungsprogramms.

Herr Klausing hat eben zitiert, dass der Geschäftsführer der KGAB gesagt hat, er wäre nicht glücklich darüber, dass es diesen Antrag heute in der Ratssitzung geben würde.

Ich bin da weniger zurückhaltend. Ich bin richtig ärgerlich darüber.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin nämlich wirklich ärgerlich, wenn irgendwelche Absprachen, die man miteinander trifft, nicht eingehalten werden. Das, finde ich, ist in diesem Fall ganz deutlich geworden.

Wir haben im Aufsichtsrat beschlossen, dass wir über die strategische Ausrichtung erst einmal im Aufsichtsrat diskutieren. Deswegen gibt es dieses Sechsergremium. Morgen sitzen wir zusammen. Es ist nicht glücklich, dass Sie heute mit diesem Antrag kommen. Es ist nicht nur nicht förderlich, wie der nette Kollege von den Grünen eben sagte, ich finde es sogar kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sie eine vertrauliche Zusammenarbeit haben wollen, können Sie doch nicht mit solchen Initiativen kommen, mit denen Sie sich profilieren wollen.

Natürlich darf es keine Denkverbote geben. Das ist doch klar, auch nicht für die FDP. Deswegen denken wir auch über Inhousefähigkeiten nach. Das ist doch ganz klar.

Wir sehen auch das Feld der Bewachungsdienstleistungen als Aufgabenfeld. Wir wissen auch, dass die KGAB sich dort großes Know-how erworben hat und zertifiziert worden ist. Aber - um noch einmal auf das zu sprechen zu kommen, was Frau Möller eben sagte - der Unternehmenszweck der KGAB ist, langzeitarbeitslose Menschen zu qualifizieren und dann auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Und ich glaube, davon habe ich hier heute ganz, ganz wenig gehört.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die von Ihnen so viel gescholtenen Wach- und Sicherheitsagenturen mögliche Arbeitgeber sind, mögliche Arbeitgeber des ersten Arbeitsmarkts, wo die Langzeitarbeitslosen eine Möglichkeit finden, unterzukommen.

Und in Ihrem Punkt 4 des SPD-Antrags stellen Sie das geradezu auf den Kopf. Da steht, die KGAB soll - ich zitiere -

deshalb, soweit Bedarf dafür besteht, Beschäftigten von Bewachungsfirmen, die künftig nicht mehr an einer Auftragsvergabe der Stadtverwaltung für Bewachungsdienstleistungen partizipieren, eine Qualifikation und gegebenenfalls Beschäftigungsperspektive auf tariflicher Basis bei der KGAB bieten.

Das ist doch genau der andere Weg. Das kann es doch nun überhaupt nicht sein. Insofern sehen Sie, dass einige Sachen entgegen dem Unternehmenszweck der KGAB stehen.

Ich möchte auch noch sagen: Die Schelte ist gerechtfertigt, wenn etwas nicht funktioniert bei den Sicherheitsunternehmen. Man muss dann nachprüfen, man muss schauen, dass die vertraglichen Gegebenheiten eingehalten werden, und wenn das nicht der Fall ist, muss man sich notfalls von den Dienstleistern trennen. Was aber nicht geht - und dieses Gefühl habe ich ein bisschen -, ist, mit einer pauschalen Schelte zu kommen.

Ich komme aus dem Bereich der Sozialpolitik. Das ist allenthalben bekannt. Wenn ich manchmal in den Zeitungen lese, wie in anderen Städten Sicherheitsdienste - gerade bei der Flüchtlingsunterbringung - versagt haben, finde ich, dass wir in der Stadt Köln mit Sicherheitsdiensten sehr gut aufgestellt sind. Das muss auch einmal der Ehre halber an der Stelle gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Der letzte Punkt, den Sie hier einbringen und den Sie ein bisschen vermischen, betrifft das Thema des kommunalen Beschäftigungsprogramms. Ja, das haben wir im November 2016 verabschiedet. Wir haben im letzten Sozialausschuss gefragt, wie die Verhandlungen aussehen. Da wurde uns von allen Seiten gesagt: Ja, wir sind in guten Gesprächen. - Ich hatte das Ge-

fühl, dass diese Gespräche vielleicht auch deshalb so gut sind, weil auch nicht von Anträgen von anderen Parteien außerhalb beeinflusst werden. Ich glaube, man sollte diese Leute einfach einmal in Ruhe verhandeln lassen und Ergebnisse abwarten. Die können wir dann hier diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hegenbarth, bitte.

**Thomas Hegenbarth (Piraten):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die ganze Schuld auf mich. Wir haben das wohl mit unserer Frage im September ausgelöst: Wie werden die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals kontrolliert? - Also, wir waren das hier.

Insoweit - etwas unbewusst - hat die SPD vielleicht diesen Antrag aufgenommen. Daher sollten wir den Dampf an der Stelle herausnehmen. Ich finde das auch sehr ärgerlich, wenn es von beiden Seiten hier wahlkampftechnisch ausgenutzt wird. Dafür ist das Thema und sind auch die Vorfälle, die es in den letzten Monaten gab, zu ernst, als dass wir uns gegenseitig parteimäßig auf die Finger zeigen. Ich würde daher dafür plädieren, an der Stelle etwas mehr Sachlichkeit einzubringen.

Übrigens: Danke, Herr Dr. Rau, für die ausführliche Beantwortung damals im September, die auf einige Punkte, die auch in dem Antrag stehen, sehr dezidiert eingegangen ist und auch die Vertragsdetails etc. ausführte. Das würde ich mir wünschen: dass auch die großen Fraktionen vielleicht vorher einmal in unsere Anfragen hineinsehen. An der Stelle danke!

Wir werden dem SPD-Antrag ansonsten zustimmen, weil er im Detail in die richtige Richtung geht, und nicht, weil es hier um Wahlkampf geht.

Danke.

(Beifall bei den Piraten, der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion. Die Antragsteller haben in Person von Herrn Klausung eben erklärt, dass sie die mündlich vorgebrachten Anregungen der SPD nicht übernehmen werden. Daher stelle ich den Antrag, so wie vorgelegt, zur Abstimmung. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das sind die Grünen. Das ist die CDU. Das ist die FDP. Das ist Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, LINKE und die Piraten. Dann ist dem Änderungsantrag als Ersetzungsantrag zugestimmt. Der ursprüngliche Antrag hat sich damit erledigt.

Ich rufe jetzt auf:

### **3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen“ AN/0210/2017**

Ich gebe als Erstem Herrn Hegenbarth das Wort.

**Thomas Hegenbarth (Piraten):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Herr Dr. Keller nicht da. Er hatte nämlich vorhin in seiner Antrittsrede ein ganz wichtiges Stichwort aufgenommen. Da ging es um Prävention. Die Prävention liegt uns bei diesem Antrag auch am Herzen, obwohl er das Stichwort eher in die polizeilich-kriminalistische, technische Richtung gebracht hat.

Aber mit unserer Initiative wollen wir die Diskussion über die Vorfälle von Silvester 2015/2016 und die vielen darauffolgenden Diskussionen über das Thema „sexualisierte Gewalt“ um einen Aspekt ergänzen, der in der Debatte und in der öffentlichen Auseinandersetzung unserer Meinung nach zu kurz kommt, nämlich die Aufklärung, Angebote und Aktionen für und mit Jungen und Männern.

Am Anfang möchte ich gleich betonen, dass wir alle Initiativen und Projekte - wie zum Beispiel Lobby Für Mädchen, Zartbitter, PRO FAMILIA - vollumfänglich unterstützen und uns für das Engagement bedanken. Die Liste hier ist nicht abschließend gemeint. Besonders gut finden wir auch, dass sich im November 2016 das „Bündnis Köln gegen sexualisierte Gewalt“ gegründet hat.

In alle Aufgabenfelder, die wir als Ergänzung mit unserem Antrag einfordern, sollen die bisherigen Strukturen selbstverständlich einbezogen werden. Es geht nicht um Parallelstrukturen oder um

ein gegenseitiges Auspielen guter Initiativen. Wir Piraten wollen mit unserem Antrag klarmachen, dass es bereits sehr gute Projekte und Initiativen gibt, die sich an Jungen und Männer richten, diese aber in der Öffentlichkeit nicht genügend wahrgenommen oder unterstützt werden.

In der öffentlichen Debatte über sexualisierte Gewalt werden meistens nur die Frauen angesprochen oder wahrgenommen. Ich möchte das am Beispiel der Plakatkampagne aufzeigen. Natürlich sind diese Plakate, auf denen Frauen klarmachen, dass sie für ihre Rechte kämpfen, richtig und wichtig. Frau Reker hat hier, glaube ich, ganz gut gehandelt, als sie sich als Schirmherrin im Januar dankenswerterweise beteiligt hat.

Der Schriftzug „Die Würde von Frauen und Mädchen ist unantastbar. In Köln und überall.“ macht klar, dass Frauen ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Unversehrtheit haben.

Die Ansprechpartner müssen aber auch deutlicher Männer sein; denn diese sind oft verantwortlich für die Ursachen sexueller Gewalt. Männer sollten aber gemeinsam mit den Frauen für deren Rechte kämpfen oder zumindest dafür sensibilisiert werden, noch stärker sensibilisiert werden. Sexualisierte Gewalt kann eben nur durch eine Verhaltensänderung der Männer sinnvoll bekämpft werden. Bei potenziellen Tätern, also auch in dem männlichen sozialen Umfeld, das einen gewalttätigen sexuellen Umgang mit Frauen oft verharmlost oder ins Lächerliche zieht, muss ein Wandel vollzogen werden. Der Kampf gegen sexuelle Gewalt kann nur Erfolg haben, wenn dieser als ein weit verbreiteter Bestandteil unserer Gesellschaft betrachtet wird.

Wir müssen uns auch damit beschäftigen, dass es unterschiedliche Täter aus unterschiedlichen Gründen gibt. So müssen Männer aus Ehrenkulturen mit ihren problematischen Werten konfrontiert werden. Sie müssen zur Selbstreflexion angeleitet und zu Multiplikatoren ausgebildet werden.

Deshalb wollen wir das Projekt „HEROES Köln“ unterstützen, die genau so einen Ansatz verfolgen und genau diese potenzielle Tätergruppe erreichen. Das heißt nicht, dass wir uns nur auf Jugendliche und Männer mit Migrationshintergrund fokussieren, sondern bisher nicht geförderte, sinnvolle Projekte einbeziehen wollen, eben in diesem Falle HEROES. Projekte, die sich an potenzielle Täter richten, kamen in der Vergangenheit zu kurz. Unser Antrag zu HEROES ist nur ein erster Aufschlag und keine

abschließende Lösung. Deshalb haben wir auch über unsere Anfrage im AVR auf die Initiative „Kein Täter werden“ hingewiesen, die es in Köln leider noch nicht gibt.

Wir verfolgen mit dem Punkt 1 eine zentrale Schnittstelle, die Bedarfe koordiniert. Damit wir mit dem Punkt 1 nicht missverstanden werden: Wir wollen keine Parallelstrukturen entwickeln. In Fachgesprächen sollte geklärt werden, inwieweit die Träger oder die Stadt hier eine geeignete Schnittstelle aufbauen können.

Diese sollen die verschiedenen bestehenden Initiativen, Aktionen der Stadtverwaltung oder der Stadtgesellschaft bündeln. Wir brauchen hier als ersten Schritt eine zentrale Anlaufstelle der Stadt. Das zeigt auch die Priorität, die wir alle dem Thema in Zukunft einräumen werden.

Eine Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit sexualisiert grenzverletzendem Verhalten e. V.“ ist gerade in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Ergänzung, wobei man auch auf die Erfahrungen aus anderen Kommunen zurückgreifen kann.

Ich hoffe, ich konnte zu dieser schwierigen Thematik mit diesem sachlichem Vortrag beitragen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten, der SPD und der Guten Wählergruppe Köln)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Paetzold, bitte.

**Michael Paetzold (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Frau Gerlach, Herr Hegenbarth, Kompliment für diesen Antrag. Er ist sehr klug. Ich finde ihn wirklich sehr interessant, und meine Fraktion übrigens auch. Auch von den anderen demokratischen Fraktionen ist wohlwollendes Interesse bekundet worden.

Allerdings möchten die Fachpolitiker in unseren Reihen die notwendige Diskussion dann doch lieber in ihrem eigenen Ausschuss führen, also im JHA. Deshalb darf ich für meine und die anderen Fraktionen vorschlagen bzw. beantragen, den Tagesordnungspunkt in den JHA zu verweisen. Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Schlieben, bitte.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Nein! Er hat für alle gesprochen!)

- Gut. Dann liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann lasse ich über den Antrag des Verweises abstimmen und frage nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen und damit der ursprüngliche Antrag nicht mehr zu befassen.

Als Nächstes rufe ich auf:

**3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Überprüfung unrechtmäßiger Bußgeldbescheide wegen Tempoüberschreitungen auf der A 3“ AN/0226/2017**

**10.25 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3 0491/2017**

Ich gebe zunächst Herrn Stadtdirektor Keller das Wort.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Verwaltungsvorlage noch einmal einbringen, und vielleicht zu zwei Themenkomplexen noch einmal Stellung nehmen. Ich würde zum einen gerne die Besonderheiten dieser Vorlage hervorheben, und zum anderen aus aktuellem Anlass - Presseberichterstattung von heute - auch zu den zeitlichen Abläufen heute einige Worte sagen, weil da, glaube ich, dringend etwas klargestellt werden muss. Zunächst zu den Inhalten der Vorlage:

Sie finden unter Punkt 1 der Vorlage ein Bekenntnis - so nenne ich es jetzt einmal - zur Bestands- bzw. Rechtskraft der Bescheide. Das ist an dieser Stelle ganz wichtig. Wir haben von Anfang an, und zwar in grundsätzlichem Einvernehmen auch mit der Bezirksregierung, die Position vertreten - die zwischen Fachleuten auch wirklich unstrittig ist -, dass diese Bescheide, die bestandskräftig bzw. rechtskräftig geworden sind, nicht mehr aufgehoben werden können. Ich habe in der gesamten Diskussion an der Stelle auch keine andere juristische Position gehört. Es ging sogar so weit, dass in der letzten Woche, auch in einer Kölner Zeitung, der ehemalige Präsident des Oberverwaltungsgerichts und gleich-

zeitig Präsident des Verfassungsgerichtshofes diese Position noch einmal bestätigt hat. Das ist auch für das, was wir Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlegen, eine ganz wichtige Prämisse.

Eine Veränderung dieser Bescheide ist nur über den gesetzlich vorgegebenen Weg des Ordnungswidrigkeitengesetzes, nämlich des § 85, grundsätzlich möglich, nämlich über eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Aber da sind enge Voraussetzungen und hohe Hürden zu nehmen. Das ist der Grund - die Bestandskraft der Bescheide, an der wir nicht vorbeikommen -, warum wir uns in den letzten Tagen und Wochen mit einer Lösung des Problems durchaus schwergetan haben. Es ist relativ leicht, zu rufen: „Zahlt das Geld zurück“, wenn ich dafür keine Rechtsgrundlage habe bzw. einen Weg zu finden, um eine solche zu schaffen.

Der Rat muss sich zwei Dinge bewusstmachen, die mit einer Beschlussfassung zu dieser Vorlage verbunden sind: Erstens. Sie beschließen, wenn Sie unserer Vorlage folgen, eine freiwillige Leistung. Es gibt keinen Anspruch der Betroffenen. Die Stadt verzichtet auch nicht auf Ansprüche, die sie ihrerseits gegen die Betroffenen aus bestandskräftigen Bescheiden hat; denn mit Bezahlung ist dieser Anspruch entsprechend auch erloschen. Das ist wichtig für die Frage, ob wir das überhaupt dürfen, was wir Sie bitten, zu tun.

Zweitens. Heute wird beschlossen - falls beschlossen wird! - ein finanzieller Ausgleich für das, was die Betroffenen an Verwarn- und Bußgeldern bezahlt haben. Alles andere, nämlich die Aufhebung von Nebenfolgen - Punkte, Fahrverbote -, steht nicht in unserer Macht als Verwaltung und auch nicht in der Macht des Rates. Hierüber kann, wenn denn die Voraussetzungen vorliegen, ein Gericht im Wege des Verfahrens der Wiederaufnahme neu entscheiden, oder - auch diesen Weg haben wir in den letzten Tagen vorgeschlagen - hierüber kann auch in Härtefällen im Gnadungsverfahren entschieden werden. Hier ist aber die zuständige Behörde die Bezirksregierung. Auch die hat an der Stelle darauf hingewiesen, dass hier hohe Hürden zu nehmen sind. Das ist ganz wichtig: freiwillige Leistungen und nur ein Ausgleich der Geldleistungen. Es kann deshalb sein, dass - so habe ich es in der Pressekonferenz gesagt - hier am Ende eine Gerechtigkeitslücke bleibt.

Ein weiterer Punkt, der auch Gegenstand der Debatte war, ist die Frage: Warum machen wir das mit der Onlinebeantragung? - Ich würde eigentlich weniger von einem Antragserfordernis sprechen, auch wenn wir das so in die Vorlage

hineingeschrieben haben. Aber wir brauchen an einer Stelle die Mitwirkung der Betroffenen, um die Fälle auch eindeutig zuordnen zu können.

Wir haben hier zum einen das Erfordernis, dass wir tatsächlich auch eine aktuelle Kontoverbindung brauchen, weil wir nicht sicher sein können, dass die, von der im letzten Jahr gezahlt worden ist, auch die ist, auf die das Geld zurückgehen kann. Und wir haben auch ganz praktisch das Problem, dass wir uns anhand unserer Kassenzeichen schwertun, die Fälle eindeutig zuzuordnen. Wir können zwar am Kassenzeichen erkennen, ob ein Autobahnblitzer betroffen ist oder ein städtischer Blitzer, aber wir haben bekanntermaßen nicht nur den A3-Blitzer, sondern es könnten auch Fälle sein, die sozusagen auf der A1 erwischt worden sind. Deshalb: Die Mitwirkung der Betroffenen ist für uns wichtig, um tatsächlich auch die Fälle sauber zu identifizieren, die hier für eine Erstattung angehen.

Wir glauben, dass wir hierfür ein niedrigschwelliges und unkompliziertes Angebot schaffen werden, das wir hoffentlich auch schon morgen online stellen können. Dann haben unsere Fachleute sozusagen ein Verfahren im Hintergrund geschaltet, wie aus dieser Eingabemaske heraus im Prinzip auch eine Kassenanweisung erstellt werden kann, die dann tatsächlich das Geld unkompliziert zur Auszahlung bringen kann.

Hier geht es also im Kern nicht darum, den Betroffenen irgendein Antragserfordernis aufzuerlegen, sondern hier geht es am Ende um Verwaltungsvereinfachung. Ich glaube, dass diese niedrigschwellige und unkomplizierte Art der Mitwirkung für die Betroffenen auch durchaus zumutbar ist.

Ich darf in dem Zusammenhang vielleicht darauf hinweisen, dass die Fallzahlen, die in der Vorlage angegeben sind, genau aus diesem Grund, dass wir uns bei den Kassenzeichen so ein bisschen schwertun, sich durchaus für die Fallzahlen auf der A3 noch etwas reduzieren können gegenüber dem, was in der Vorlage steht, weil, wie gesagt, dieses Thema gerade sozusagen bei der Konzeption dieses Onlineverfahrens entsprechend aufgefallen ist.

Wir werden über den Verwaltungsaufwand, der unweigerlich mit dieser Aktion verbunden ist, mit der Bezirksregierung reden müssen. Auch dazu finden Sie in der Vorlage einen Satz. Frau Walsken hat in unserer gemeinsamen Presseerklärung schon erklärt, dass sie da auch gesprächsbereit ist, weil auch dort gesehen wird, dass der Verursacher dieses Fehlers nicht bei der Stadt

zu suchen ist, sondern durch die fehlerhafte Anordnung der Beschilderung auf der A3, die von der Bezirksregierung vorgenommen worden ist, letzten Endes verursacht wurde.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Rechnung würde ich gerne schreiben!)

- Ja, wir müssen jetzt erst einmal gucken. Wie gesagt, wir versuchen - ich glaube, das ist auch im Sinne aller Beteiligten -, den Aufwand natürlich so gering wie möglich zu halten. Wir müssen einfach am Ende sehen, was dabei herauskommt, und dann werden wir hier entsprechend verhandeln.

Vielleicht - ich habe es angekündigt - noch ein paar Sätze zum Thema Zeitablauf. Heute wird der Pressesprecher der Bezirksregierung mit der Aussage zitiert, die Stadt hätte ab dem 15. Dezember eigentlich schon wissen müssen, was ordnungsbehördlich an der Stelle zu tun sei.

Um das hier ganz eindeutig noch einmal zu sagen: Dem ist nicht so. Für diese Aussage hat sich der Pressesprecher der Bezirksregierung gestern Abend noch persönlich bei mir entschuldigt, weil er eingesehen hat, dass diese Aussage so nicht haltbar ist.

Was ist am 15. Dezember passiert? Die Staatsanwaltschaft Köln hat uns angeschrieben, weil sie Zweifel an der Wirksamkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung hat - Zweifel! Sie hat uns nicht geschrieben: Das ist alles rechtswidrig, was ihr da tut; sondern sie hat uns geschrieben: Es gibt Zweifel, und wir mögen doch bitte dazu Stellung nehmen. Dann ist der Sachverhalt geschildert worden.

Wir sind aber nicht anordnende Behörde. Wir sind weder Straßenbaulastträger auf der A3, noch sind wir anordnende Behörde für die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A3. Also haben wir folgerichtig die zuständige Behörde gebeten, zu sagen, wie sie denn gedenkt, mit dieser Frage umzugehen, oder wie sie sich dazu stellt. Das haben wir gemacht. Wir haben das weitergeleitet und haben am 4. Januar eine Antwort der Bezirksregierung dazu bekommen. Die Antwort, die wir dann bekommen haben, die haben wir auch zügig umgesetzt.

Nur um noch einmal deutlich zu machen, dass es hier keine klare Rechtslage gab in dieser Zeit - man kann die Frage stellen, ob es die eigentlich heute zu dieser Frage gibt -, möchte ich darauf hinweisen, dass am 3. Januar 2017 das Amtsgericht Köln einen Fahrer zu einer Geldbuße von

320 Euro und zu einem Fahrverbot verurteilt hat, weil an der Stelle Tempo 60 galt. So das Urteil des Amtsgerichts Köln. Das heißt, hier standen auch widerstreitende Urteile gegeneinander. Deshalb war es für uns der absolut richtige Weg, die Bezirksregierung zu fragen, welcher Rechtsauffassung sie sich denn nun anschließt. Sie hat uns am 4. Januar mitgeteilt, dass sie sich der Rechtsauffassung des Gerichts anschließt, das gesagt hat, da hätte noch ein weiteres Schild stehen müssen. Sie hat uns dann gebeten, die laufenden Verfahren einzustellen. Und dieser Bitte sind wir nachgekommen.

Ich glaube, es ist der Verwaltung nicht vorzuwerfen, dass sie sozusagen den Januar über genau diese Anweisung der Bezirksregierung befolgt hat und sich darauf konzentriert hat, die laufenden Verfahren zur Einstellung zu bringen.

Dass sich aus einer öffentlichen Debatte um dieses Thema dann am Ende sozusagen die Überlegung entwickelt hat, außerhalb der geltenden Vorschriften - ich sage nicht: außerhalb des geltenden Rechts, aber außerhalb der Vorschriften, die sich um die Wiederaufhebung dieser Bescheide drehen - eine Lösung zu finden, ist eine ganz andere Frage. Das ist eine Frage, die Verwaltung nicht alleine entscheiden kann; deshalb legen wir sie heute dem Rat vor und bitten Sie, unserer Vorlage zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat zunächst die Antragstellerin das Wort. Herr Huben, bitte.

(Zuruf)

- Ach so, vor den Redebeiträgen! - Herr Huben, wir hatten vereinbart, dass noch Fragen an Herrn Dr. Keller gestellt werden können.

(Reinhard Houben (FDP): Okay!)

Das hatte ich jetzt vergessen. - Herr Krupp, bitte.

**Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Dr. Keller, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich möchte noch ein paar Fragen stellen, weil mir einiges nicht so klar vor Augen steht.

Jenseits des Rechtlichen - dazu komme ich gleich noch mit einer Nachfrage -, sondern erst einmal auf der tatsächlichen Ebene würde uns interessieren: Es gibt ja diese Grenze beim § 85 OWiG, diese, in Anführungsstrichen, „Bagatellgrenze“ von 250 Euro. Ist Ihnen statistisch bekannt, wie viele Bußgelder, die da in Rede stehen, über 250 Euro liegen und wie viele darunterliegen? Und wie viele Leute haben unter Nebenfolgen zu leiden, sprich: Punkte oder gar Fahrverbot?

(Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Nein!)

- Okay. - Dann ist noch die Frage für mich: Auf welcher Rechtsgrundlage machen wir das Ausgleichsprogramm jetzt? Sie wissen, wir als SPD-Fraktion sind - das ist sozusagen der politische Wille - dafür, das Geld zurückzuerstatten, so unkompliziert wie möglich. Umso mehr interessiert uns aber auch die Rechtsgrundlage, auf der wir heute entscheiden. Schöpfen wir quasi eine Rechtsgrundlage mit der Verwaltungsvorlage, wenn sie beschlossen wird, und bietet uns das nicht auch Gestaltungsraum, wenn wir sozusagen selber die Rechtsgrundlage schöpfen?

Und schließlich und letztlich, um das abzuhandeln, dann noch die rechtliche Ebene: Es war am Anfang der Debatte, die auch in der Presse geführt wurde, davon die Rede, die Stadt könne jedenfalls denen helfen, die über 250 Euro liegen. Das ist ja der § 85 OWiG. Und jetzt verstehe ich die Verwaltungsvorlage so, dass doch große Teile über das Gnadungsverfahren abgewickelt werden müssen.

Was mich irritiert: In dem § 85 Abs. 4 OWiG steht ausdrücklich drin, dass das Wiederaufnahmeverfahren auf Antrag des Betroffenen eingeleitet werden kann. Da gibt die Stadt die Akten an die Staatsanwaltschaft, die die Wiederaufnahme beim Amtsgericht beantragen kann. Da steht aber auch: Wird der Verwaltungsbehörde, also der Stadt, Umstände bekannt, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens zulassen, so übersendet sie die Akten der Staatsanwaltschaft. Das lese ich doch so, dass die Stadt nach § 85 Abs. 4 Satz 2 eigentlich von sich aus tätig werden müsste und zumindest die Fälle, die über 250 Euro liegen und/oder Fahrverbote nach sich ziehen, auf diesem Wege ganz automatisch angehen würde. Ich meine, da würde sich die Staatsanwaltschaft freuen, wenn die ganzen Akten hereinkommen. Aber erst einmal steht es ja so im Gesetz. Oder verstehe ich das falsch?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde gerne die Fragen sammeln. Herr Weisenstein hat sich gemeldet.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Keller, zunächst einmal vielen Dank für den Vortrag. Das war schon in vielen Punkten gut nachvollziehbar.

Nichtsdestotrotz bleiben für mich zwei Fragen: Sie haben einmal gesagt, dass ein Schild gefehlt hat. Ich habe das die ganze Zeit so verstanden, dass das ausschlaggebende Schild für die Autofahrer gefehlt hat. Das würde ich ganz gerne von Ihnen wissen. Es ist doch so gewesen, dass da überhaupt kein Schild stand, dass die Geschwindigkeit da stark reduziert ist. Das wäre mir wichtig, herauszustellen.

Dann die zweite Frage: Wenn doch so viele Auffälligkeiten auf so einer Strecke bestehen - jetzt einmal unabhängig davon, wer das macht -, wäre es dann nicht sinnvoll gewesen, wenn das auffällt, dass es da so viele Bußgeldbescheide gibt, dass man sich die Situation einmal anguckt, warum das so ist? Das ist jetzt der Punkt, der von uns bzw. zumindest von mir aus, nicht nachvollziehbar ist. Unabhängig davon, ob das die Stadt hätte tun können oder müssen oder ob es die Bezirksregierung hätte tun können oder müssen. Das ist mir noch nicht ganz klar.

Ich frage das auch deswegen: Wenn wir so viele Bußgelder haben - dieses Schild hätte ja eigentlich dastehen sollen, um die Sicherheit der Autofahrer zu gewährleisten; das war aber nicht da, da liegt der Hase ja im Pfeffer -, haben da denn die Behörden gegebenenfalls vielleicht nicht gewissenhaft genug sich darüber ein Bild verschafft, ob die Ausschilderung so ist, dass auch wirklich die Verkehrssicherheit an der Stelle gegeben ist?

Danke schön.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange vielleicht mit den tatsächlichen Dingen an - das sind die Fragen von Herrn Weisenstein -, bevor ich auf Herrn Krupp eingehe.

Das Thema der Beschilderung war so: Der Blitzer steht immer da. Ich weiß nicht, wann der aufgestellt worden ist, der steht jedenfalls schon sehr lange da und blitzte bei 100, als da eine

freie Strecke war. Dann hat die Bezirksregierung bzw. der Landesbetrieb Straßen dort eine Baustelle unmittelbar vor dem Blitzer eingerichtet und hat für diese Baustelle Tempo 60 angeordnet, und zwar zum Beginn der Baustelle. Man hat, wie das üblich ist, von 100 auf 80 auf 60 heruntergebremst, und dann galt in der Baustelle Tempo 60. Am Ende der sogenannten Gelbmarkierung, das heißt, da, wo man aus der Baustelle ausschwenkt und dann wieder auf die vermeintlich freie Bahn kommt, stand kein Schild, aber - und 70 Meter dahinter steht unser Blitzer bzw. sind die Schleifen in den Boden eingelassen, die den Blitzer auslösen - in dem Moment, in dem man sozusagen auf die baustellenfreie Strecke einschwenkt, sieht man schon die Schilderbrücke, die kurz hinter dem Blitzer steht, die mit elektronischen Anzeigetafeln verbunden ist, die auch nach dem Beschilderungsplan 60 ausgewiesen haben.

Jetzt ist die spannende Frage: Hätte am Ende der Baustelle noch mal ein Schild stehen müssen „Tempo 60“? Zu dieser Auffassung ist das Amtsgericht Köln in einer Entscheidung, ich glaube, vom 13. Dezember, gelangt; aber eine andere Abteilung - ich habe es eben zitiert - des Amtsgerichts Köln hat es anders gesehen. Ich persönlich - die Bezirksregierung hat es nachvollzogen bzw. hat es zuerst gemacht - würde mich der Position anschließen, dass das Schild dort hätte stehen müssen; denn die StVO sagt: Wenn die Gefahrenstelle zu Ende ist und ich die Geschwindigkeitsbeschränkung aufrechterhalten möchte, muss ich sie erneut anordnen.

Man kann aber auch die Position vertreten, dass das im Prinzip schon sichtbar oben auf den Schilderbrücken gewesen ist. Das ist der Rechtsstreit, der jetzt auch entschieden ist, sonst hätten wir die Fälle nicht eingestellt.

Sie haben darüber hinaus gefragt: Hätte man das nicht merken können aufgrund der Fallzahlen? - Das hätte man aus meiner Sicht nicht merken müssen; denn dass die Fallzahlen in die Höhe gehen, war keine Überraschung. Wenn ich den Blitzer von 100 auf 60 herunterfahre, ist erst einmal klar, dass an der Stelle mehr Fallzahlen zustande kommen. Und als bei Tempo 100 geblitzt wurde und die Strecke baustellenfrei war, war der Blitzer auch nicht 24 Stunden in Betrieb, sondern er hatte eine nächtliche Pause. Wir sind aber gebeten worden, die Baustelle rund um die Uhr zu „bewachen“, in Anführungszeichen. Das heißt, wir haben nicht nur das Tempolimit reduziert bzw. die Auslöseschwelle drastisch reduziert, sondern wir haben auch auf 24/7 umgestellt, das heißt 24 Stunden, 7 Tage die Woche.

Und bei der Verkehrsbelastung im Heumarer Dreieck waren die Fallzahlen, die wir dann erhalten haben, ehrlich gesagt, dann so dramatisch auch nicht mehr, oder jedenfalls nicht so überraschend, dass man da hätte von ausgehen müssen, dass die Leute sozusagen bewusst in eine Falle gelockt worden sind.

Dann komme ich zu den Fragen von Herrn Krupp. Sie haben zunächst einmal gefragt: Was ist mit der Rechtsgrundlage? Schaffen wir hier eine? - Ja. Wir schaffen eine. Der Rat beschließt eine freiwillige Leistung. So wie er auch ein Förderprogramm für, ich sage jetzt einmal, Solardächer beschließen könnte, beschließt er hier ein freiwilliges Ausgleichsprogramm; denn eine andere Rechtsgrundlage gibt es nicht. Es ist ein freiwilliges Programm.

Sie haben die Frage gestellt: Was ist mit § 85 Abs. 4 und der 250-Euro-Schwelle? Wir verweisen in der Vorlage ja darauf: Wenn die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorliegen, dann können die Betroffenen ein solches Verfahren auch anstrengen, weil das die Möglichkeit mit sich bringt, auch die Nebenfolgen zu beseitigen. Das wäre ein ordentliches Verfahren. Die Staatsanwaltschaft hat uns hier aber ausdrücklich darum gebeten, die Menschen jetzt nicht sozusagen blindlings ins Wiederaufnahmeverfahren zu schicken, weil sie nämlich erhebliche Zweifel daran haben, dass die Fälle sich für eine Wiederaufnahme des Verfahrens qualifizieren, und zwar auch unabhängig von der Bagatellschwelle. Die spannende Frage ist: Gibt es hier eigentlich neue Tatsachen? Man kann sich auch auf den Standpunkt stellen, die Tatsache ist ein fehlendes Schild, und dies ist heute wie vor einem Jahr. Das heißt, hier gibt es durchaus Zweifel.

Das ist auch der Grund, warum wir an der Stelle nicht sämtliche Akten zur Staatsanwaltschaft schaffen und sagen: Guckt ihr doch einmal, was ihr damit macht. - Damit würde man das Problem von der einen Behörde auf die andere verschieben, ohne dass man den Betroffenen geholfen hätte. Also, das ist aus meiner Sicht auch kein gangbarer Weg. Das heißt, die Betroffenen müssen hier schon selber entscheiden, ob sie für eine Wiederaufnahme infrage kommen oder nicht, bzw. müssen über eine entsprechende Beratung oder wie auch immer für sich klären, ob sie einen solchen Antrag stellen.

Und wir haben gesagt: Da, wo die Bagatellschwelle unstreitig überschritten ist, nämlich wo das Bußgeld über 250 Euro ist, da sollen die das mal so machen. Und da ist es auch zumutbar;

denn da muss die Geschwindigkeitsübertretung schon sehr deutlich gewesen sein, sodass wir das am Ende an der Stelle auch für zumutbar halten, auf diesen Weg zu verweisen.

Umgekehrt sagen wir: Wenn die Geldbuße oder das Verwarngeld unter 250 Euro liegt, also unterhalb der vom Gesetz vorgesehenen Bagatellschwelle, dann wollen wir das über das Programm auch ausgleichen. Aber - und das hatte ich eingangs gesagt - wir haben hier keine Möglichkeit, sozusagen Nebenfolgen zu korrigieren. Sie hatten ja gesagt: Wenn wir doch sowieso eine eigene Rechtsgrundlage schaffen, sind wir da nicht etwas freier in der Ausgestaltung? - Das sind wir an der Stelle nicht; denn Nebenfolgen kann man, wie gesagt, nur dann erlassen, wenn man an der Rechtskraft der Bescheide arbeiten kann, und das ist wieder - wie ich das eben ausgeführt habe - eben nicht unsere Sache, das ist nicht unsere Zuständigkeit. Da müssen uns dann die Gerichte helfen oder aber die Bezirksregierung im Wege des Gnadenverfahrens. Auch diese Möglichkeit besteht ja. Auch das haben wir in der Vorlage angesprochen. Auch wenn wir da mit der Bezirksregierung uneins sind zu der Frage, wie weit das reicht. Aber grundsätzlich ist der Weg eröffnet. Das hat auch Frau Walsken so zugestanden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. - Jetzt hat Herr Houben das Wort.

**Reinhard Houben (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank, Herr Dr. Keller, für die ausführliche Darstellung eines sicherlich nicht ganz einfachen Vorgangs.

Meine Damen und Herren, halten wir uns erst einmal vor Augen, wie das Ganze angefangen hat. Es ist weder die Verwaltung noch die Politik gewesen, die auf diesen Missstand hingewiesen hat; sondern wir konnten der Presse entnehmen, dass es offensichtlich Probleme an der Blitzanlage gibt. Interessant an der Entwicklung - Frau Oberbürgermeisterin, daran haben wir ja auch Kritik geübt in der Presse - war ja die unterschiedliche Bewertung. Erst hieß es: Nein, wir können kein Geld zurückgeben. Das ist nicht möglich. - Dann ist gesagt worden: Ja, wir können das Geld zwar nicht zurückgeben, aber wir geben es für verkehrserziehende Maßnahmen aus.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Verkehrssichernde Maßnahmen.

**Reinhard Houben (FDP):** Verkehrssichernde Maßnahmen! Wobei natürlich der böse Mensch daran denkt, dass man eine neue Blitzeranlage mit dem Geld finanziert, was man durch eine nicht richtige Blitzerei erhalten hat. Das fanden wir, ehrlich gesagt, nicht so spannend.

Es ist dann zum Glück eine Vollbremsung eingelegt worden und man hat gesagt, den Leuten ist unrecht geschehen. Denn, meine Damen und Herren, das fehlt mir in dieser Debatte. Das fehlt mir zuallererst: eine gewisse Empathie für die Betroffenen

(Beifall bei der FDP)

und eine gewisse Demut der öffentlichen Hand und der Verwaltung, dass man hier Hunderttausenden Menschen unrecht getan hat. Das könnte man vielleicht auch einmal entsprechend äußern. Ich erwarte dies vor allen Dingen von der Regierungspräsidentin - denn da sehe ich die Verantwortung für diese Fehlentwicklung zuallererst -, dass sie sich mal in die Öffentlichkeit begibt und sagt: Ja, wir haben einen Fehler gemacht und es tut uns leid, und wir wollen uns darum kümmern, dass der Schaden möglichst geringgehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen technisch die Bemühungen der Stadt Köln - Herr Dr. Keller, Sie haben das ja deutlich ausgeführt -; wir akzeptieren auch den Antrag, den die Verwaltung hier eingebracht hat, und wir werden dem auch zustimmen.

Aber erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen: Warum finden wir jetzt während der Ratssitzung eine Pressemitteilung der „Kölnischen Rundschau“- Frau Schürmann wird da zitiert -: Wir wissen ja gar nicht, ob es 400.000 Leute sind - Herr Dr. Keller, deshalb habe ich es Ihnen hier hingelegt -, vielleicht sind es ja auch nur 285.000 Fälle, weil wir im Moment nicht unterscheiden können, ob es nur um den Blitzer auf der A3 geht oder auch um den Blitzer an der A1. Das erhöht natürlich das Vertrauen in unser aller Handeln nicht unbedingt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es wäre sehr schön gewesen, Herr Dr. Keller, wenn Sie hier schon so breit austragen, dass Sie uns in Ihrem Vortrag darauf hinweisen, dass es offensichtlich diese Differenzen gibt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das hat er doch gemacht!)

- Herr Dr. Elster, er hat gesagt, es gibt gewisse Veränderungen. Aber wenn es auf einmal statt 400.000 Fällen 285.000 Fälle sind, kann man es, finde ich, durchaus auch schon so formulieren, wenn schon die Pressesprecherin dazu in der Lage ist.

(Beifall bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren: Ja, ich stimme Herrn Dr. Keller zu, wir haben leider nicht die Möglichkeit, diejenigen zu schützen, die am meisten betroffen sind. Denn nicht derjenige, der 15 Euro für ein Knöllchen bezahlt hat, ist der, der am stärksten betroffen ist, sondern die Person, die den Führerschein abgeben muss, weil sie über eine solche Falschblitzerei entweder die Punkte überschritten hat oder den Führerschein abgeben muss.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist doch viel zu schnell gefahren! Der muss ja gerast sein!)

- Frau Heuser, ich weiß gar nicht, was Sie sich so aufregen. Es ist den Leuten unrecht getan worden.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe eigentlich auch Ihre Partei immer so verstanden, dass wenn anderen unrecht getan wird durch die öffentliche Hand, durch die Verwaltung, dass Sie auf der Seite der Bürger sind. Nur weil es Autofahrer sind, sind es dann auf einmal andere Menschen?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist gleich zu Ende, lassen Sie mich zum Punkt kommen: Ich glaube, wir als Stadt Köln machen das, was wir machen können. Dafür danke ich der Verwaltung. Ich bin aber, ehrlich gesagt, unzufrieden mit der Koordination zwischen Bezirksregierung und Stadt, dass wir keine besseren Lösungen finden für diejenigen, die noch stärker betroffen sind, eben nicht nur ein Knöllchen bezahlen mussten, sondern ihren Führerschein abgeben mussten, was unter Umständen, wenn sie Berufskraftfahrer sind oder sonst stark auf ihr Auto angewiesen sind, für diese Leute ein echtes ökonomisches und auch gesellschaftliches Problem ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Houben, ich darf das mit den Fällen vielleicht noch einmal aufklären, nicht dass hier der Eindruck entsteht, wir würden parallel zur Ratssitzung sozusagen Pressearbeit machen, die von unserer Vorlage abweicht.

Wenn man die Vorlage genau liest, kommt man auf die Zahl von 285.000 Fällen, die noch offen sind. Das ist offensichtlich auch jemandem aufgefallen, der Frau Schürmann angesprochen hat, und sie hat das dann bestätigt. Aber es steht schon so in der Vorlage, dass 184.000 Fälle bezahlt sind und 100.000 weitere Fälle archiviert, die wir noch sozusagen händisch noch erfassen müssen. Das sind die 285.000. So kommt diese Meldung zustande.

Ich hatte in der Tat in meinem Vortrag ausgeführt, dass über diese Frage, welche Daten brauchen wir eigentlich, um die Fälle sauber zuzuordnen, aufgefallen ist, dass hier an der Stelle in den Gesamtzahlen durchaus auch Fälle enthalten sind, die auf der A1 geblitzt wurden.

Ich gebe Ihnen recht bzw. ich würde mir selber wünschen, hier sehr schnell Klarheit hinsichtlich der Zahlen zu haben. Es werden jedenfalls nicht mehr als die, für die wir Sie jetzt bitten, auch das Geld zur Verfügung zu stellen, eher ein paar weniger. Das ändert aber, glaube ich, an der grundsätzlichen Lage und auch an der grundsätzlichen Richtigkeit des Vorgehens nichts.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Börschel das Wort.

**Martin Börschel (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um eines vorneweg zu sagen: Verantwortung für die Beschilderung, die hier das Problem war, trägt die Bezirksregierung Köln. Verantwortung für die Bußgeldbescheide trägt als zuständige Behörde die Stadt Köln.

Inwieweit die Stadtverwaltung möglicherweise von der falschen Beschilderung früher wusste, als es zuletzt den Anschein hatte, wird noch zu klären sein. Natürlich müssen wir darauf eingehen, wenn es von außen Hinweise gibt - sei es

durch Bußgeldakten, sei es durch Medien -, dass es da möglicherweise eine andere Kenntnis hätte geben müssen. Das ist natürlich relevant und wird in den nächsten Wochen und Monaten zu besprechen sein.

Eines steht aber genauso fest: Über 400.000 Bürgerinnen und Bürger haben falsche Bescheide bekommen. Sie haben das, Herr Dr. Keller, ja eben selbst gesagt, unabhängig davon, wie man nun Recht interpretieren mag, ist das ein Faktum, das wir hier im Saal jedenfalls alle anerkennen. Daran gibt es keinen Zweifel. Dass das dazu führte, lag nicht daran, dass es eine überraschend geänderte Rechtsprechung gab oder dass es plötzlich einen Zeugen gab, der der Lüge überführt wurde, oder dass es ein plötzlich neu auftretendes Beweismittel; sondern diese Bescheide waren schlicht und einfach von vornherein falsch. Insofern hat Herr Houben völlig recht: Hier ist Menschen das Vertrauen in staatliches Handeln abhandengekommen, weil sie darauf vertrauen können müssen, dass Bescheide, die an sie verschickt werden, vor allem belastenden Inhalts, rechtmäßig und richtig sind.

Ich will aber eines ganz offen sagen: Wir von der sozialdemokratischen Fraktion kritisieren weniger diesen Fehler - der ist schlimm und ärgerlich genug -, sondern noch viel mehr den Umgang mit diesem Fehler. Denn da haben die zuständigen Behörden, Bezirksregierung und Stadt Köln, sozusagen mal „bewiesen, was sie können“, in Führungszeichen. Statt den Amtsschimmel in den Stall zu stellen, haben sie diesen auch noch fröhlich gesattelt und sind tagelang in der Gegend umhergeritten. Und das ist doch genau das, was Köln einmal mehr in der Öffentlichkeit zum Gespött geführt hat. Die Menschen nicht nur in Köln, sondern weit darüber hinaus, haben keinerlei Verständnis für dieses Behördenwirrwarr und dieses Hin und Her, diese Rechtsfindung mal so, mal so.

Herr Houben hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Erst einmal sollte eine Rückzahlung gar nicht möglich sein, dann hat Frau Oberbürgermeisterin vorgeschlagen, in die Verkehrssicherheitsarbeit zu investieren. Immerhin - das will ich ganz ausdrücklich sagen, und das ist das Positive an der heutigen Entwicklung - ist dann ja am Ende ein Weg gefunden worden, der zumindest eine Rückerstattung möglich macht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der aber jetzt zerredet wird!)

So weit, so gut. Ich will nur darauf hinweisen: Darauf haben wir von Anfang an rekurriert. Nach

dem berühmten Satz „Wo ein Wille ist, ist ein Weg“ konnte man, abweichend von bestimmten formalisierten Verfahren, ein solches freiwilliges Rückzahlungsprogramm auflegen. Das ist am Anfang noch bestritten worden. Gut, dass das jetzt im Prinzip möglich gemacht wird.

Aber ich will auch das ganz deutlich sagen: Es ist wichtiger, jetzt zu gucken, wie wird dieses Verfahren ausgelegt? Ist es tatsächlich ein sinnvolles Verfahren? Oder um es einmal mit Konfuzius auszudrücken: Wer nicht weit genug vorausdenkt, gerät zwangsläufig in Schwierigkeiten.

So ist es Ihnen auch hier ergangen. Eine Prognose möchte ich Ihnen doch ganz ausdrücklich machen: Ich bin ganz sicher, dass nicht alles der 11,7 Millionen Euro, die die Stadt hier zu Unrecht eingenommen hat, über das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren am Ende bei den zu Unrecht belasteten Bürgerinnen und Bürgern landen wird. Das ist meine feste Überzeugung. Wir werden das Monat um Monat herausfinden, und es wird ein stattlicher Millionenbetrag am Ende doch in der Stadtkasse bleiben, eben weil Sie ein bürokratisches, bürgerfernes und am Ende auch kompliziertes Verfahren gewählt haben. - Das ist der eine Punkt. Wir werden gucken, ob Sie mich da widerlegen können.

Der zweite Gedanke: Sie muten sich selbst auch eine ganze Menge Bürokratie und Aufwand zu. Ich meine, Herr Keller, ich hätte von Ihnen gelesen, pro Fall müssen Sie etwa 20 bis 30 Minuten Zeit investieren. Wenn wir das mit 300.000 oder 350.000 Fällen multiplizieren, bedeutet das weit über 100.000 Arbeitsstunden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aufwenden müssen, um dieses Thema rückgängig zu machen. Ein Grund mehr, ein noch unbürokratischeres Verfahren zu finden, als Sie hier vorschlagen!

Wir wollen - und das ist in unserem Änderungsantrag zum Ausdruck kommend - die Betroffenen nicht zu Bittstellern degradieren, sondern wir wollen dafür sorgen, dass es eine einfache antragslose Rückerstattung gibt.

Jetzt, Herr Stadtdirektor, habe ich Sie so verstanden: Wir sind hier in einem freien Verfahren. Rechtsgrundlage ist - ich kann es mir nicht anders vorstellen - das Grundgesetz, die kommunale Selbstverwaltung. Die macht es uns möglich, abweichend von sonstigen formalisierten Verfahren hier ein einfaches zu finden. Der inneren Logik zufolge kann sich allerdings daraus dann kein Antragsverfahren ergeben - das ha-

ben Sie im Grunde genommen selbst gesagt -, es wäre antragslos möglich.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Er hat genau das Gegenteil gesagt!)

- Nein, Moment! Wir werden das genau klären, Frau Jahn, bevor Sie sich hier künstlich aufregen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, ich rege mich echt auf! Ich kann das sogar echt!)

Er hat gesagt: Juristisch ist die Stadt Köln jetzt hier im Bereich der freien Rechtsfindung. Wir schaffen eigenes Recht. Und deswegen, weil wir eigenes Recht schaffen, ist auch kein formales Antragsverfahren erforderlich.

Zwei Gründe hat er angeführt, warum die Stadtverwaltung es aus seiner Sicht für opportun hält, trotzdem ein Antragsverfahren einzufordern. So habe ich ihn jedenfalls verstanden.

Sie haben zum einen gesagt, Sie kennten die aktuelle Kontoverbindung nicht.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja, das ist doch ein Grund!)

- Das ist doch ein Grund, sagt die Kollegin Jahn vom Bündnis 90/Die Grünen. Dann will ich mal sagen: Na ja, es ist ein Grund, es ist eher eine Ausrede.

(Zuruf Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die  
Grünen])

Wenn Sie tatsächlich der Meinung sind, dass es ein Risiko ist, dass Menschen in diesen paar Monaten ihre Kontoverbindung ändern, dann mache ich Ihnen einen ganz einfachen Vorschlag: Dann schicken Sie einen Scheck. Das ist zwar nicht digital, aber effektiv. Das ist ganz einfach. Das kann eine Stadtverwaltung. Sie hat nämlich die Adressen, sie hat die Aktenzeichen und kann den Bürgerinnen und Bürgern einen guten alten Verrechnungsscheck schicken.

(Beifall bei der SPD)

Und der zweite Punkt, den Sie, Herr Stadtdirektor, eben genannt haben, ist, Sie hätten Schwierigkeiten mit der Zuordnung des Aktenzeichens. Es ist eine Menge A3, es könnte aber auch ein bisschen A1 sein. - Da möchte ich mich dem Kollegen Houben schon anschließen. Es ist ja nicht so, dass Sie in Ihrer Vorlage irgendwie geschätzt hätten, wir haben rund 400.000 Fälle; sondern in der von der Stadtverwaltung heute vorgelegten

Vorlage steht auf die Zahl und auf den Menschen genau: 453.597 Fälle. Und dann subtrahieren Sie dies und subtrahieren jenes, aber immer punkt- und fallgenau. Das ist eine Scheingenauigkeit, die Sie jetzt offensichtlich zurücknehmen müssen. Das ist schon ein relevanter Vorgang.

Ich will aber sagen: Entweder sind Sie in der Lage, genau diese Fälle herauszufinden - das will ich auch glauben -, oder Sie sind es nicht, das mag ich kaum glauben. Wenn Sie aber in der Lage sind, diese Fälle genau herauszufinden, dann tun Sie es. Und dann ist der zweite Grund, den Sie vorschieben, ein Antragserfordernis haben zu müssen, weggefallen. Sie verschanzen sich am Ende hinter einer Formalie, die nicht erforderlich ist; denn Kontowechsel kann man mit Scheck lösen. Die Frage der Aktenzeichen, sagen Sie, haben Sie in den nächsten Tagen gelöst. Also will ich zusammenfassen: Es geht einfacher, es geht bürgerfreundlicher, es geht bürokratischer, und es geht am Ende auch personalschonender. Und das ist etwas, was die Betroffenen verdient haben, aber auch der Ruf der Stadt Köln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Stadtdirektor.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Börschel, ein paar Antworten muss ich dazu noch geben.

Zum einen zur Frage „andere Kenntnis in der Verwaltung und die Bescheide waren doch von Anfang an falsch“. Wenn ein Amtsgericht am 3. Januar noch erklärt, dass die Bescheide in Ordnung sind, soll sich dann eine Bußgeldstelle darüber so ohne Weiteres hinwegsetzen? Wir haben es jetzt am Ende gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Aber sie sind doch falsch! Falsch ist falsch!)

- Ein Gericht hat gesagt, sie sind falsch. Ein anderes hat gesagt, sie sind richtig.

(Martin Börschel [SPD]: Aber Sie müssen sich doch entscheiden! Sind sie falsch, oder sind sie richtig?)

Und zwar Gerichte gleichenorten. Die Bezirksregierung hat sich entschieden, sich der Rechtsauffassung des einen Gerichtes anzuschließen; und dem sind wir, weil die Bezirksregierung anordnende Behörde ist, gefolgt.

Ich will nur sagen, dass es doch einer Bußgeldstelle in der Situation wirklich nicht zuzumuten ist, ihre eigene Rechtsauffassung oder Ihre eigene Einschätzung, wenn sie denn eine andere gehabt hätte, an die Stelle des Gerichts zu stellen. Oder noch einmal anders: Dass die Bußgeldstelle an der Stelle nicht so ganz falsch liegt mit ihrer Einschätzung, da war alles in Ordnung, zeigt doch, dass auch Gerichte diese Auffassung geteilt haben. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen an der Stelle.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Jetzt ist plötzlich wieder alles in Ordnung!)

- Nein, es ist nicht alles in Ordnung. Ich habe eben sehr deutlich erklärt, dass ich persönlich und damit auch die Verwaltung insgesamt die Rechtsauffassung, die die Bezirksregierung dann für die richtige hält, durchaus teile. Das ist am Ende die überzeugendere.

Ich wollte nur sagen, einer Bußgeldstelle kann man vor dem Hintergrund einer Rechtsprechung, die zumindest einmal uneinheitlich ist, keinen Vorwurf machen, dass sie an der Stelle sagt, das ist schon in Ordnung so.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben völlig recht. Ein juristisch zwingendes Erfordernis für einen Antrag gibt es nicht. Wir sind in einem freien Verfahren. Ich habe es auch ganz deutlich gemacht, als ich gesagt habe: Ich sehe es als einen Bestandteil der Verwaltungsvereinfachung, dass wir den Betroffenen hier eine schlichte Mitwirkungshandlung zumuten. Sie haben ja gesagt, Sie wollen sich überzeugen lassen. Vielleicht gelingt uns ja der Beweis, dass das tatsächlich das einfachere Verfahren ist. Denn es ist natürlich simpler, wenn mir ein Fall zugetragen wird und ich ihn dann abgleichen muss mit dem, was ich habe, als wenn ich sozusagen jeden einzelnen Bußgeldfall, den wir im letzten Jahr oder in diesem Zeitraum erhoben haben, daraufhin überprüfen müssen, ob er infrage kommt oder nicht. Das ist einfacher.

(Martin Börschel [SPD]: Das geht doch automatisiert!)

- Ja. So, wie wir es jetzt machen, geht es automatisiert. - Ich frage mich, worin die Verwaltungsvereinfachung liegen soll, wenn die Verwaltung jetzt anfängt, Schecks zu schreiben. Ich glaube, das leuchtet auch nicht ein.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Sie tun ja so, als würde man die per Hand ausstellen müssen, Herr Keller! - Weitere Zurufe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch diesen Beitrag des SPD-Kollegen versteht man nur, wenn man weiß, dass wir wieder Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen haben,

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

und Herr Börschel im Prinzip wieder ein wunderbarer Akteur ist ob der Versäumnisse der Landesregierung. Denn das Regierungspräsidium, was hier verantwortlich ist, ist ja keine städtische Behörde, es ist ja eine Landesbehörde. Und diese Landesbehörde als Anordnungsbehörde ist über den Landesbetrieb NRW genauso verantwortlich, die Schilder vernünftig aufzustellen. Das hat die Landesregierung nicht gemacht. Der Landesbetrieb hat es versäumt, die Schilder ordnungsgemäß aufzustellen. Denn unsere Kollegen sind lediglich Hilfsorgan in dieser Angelegenheit. Das heißt, sie wickeln die Sache ab, und am Ende bekommt die Kommune - das ist, sage ich mal, bundesweit ähnlich - jeweils den Erlös aus den vereinnahmten Bußgeldern. Das müssen wir doch einmal auf den Punkt bringen.

Wir haben hier einen Fehler der Bezirksregierung. Der ist auch anerkannt. Das bestreitet Frau Walsken gar nicht. Was ich in dem Zusammenhang auch gleich an den Anfang stellen würde: Ich hätte mich gefreut, wenn Frau Walsken dann auch nicht groß drum herum geredet hätte, sondern gleich gesagt hätte, wir übernehmen sämtliche Kosten dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch einmal wichtig zuzusagen und müssen wir auf den Punkt bringen, dass diese Kos-

ten auch durch den, der den Fehler verursacht hat, entsprechend zu ersetzen sind.

Dann kommen wir zu dem zweiten Punkt. Die anordnende Behörde, die ja eine Landesbehörde ist und auch von einer Sozialdemokratin geführt wird - da kommen wir ja zu dem eigentlichen Punkt, warum hier das ganze Theater gemacht wird -, hätte ohne Probleme das Verfahren vorschlagen können. Aber nein, man mutet der Behörde, die hier quasi nur Hilfsdienste leistet, zu, selber Verfahrensvorschläge zu machen. Dann war der erste Vorschlag, um eben alle gleich zu behandeln, dass man hier entsprechend über den Gnadenerlass alles regelt.

Es gibt andere Bundesländer, da war das überhaupt kein Problem - z.B. im Fall eines Ampeblitzers in Sachsen. Da war es überhaupt kein Thema, dass das alles entsprechend abgewickelt worden ist. Hier ging das sogar bis zum Innenminister hoch, wo gesagt wurde: Nein, das geht hier nicht. - Dann waren unsere Kollegen in der intensiven Diskussion, weil unsere Verwaltung natürlich auch ein Interesse daran hat, den Bürger entsprechend vernünftig zu restituieren, bemüht, ein Verfahren zu finden, das funktioniert. Da ist leider der Handlungsspielraum - das wissen Sie als Jurist ganz genau - begrenzt. Wir können hier nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz die ganze Sache nicht einfach aufheben, sondern wir brauchen ein Verfahren, wie wir den Leuten das Geld zurückerstatten können.

Jetzt liegt ein Verfahren auf dem Tisch, was praktikabel und rechtlich zulässig ist, aber selbst da wird wieder gemeckert. Dafür habe ich kein Verständnis. Die Leute verstehen es doch am Ende nicht. Ich sage mal, auch das trägt zur Politikverdrossenheit bei und zur Verdrossenheit gegenüber dem Staat. Wenn man dann eine vorliegende Lösung, die zwischen zwei Behörden abgestimmt ist, noch einmal kritisiert und sagt, jetzt ist das wieder nicht in Ordnung, dann bringt uns das doch hier nicht weiter an der Stelle.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei diesem Verfahren sind die Kontonummern bei den Auszügen gar nicht bekannt. Die müssen erst wieder angefordert werden etc. Es gibt ein Onlineverfahren, wo die Daten entsprechend eingetragen werden, was dann hinterher automatisiert abgearbeitet wird. Schneller und einfacher kann es doch gar nicht gehen.

Ich würde mich freuen, wenn es wie bei vielen anderen Sachen ein einfaches Verfahren gäbe.

Dann ist der Bürger auch nicht Bittsteller, weil wir heute ja klar erklären, dass jeder den Anspruch hat, sich das Geld zurückerstatten zu lassen. Es mag auch Bürger geben, die sagen, ich habe 5 Euro bezahlt, mir ist der ganze Aufwand in Summe zu viel. Na, in Gottes Namen! Wenn er dann dazu beiträgt, dass der Bezirksregierung hier entsprechende Kosten in großer Höhe und damit auch der Landesregierung erspart werden, ich glaube, da wäre Herr Walter-Borjans auch sehr dankbar dafür, wenn diese Kosten nicht bei ihm anfallen würden.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit glaube ich, dass wir der Verwaltungsvorlage, die abgewogen und abgestimmt ist und einen rechtlich und auch operativ zulässigen Weg aufzeigt, guten Gewissens zustimmen können.

Damit hat sich nach meinem Dafürhalten auch der Antrag der FDP erledigt. Und der Zusatzantrag der SPD geht hier in die falsche Richtung, weil er nicht praktikabel ist und am Thema vorbeigeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frank hat das Wort.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich gedacht, dass es mit der durch eine Pressemitteilung angekündigten Beschlussvorlage heute nicht mehr allzu viel zu reden gibt, außer dass man sich ausdrücklich bedanken kann für das große Engagement der Oberbürgermeisterin und des Stadtdirektors, die ja hier nun ein Verfahren auf den Weg gebracht haben, durch das für viele, die sich ungerecht behandelt sehen, jetzt die Möglichkeit besteht, dies zu heilen. Damit wären wir eigentlich durch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Verfahren ist bürgerfreundlich, es ist unbürokratisch, und es ist auch rechtssicher. Wir sind hier keine Frittenbude, wo man einfach mal Steuergelder oder Bußgelder locker auszahlen kann. So geht es auch nicht.

Wir haben auch schon Fälle in den letzten 20 Jahren gehabt, da hat es den Tatbestand der Untreue erfüllt. Das wollen ja hier offenbar 90 Menschen nicht auf sich nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist die Sache eigentlich klar. Das Ganze kommt mir aber vor wie auf der Immisitzung - die haben eine Persiflage der Muppet Show entlehnt -: Da sind zwei, die sitzen in der Loge, und egal, was da unten passiert, es wird immer gemeckert.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Diese beiden Kollegen von der Muppet Show sind der Herr Houben und der Herr Börschel. Herr Houben ist deshalb stinkig, denn die FDP hat einen Antrag gestellt, der sich irgendwie sozusagen verselbstständigt hat. Den hätten ihr längst zurückziehen können. Stattdessen wird hier so ein Brimborium gemacht.

Und Herr Börschel wirft sich pflichtbewusst vor die Regierungspräsidentin, die seiner Partei angehört. Das ehrt ihn. Aber irgendwo ist auch einmal genug.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eine Behörde wie die Bezirksregierung, die ja eine Mittelbehörde ist, zeichnet sich dadurch aus, in der Regel doch sehr bürgerfern zu sein, so nach dem Motto: Wir haben auch ohne Bürger genug zu tun.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn man das so sieht, dann muss man doch eigentlich für Transparenz sein, auch für klare Zuordnung. Wir sind doch gegen die organisierte Unverantwortlichkeit. Das ist sozusagen auch ein Leitsatz bei der Verwaltungsreform. Also müssen wir doch sagen: Diese Bezirksregierung hat eine Folge von Fehlern zu verantworten - durch die Behörden, die sie beauftragt hat, nämlich Straßen NRW usw. -, aber statt schnell aufzuklären und einen Weg zu finden, wurden zwei Wochen damit zugebracht, möglichst den Ball aus dem eigenen Feld herauszuschießen, um gegenüber den Medien so zu tun, als wenn dafür die Verantwortung bei der Stadtverwaltung Köln läge.

Das ist doch nun tatsächlich falsch. Die Stadtverwaltung Köln mit ihren Einheiten war hier nur ausführend. Die Gesamtverantwortung liegt bei der Bezirksregierung. Und jetzt ist es so, dass

durch das intensive Engagement beider - sowohl der Oberbürgermeisterin als auch des Stadtdirektors - letztendlich die Regierungspräsidentin dahin getragen wurde, diese Lösung jetzt zu ermöglichen. Es geht ja nur aufgrund ihrer Zustimmung. Deshalb, denke ich, bleibt gar nichts anderes, wenn man bürgerfreundlich sein möchte, als dieser Vorlage ohne Wenn und Aber zuzustimmen.

Wenn man überhaupt einen Grund hat, an der Vorlage etwas auszusetzen, dann ist es die, dass nicht endgültig geklärt ist, dass für den Schaden, das heißt, für den Aufwand, den wir hier treiben, die Bezirksregierung auch aufkommt. Da gehe ich aber vom Wort der Regierungspräsidentin aus, was sie in der Pressekonferenz geäußert hat, dass sie dafür einsteht. Das werden wir aber genau nachhalten. Da kann hier jeder sicher sein, dass wir das nicht einfach zu den Akten legen, weil hier geht es nicht um Peanuts; denn so oder so entsteht Aufwand.

Das Vorgehen ist auch, denke ich, völlig einfach. Es ist einfacher, als in Facebook unterwegs zu sein. Es ist einfacher, als an Online-Preisausschreiben teilzunehmen. Die Leute wissen, wie man ein Online-Formular ausfüllt, wo man sagt, ich bin betroffen und hier ist meine Kontonummer und ich hätte mein Geld zurück. Also was Simpleres gibt es gar nicht. Es ist dadurch auch rechtssicher, weil wir eben hier keine Tombola veranstalten können nach dem Motto: Wer hat noch nicht, wer will noch mal. Das ist Rosenmontag. Da werden Kamelle verteilt, aber heute kein Geld.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag hier möglichst kurzfassen, weil ich schon der Auffassung bin, dass das, was die Verwaltung hier vorgelegt hat und was der Herr Dr. Keller vorgetragen hat, gut nachvollziehbar ist.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hui!)

- Ja, das denke ich schon. - Nichtsdestotrotz ist es so: Es war ja für sehr viele Leute sehr ärger-

lich, dass sie einen Bußgeldbescheid bekommen haben. Herr Houben hat es richtigerweise gesagt: Vielleicht war das auch für den einen oder anderen sogar tragisch. Das wissen wir noch nicht; aber es ist gut vorstellbar.

Was ich jetzt wirklich ein bisschen ärgerlich finde an dieser Debatte, ist: Wir sind uns alle darüber im Klaren, es sind Fehler gemacht worden, es sind bei der Stadt Fehler gemacht worden.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Bei der Stadt eben nicht!)

- Dann will ich es noch vorsichtiger formulieren: Es kann hier jetzt keiner sagen, da, wo ich meine Hand drauf habe, in dieser Behörde ist kein Fehler passiert, aber da, wo der Parteikollege aus der anderen Fraktion seine Hand drauf hat, da sind die Fehler passiert. Ich glaube, das sollten wir überhaupt nicht machen, weil uns das überhaupt nicht weiterbringt. Es wird gegebenenfalls auch die Leute verärgern, die die Diskussion irgendwo verfolgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind Fehler gemacht worden, und nun probiert zumindest der Teil der Verwaltung, für den wir zuständig sind, diese Fehler zu korrigieren.

Ich halte es im Übrigen nicht für sehr zielführend, wenn wir hier in diesem großen Plenum pseudo-verwaltungsjuristische Diskussionen führen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und  
dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das halte ich für nicht zielführend.

Von daher möchte ich es auch dabei belassen. Ich hoffe, dass die zu Unrecht Geschädigten bald ihr Geld zurückbekommen, und habe ein Stück weit Vertrauen in die Verwaltung, dass sie das nach bestem Wissen und Gewissen machen wird.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

**Reinhard Houben (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Herr Frank, Sie müssen dann nur noch die Rollen verteilen, wer von uns beiden dann Waldorf und wer Statler ist. Aber von der Haarpracht

würden Sie doch auch gut in die Gruppe hineinpassen.

(Martin Börschel [SPD]: Vom Mäkelfaktor und der Argumentation!)

- Das könnte auch sein. Das will ich von hier gar nicht bewerten.

Nur zwei, drei kurze Bemerkungen:

Herr Frank, es ist unehrlich, hier so zu tun, als hätten wir die Vorlage - die wir ja begrüßen - auch dann bekommen, wenn die Politik nicht entsprechend Druck gemacht hätte.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir unseren Dringlichkeitsantrag nicht eingebracht hätten, meine Damen und Herren - in aller Bescheidenheit -, wäre die Vorlage der Verwaltung so nicht gekommen, wie sie heute gekommen ist. Fakt eins.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Herr Dr. Keller hat in seinen freundlichen Einführungsworten eben gesagt - -

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Also hat die FDP 11 Millionen Euro herausgeschlagen!)

- Ja, leider zulasten der Stadt, aber wir können es ja nicht einfach behalten.

Herr Dr. Keller, Sie haben in Ihrem Einführungsbeitrag gesagt, Verwaltung darf Fehler machen und muss dann dazu stehen, und das gehört zur neuen Kultur. - Ja, meine Damen und Herren, dann verstehe ich manche Redebeiträge nicht. Dann seien Sie doch an der Stelle einmal etwas entspannt. Wir tragen das doch mit. Es gibt doch von uns aus kein „gegen die Verwaltung“, um Himmels willen. Aber wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Leute geschädigt worden sind.

Und letzte, leicht humoristische Bemerkung. Herr Frank, nun stellen Sie sich doch einmal in Ihren süßesten Träumen vor: 400.000 Radfahrer fahren bei Grün über die Ampel und bekommen ein Knöllchen. Was wäre dann los in dieser Stadt?

Vielen Dank.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wenn das nicht der

Fall ist, lasse ich jetzt über den Dringlichkeitsantrag - - Wollen Sie diesen aufrechterhalten?

(Reinhard Houben [FDP]: Wir ziehen unseren Antrag zurück! Wir übernehmen den SPD-Antrag!)

- Den Dringlichkeitsantrag ziehen Sie zurück und übernehmen den SPD-Antrag. Ich habe Sie richtig verstanden?

(Reinhard Houben [FDP]: Genau!)

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, das ist Pro Köln und das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKE enthält sich. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die Verwaltungsvorlage, über das Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge, abstimmen. Wer dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis: Die CDU-Fraktion, die Grünen, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und die Piraten sind dafür. Enthaltungen? - Keine. Damit ist diese Ratsvorlage so beschlossen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt auf:

**4.1 Anfrage von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kein Baubeginn Rondorf Nord-West ohne konkrete ÖPNV-Planung“ AN/2118/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 10.02.2017 0459/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Beantwortung bin ich überhaupt nicht einverstanden, weil sie überhaupt nicht den Kern der Nachfrage trifft. Da sage ich einmal: Nichts wäre besser gewesen. Vielleicht hätte man sich mehr Zeit nehmen sollen.

Ich reduziere das einmal auf den Kernpunkt. Wir möchten gerne von Ihnen wissen, wie die Tras-

senführung von der Arnoldshöhe durch das Wasserwerkswäldchen oder über eine alternative Strecke nach Rondorf bzw. Meschenich geplant ist. Sie gehen überhaupt nicht auf den ÖPNV ein, sondern befassen sich ausschließlich mit dem Individualverkehr. Das ist nicht richtig. Es werden auch viele Engpässe überhaupt nicht erwähnt.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich eine neue Anfrage stelle und wir sie im Verkehrsausschuss diskutieren.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe das jetzt aufgenommen, Herr Wortmann. Wir beantworten dann die Anfrage, wie Sie es wünschen, bzw. die Nachfrage im Verkehrsausschuss. - Okay.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Illegale Parteiwerbung am Rathaus: Beanstandung durch die Bezirksregierung Köln“**  
**AN/0244/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 14.02.2017**  
**0431/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Anfrage geht es um die zuerst von pro Köln und inzwischen auch von der Bezirksregierung Köln beanstandete illegale Parteiwerbung am Rathaus.

Nach der Beanstandung durch die Bezirksregierung haben wir dazu einige Fragen gestellt. Sie haben uns unter anderem geantwortet:

Die Fraktionen wurden gebeten, die Symbole umgehend abzunehmen.

Ich vermute einmal, dass mit „Symbole“ die teils illuminierten Werbeinstallationen in den Fenstern gemeint sind.

Heute habe ich kurz vor der Ratssitzung gesehen, dass die CDU jetzt auch reagiert hat und sie abgehängt hat. Die Grünen habe ich vor der Ratssitzung gerade im Fenster gesehen. Sie haben wohl auch damit begonnen, sie abzuhängen. Bei der SPD konnte ich noch keinerlei Veränderung feststellen.

Meine Nachfrage ist, ob Sie gedenken, Frau Reker, als Hausrechtsinhaberin aus dieser Bitte dann in Kürze eine offizielle Anweisung zu machen, falls die SPD weiter nicht reagiert, oder wie da die weitere Vorgehensweise ist. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass auch die SPD-Fraktion meiner Bitte nachkommt. Ich weiß nicht, warum das heute nicht schon geschehen ist; aber das muss einen Grund haben. Ich gehe davon aus, dass sie meiner Bitte nachkommt.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB“**  
**AN/0257/2017**

Hier liegt - - Herr Hegenbarth, ich gebe Ihnen gerne erst das Wort.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Frau Oberbürgermeisterin, ich muss mich fast entschuldigen. Weil wir mittlerweile fast 200 Anfragen und Anträge im Rat eingestellt haben, passiert es auch schon mal, dass die eine oder andere Anfrage mehr oder weniger deckungsgleich bereits gestellt wurde. Deswegen entschuldige ich mich hier einmal bei Berivan Aymaz. Sie hat nämlich die gleiche Anfrage fast wortgleich im AVR gestellt.

Ich würde unsere Anfrage nur ungern zurückziehen. Aber vielleicht können die beiden Anfragen gemeinsam beantwortet werden. Das wäre toll. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das ist ein guter Vorschlag. Ihre Anfrage ist ja auch sehr kurzfristig eingegangen. Das heißt, dass die Antwort dann zur nächsten Sitzung oder im AVR kommt. - Okay.

Ich rufe auf:

**6.1 Satzungen**

**6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

**6.2.1 6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule**  
**3387/2016**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE stimmen dagegen. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

## 10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

### 10.1 Änderungsbeschluss für den Planungsbeschluss zum nachträglichen Einbau von trockenen Löschwasserleitungen in bestehende Stadtbahnanlagen (Drucksachen-Nr. 0779/001) und zum erweiterten Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von Löschwasserleitungen (Session-Nr. 3054/2009) 2893/2016

Wortmeldungen? - Herr Houben.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht wieder meckern!)

**Reinhard Houben** (FDP): Nur wenn Sie mit mir nach vorne kommen, Herr Börschel.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ja, genau; das machen wir zu Karneval. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu dieser Vorlage noch eine kurze Bemerkung. Nach einer langen Diskussion hat man sich dazu durchgerungen, in den alten U-Bahn-Schächten keine Trockenwasserrohre mehr zu verlegen, wie das vor ungefähr 15 Jahren beschlossen wurde, weil man der Meinung ist, dass die Sicherheitslage und die Feuerwehertechnik sich so stark verändert haben, dass man auf diese Investition verzichten kann.

Es ist - das ist im Ausschuss diskutiert worden - natürlich schon sehr schwierig, dass das Ganze hier 15 Jahre dauert. Erst wird etwas beschlossen, dann wird es nicht umgesetzt, und dann ändert man die Rahmenbedingungen so, dass es vielleicht wieder passt. Darüber müssen wir hier allerdings nicht diskutieren.

Ich möchte aber heute für die FDP-Ratsfraktion Folgendes zu Protokoll geben: Wir haben Zweifel daran, dass in jedem Szenario wirklich sichergestellt ist, dass eine KVB-Bahn aus eigener Kraft noch bis zur nächsten U-Bahn-Haltestelle fahren kann. Wir halten das für zweifelhaft. Wir können uns Szenarien vorstellen, in denen dies nicht gelingen kann.

Deswegen werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen, weil die Argumente der Feuerwehr, die vor 15 Jahren richtig waren, heute nicht unbedingt verkehrt sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Ich mache das hier vom Platz aus; denn ich möchte nur ganz kurz auf den Wortbeitrag von Herrn Houben erwidern. Ich möchte aber schon darauf aufmerksam machen, dass in der besagten Verkehrsausschusssitzung sowohl vonseiten der Feuerwehr als auch vonseiten der Verwaltung den Mitgliedern des Verkehrsausschusses glaubhaft gemacht werden konnte, dass das, was jetzt verbaut wird, Stand der Technik heute ist.

Daher halte ich es schon für ein bisschen schwierig, Herr Houben, wenn Sie probieren, es hier so darzustellen, als würden die anderen Verkehrsausschussmitglieder der Sicherheit der Bevölkerung nicht so eine hohe Priorität einräumen. Diesen Eindruck möchte ich zurückweisen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Wer ihr zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE sowie die Ratsgruppen GUT und Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 10.2 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 des Gürzenich-Orchesters Köln 3640/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Umgestaltung des Einmündungsbe-  
reichs Sebastianstraße/Niehler Damm,  
hier: Mitteilung über eine Kostenerhö-  
hung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Ver-  
bindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushalts-  
satzung der Stadt Köln im Teilplan 1201  
- Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanz-  
stelle 6601-1201-5-1080, Niehler Damm/  
Sebastianstraße - Kreisverkehr  
4186/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Grüne Infrastruktur Köln  
Integriertes Handlungskonzept „Vielfalt  
vernetzen“  
4247/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Verwaltungsreform - Abschlussbericht  
der Konzeptphase  
0155/2017**

Wir stimmen ab wie AVR. Es ist noch eine Anla-  
ge 5 nachgeliefert worden.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
(StEB) - Abwasserbeseitigungskonzept  
2017  
3542/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Dringend notwendige Errichtung von  
mobilen Wohneinheiten zur Flüchtlings-  
unterbringung  
hier: An den Gelenkbogenhallen, 50679  
Köln-Deutz, Flur 33, Flurstück 904  
0277/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD.  
Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Einleitung eines Satzungsverfahrens  
nach dem Gesetz über Immobilien- und  
Standortgemeinschaften (ISGG NRW)  
zur Festlegung des Gebietes für die  
Immobilien- und Standortgemeinschaft  
„Severinstraße, Köln“  
3855/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 „Flüchtlinge in Köln willkommen hei-  
ßen“ - ein Projekt zur Unterstützung  
von Flüchtlingsinitiativen - Kooperati-  
onsprojekt Forum für Willkommenskul-  
tur, Träger: Kölner Flüchtlingsrat e. V.  
und Kölner Freiwilligen Agentur e. V.  
3967/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD.  
Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Errichtung von vier konventionellen  
Bauten auf den städtischen Grundstü-  
cken Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln-  
Rondorf zur Flüchtlingsunterbringung  
- Planungsbeschluss  
4223/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-  
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-  
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Baubeschluss: Errichtung eines 3-zü-  
gigen Grundschulgebäudes mit 1-fach  
Turnhalle am Standort des ehemaligen  
„Nippesbad“, Friedrich-Karl-Str./Ecke  
Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes,  
in Modulbauweise  
1444/2016**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/0258/2017**

Dazu hat zunächst die FDP als Antragstellerin  
des Änderungsantrags das Wort. Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich höre hier sicher gleich wieder den Vorwurf: Die FDP hat ein schlechtes Timing mit ihren Änderungsanträgen; das ist doch alles so reibungslos durch die Ausschüsse gegangen. - Ja, das haben wir halt manchmal. Und dann gibt es immer die gleiche Argumentation. Wenn wir sagen: „Das Vergabeverfahren für die Kitas ist schlecht; die Punkte werden falsch vergeben; das kostet fünfstelligen Beträge“, heißt es: Wir brauchen so dringend Kitas; wenn wir das jetzt ändern, kommen wir da zu spät.

Hier ist es auch so. Eigentlich wissen alle, dass eine Montessorischule eine andere Raumausstattung bräuhete. Sie sagen aber: Wir brauchen doch so dringend Schulbauten. Dann bauen wir es jetzt lieber nach einem alten Nullachtfünfzehn-Konzept, als hier wirklich etwas für eine Montessorischule Angepasstes zu schaffen.

Man könnte den Verdacht haben, dass die Vorgänge absichtlich so lange hinausgezögert werden, bis es dann für den Stadtrat keine Handlungsalternativen mehr gibt und man im Rat sagt: Wir müssen das alles so machen, wie die Verwaltung es vorgeschlagen hat.

Hier ist die Sache aber anders. Wir haben mit der Schule gesprochen. Die Schule hat gesagt, sie würde lieber noch etwas länger auf einen Neubau warten und dann in optimale Räume für eine Montessorischule einziehen, als jetzt schneller in eine Fehlplanung einzuziehen, die dann über Jahrzehnte festgeschrieben ist.

Der Schulbau an der Friedrich-Karl-Straße soll ja ein Prototyp für mehrere Grundschulen sein, die wir hier in Köln bauen. Man fragt man sich allerdings schon, warum gerade dieser spezielle Schulbau der Prototyp soll - mit einem, wie mir unsere Schulpolitiker gesagt haben, ohnehin veraltetes Raumkonzept, das sich jetzt eigentlich ändern müsste.

Die Frage ist: Wollte die Verwaltung hier wirklich das Optimale für eine Montessorischule schaffen? Oder hat man absichtlich die Planung so lange verzögert und die Schule so wenig eingebunden, dass wir jetzt an dieser Stelle stehen?

Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie, dem Wunsch der Schule nachzukommen - das ist ja nicht nur der Wunsch der FDP, sondern auch der Wunsch der Schule - und zu sagen: Wir schauen uns die Planungen lieber noch einmal an, passen das Raumkonzept den Bedürfnissen

einer Montessorischule an und bauen dann etwas später.

Stimmen Sie also bitte unserem Änderungsantrag zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Dr. Klein hat das Wort.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Situation ist folgende: Der Mangel an Schulplätzen in Köln - das brauche ich an dieser Stelle nicht zu betonen, glaube ich - ist eklatant. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir hier so weit sind. Wir haben es nicht bewusst verzögert, Herr Sterck, sondern die Dinge sind zuweilen etwas zähflüssiger, als wir uns das vielleicht wünschen. Aber nun ist die Vorlage da.

Ich bin sehr daran interessiert, mit der Schule in den Dialog zu gehen. Wir haben auch im Vorfeld dem früheren Schulleiter die Machbarkeitsstudie zu diesem Grundstück und dieser Anordnung auf dem Grundstück zugänglich gemacht. Wir haben - in Mandatos finden Sie, glaube ich, schon die Anlage 9, die im Moment noch in der Druckerei hängt - am 28. Februar 2017 einen Termin mit der Schule, mit der Schulleitung, und werden zusammen mit ihr eruieren, ob und inwieweit ohne zeitliche Verzögerungen und ohne zusätzliche Kosten hier Annäherungsmöglichkeiten bestehen.

Ich kann aber nur dringend davor warnen, hier noch einmal Umplanungen vorzunehmen, die nach dem, was mir die Fachleute referiert haben, wieder zu zweijährigen Verzögerungen führen würden. Und wir können uns im Schulbau generell, sowohl hier als auch andernorts, keine weiteren Verzögerungen leisten. Es ist nicht fünf vor zwölf; es ist fünf nach zwölf.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bitte sehr.

**Franz Philippi** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sterck, wir haben im Schulausschuss schon sehr lange über diese Vorlage diskutiert. Wir sind ja auch alle angeschrieben worden. Ich wiederhole hier das, was ich im Schulausschuss gesagt

habe: Auch wir hätten uns gewünscht, dass man frühzeitiger mit den Akteuren vor Ort, mit den Eltern und auch mit der Schulleitung, in den Dialog eingetreten wäre. Das ist durchaus richtig.

Wenn man sich jetzt die Anlage 0 anschaut, stellt man aber fest - und das war auch zur Ausschusssitzung vollkommen klar -, dass es sich hierbei um den Piloten handelt. Angesichts des Schulbaunotstandes, den wir in Köln haben, können wir es uns nicht leisten, hier eine bis zu sechsmonatige Verzögerung in Kauf zu nehmen. Darüber waren wir uns einig.

Dafür steht die SPD-Fraktion auch weiterhin. Wir werden also der Verwaltungsvorlage so, wie sie vorliegt, zustimmen. Wir freuen uns darüber, dass der Dialog jetzt in zwei Wochen offensichtlich auch wiederhergestellt wird oder zumindest aufgenommen wird. Aber wir werden den FDP-Antrag in beiden Punkten ablehnen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Philippi. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Schlieben, bitte.

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben ja im Schulausschuss, in der Bezirksvertretung Nippes, im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, im Finanzausschuss und auch heute quer durch die Bank klargemacht - die Beiträge, die noch kommen, werden sicherlich auch so ausfallen -, was es an dem Verfahren zu kritisieren gibt und wo nicht ausreichend informiert worden ist. Das ist hier noch einmal deutlich geworden, glaube ich.

Durch den Beitrag der Frau Dezernentin, dass man am 28. Februar 2017 noch einmal mit der Schule sprechen wird und schauen wird, welche Möglichkeiten einer Annäherung bestehen, sehe ich zumindest, dass man diese Kritik auch angenommen hat.

Ich darf auch sagen, dass wir uns das natürlich in Zukunft noch ein bisschen runder für uns alle wünschen. Hier wurden wir im Nachhinein von den Protagonisten vor Ort darauf angesprochen, was angeblich nicht oder nicht ausreichend passiert ist. Da wünschen wir uns natürlich ein besseres Verfahren. Wenn ich mich richtig entsinne, ist das auch im Schulausschuss ausreichend thematisiert und gesagt worden. Das verstehen wir.

Völlig klar ist aber auch, dass wir, wie wir schon im Schulausschuss dargestellt haben, dieses Projekt jetzt nicht aufhalten wollen. Wir wollen jetzt endlich auch den finalen Beschluss im Rat treffen, um den Bau der Schule auf den Weg zu bringen.

Hier erfolgt zum ersten Mal auch eine Errichtung in Modulbauweise. Vielleicht lernt man aus dem neuen Verfahren ja für die Zukunft, damit es da besser laufen kann. Das mag durchaus sein.

Unter dem Strich möchte ich jetzt nicht noch einmal sagen: Dann gucken wir noch einmal, und dann verhandeln noch einmal; und wenn es dann sechs Monate länger dauert, dann ist das eben so.

In der Vergangenheit haben wir doch auch gesehen, dass es dann eben nicht nur sechs Monate länger dauert. Und wenn die Fertigstellung noch weiter verzögert wird, dann wird an uns die Frage gestellt werden: Warum habt ihr das nicht schneller gemacht? Warum sind jetzt hier die Plätze nicht vorhanden? - Das ist keine Diskussion, bei der man am Schluss gewinnen kann.

Wir müssen jetzt endlich dazu kommen, bestimmte Dinge zu Ende zu machen und umzusetzen. Natürlich lernen wir aus den Fehlern. Mein Vorredner, Herr Philippi, hat ja gerade auch dargestellt, was wir schon anerkennen und sehen. Meines Erachtens müssen wir jetzt aber auch die Diskussion an dieser Stelle beenden und sagen: „Ja, wir wollen, dass das so auf den Weg geht“, anstatt noch weitere Veränderungen vorzunehmen.

Deshalb möchte ich hier für eine Zustimmung werben und sie für meine Fraktion auch erklären.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Thelen, bitte.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Punkt im Fachausschuss intensiv diskutiert. Er ist auch noch einmal im Bauausschuss behandelt worden.

Ich möchte noch daran erinnern, dass die FDP hier auf einer Grundlage argumentiert, die gar nicht die Grundlage ist. Die FDP unterstellt nämlich, es sei der Plan gewesen, dort in jedem Fall eine Montessorischule zu errichten. Das ist

überhaupt nicht der Fall. Die Errichtung einer Montessorischule war eine Idee, die an die Gilbachstraße herangetragen worden ist, aber keineswegs schon Grundlage der Planung gewesen ist.

Wir wollen die Voten der Bezirksvertretung ja nicht unter den Tisch fallen lassen. Als die Idee aufkam, dort eine Montessorischule zu errichten, hat die Bezirksvertretung Nippes diesen Vorschlag abgelehnt. Das wäre im Übrigen auch eine neue Schule und im Grunde gar nicht mehr eine Dependence der Gilbachstraße. Die FDP hat hier also auf einer Grundlage argumentiert, die nicht Bestand hat.

Hinzu kommt Folgendes: Wir mussten jetzt den Dringlichkeitsbeschluss fassen, 57 Containereinheiten anzuschaffen, um dem drohenden Schulnotstand entgegenzuwirken. Insofern dürfen wir uns beim Schulbau an keiner Stelle noch eine Verzögerung um ein halbes Jahr oder ein Jahr leisten. Das würde unendliche Kosten und natürlich auch große Verärgerung bei den Eltern und den Kindern erzeugen.

Deshalb stehen auch wir zu den Beschlüssen, die wir in den Fachausschüssen gefasst haben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Dr. Klein bitte noch einmal dazu.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese Statements. Wir werden am 28. Februar 2017 mit der Montessorischule sehr, sehr ernsthaft darüber diskutieren, ob sie dieses Raum- und Bauprogramm für sich annehmen will oder nicht.

In der Tat ist es genau so, wie Herr Thelen das geschildert hat. Die BV Nippes hat sich eher gegen eine Montessori-Lösung ausgesprochen. Herzlichen Dank für diesen Hinweis.

Wir werden also mit der Schule sprechen. Sie ist frei, das Angebot anzunehmen. Wenn es Möglichkeiten gibt, jenseits von Umplanung der Schule entgegenzukommen, werden wir das natürlich machen. Unsere Grundhaltung ist, mit Schulen zu planen und nicht gegen Schulen zu planen.

Wenn die Montessorischule sagt, das sei für sie kein akzeptables Angebot, dann ist es eine normale Grundschule - dann vielleicht ohne einen Montessori-Auftrag.

Das sind die Gespräche, die wir am 28. Februar 2017 mit der Schule führen werden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Koordination multiprofessionelle Teams und Gruppenleitung Schulsozialarbeit  
3687/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Auflösende Schließung der Förderschule Lernen Finkenberg-Schule ab dem Schuljahr 2017/18  
4087/2016**

Hier stimmen wir ab wie der Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Zügigkeitserweiterung des Deutzer Gymnasiums, Schaurtestraße 1 in Köln-Deutz zum Schuljahr 2017/18 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen  
4288/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Programm RRX-Außenäste Umbau Bahnhof Süd  
2743/2016**

Dazu hat es heute eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses gegeben. Dieser Ausschuss hat einstimmig wie die Vorlage beschlossen.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Kombiniertes Planungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 4 (Los 4a/b) 4158/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Entwurf des Jahresabschlusses 2015 0077/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2017 0305/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Sanierung Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring 0041/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Beschluss zur Gründung des Vereins Metropolregion Rheinland 0261/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0261/2017**

Es soll getrennt über Gründung und Vertreterwahl abgestimmt werden.

Zunächst kommen wir zum Beschluss über den Änderungsantrag. Gibt es Gegenstimmen?

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Ich habe eine Wortmeldung!)

- Ja, erst einmal Wortmeldungen. Entschuldigung. Bitte sehr, Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie wundern sich vielleicht über diese Wortmeldung. Aber die Metropolregion Rheinland ist zu Unrecht nicht in der öffentlichen Debatte; denn der Verein, der hier geschaffen wird, verdient eigentlich doch mehr Aufmerksamkeit, als er tatsächlich bekommt. Das Ganze ist ja der Versuch, das Rheinland jenseits von staatlichen Strukturen in Form eines Vereins neu zu konstituieren.

Man hat sich da über monatelange Verhandlungen ein Satzungsstruktur ausgedacht, zu dem wir im Dezember 2016 noch eine ganz andere Position hatten. Im Dezember hatte der Rat ja gefordert, dass im erweiterten Vorstand neben IHKn und Handwerkskammern auch die Umweltverbände und die Gewerkschaften vertreten sind. Das finde ich jetzt im Satzungsentwurf nicht mehr wieder. Sie sind in ein Kuratorium abgeschoben worden, das nur noch rein beratend für den Vorstand tätig ist - und der Vorstand dann wiederum für den Lenkungskreis.

Ich halte den Verein für - „ein fragwürdiges Gremium“ ist vielleicht eine zu starke Formulierung - eine Art Schattengremium, das wir in dieser Form eigentlich nicht brauchen.

Zum einen haben wir schon diverse Gremien. Wir haben unseren Rat; wir haben die Bezirksregierungen; wir haben die Regionalräte; wir haben den Landschaftsverband Rheinland; wir haben den Landtag. Sie alle kümmern sich um die politischen Themen, die auf der Agenda stehen.

Zum anderen ist dieser Verein nicht wirklich demokratisch legitimiert, für das Rheinland zu sprechen, da dort in einer eigenartigen Ungleichgewichtung einzelne Verbände vertreten sind und andere Verbände gar nicht vertreten sind. Was die politischen Vertreter und die Verwaltungsvertreter angeht, kann man der Satzung vielleicht noch zustimmen. Aber warum andere

Verbände sich dort nicht wiederfinden, um für die Metropolregion Rheinland zu sprechen, erschließt sich mir nicht.

Wie ich schon erwähnt habe, sehe ich unseren Wunsch vom Dezember 2016 nicht umgesetzt. Daher können wir auch dieser Vorlage nicht zustimmen.

Dass etwa die IHKn mit diesem Verein - sie waren ja die eigentlichen Treiber, diesen Verein überhaupt zu gründen - auch Wirtschaftsförderung betreiben wollen, halte ich für durchaus legitim und auch verständlich. Aber ganz oben auf der Agenda dieser Metropolregion Rheinland steht eben auch die Verkehrspolitik. Das ist im Arbeitsprogramm sogar prominent auf Platz eins gesetzt worden. Ich kann nicht verstehen, warum die Position von IHKn und Handwerkskammern mehr Gewicht haben soll als die Position etwa von ADFC oder VCD, wenn es darum geht, wie man die Region Rheinland verkehrspolitisch besser organisieren kann.

Ich halte es für fragwürdig, wenn der Verein später Presseerklärungen herausgibt, in denen er zum Beispiel den Ausbau der Straße XY fordert und dabei auch in Anspruch nimmt, einen gewissen Rückhalt aus der Politik zu haben; denn den Rückhalt sollten die zuständigen Gremien geben und nicht dieser Verein, finde ich.

Daher bitte ich darum, diesen Satzungsentwurf abzulehnen.

Jetzt habe ich noch eine Frage an die Verwaltung zu der ursprünglichen Beschlussvorlage. Ich hatte darum gebeten, dass wir die Vorlage ablehnen können, aber gleichzeitig an der Wahl teilnehmen können. Wird das getrennt gemacht?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja.

**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Okay. Danke schön. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen. Der Änderungsantrag sieht - neben einigen Ergänzungen - vor, dass Vertreter und Stellvertreter gleichzeitig benannt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Dazu gibt es auch Personalvorschläge!)

Jetzt frage ich, wer dagegen ist. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT und die Fraktion DIE LINKE enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich getrennt über die Gründung der Metropolregion und über die Vertreterwahl abstimmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Beides?)

- Ja, und zwar zuerst über die Gründung, also den ersten Absatz der Verwaltungsvorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Herr Zimmermann meldet sich zur Geschäftsordnung. Bitte.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Mir ist die Liste nicht bekannt! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wird ja gleich vorgelesen!)

- Ich lasse doch erst einmal über die Gründung an sich abstimmen und danach so, wie Sie es wollten, über die Liste.

Wir stimmen jetzt also zunächst über die Gründung ab. Gegenstimmen? - Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - DIE LINKE. - Oder nicht?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir sind für die Gründung!)

- Gut. Okay. - Dann ist es so beschlossen.

Bevor ich jetzt über den zweiten Absatz der Verwaltungsvorlage abstimmen lasse, teile ich Ihnen die Namen der Vertreter und der Stellvertreter mit. Der gemeinsame Wahlvorschlag lautet:

Vertreter:

- SPD: Herr Börschel, Frau Dr. Bürgermeister

- CDU: Herr Petelkau, Herr Kienitz

- Grüne: Frau Jahn

Stellvertreter:

- SPD: Herr Frenzel, Herr van Geffen

- CDU: Herr Dr. Elster, Herr Götz

- SPD: Herr Frank

Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Offenbar gab es von unserer Seite aus einen Übermittlungsfehler. In unserem Sinne wäre es, wenn die beiden ordentlichen Vertreter - so heißt das ja leider nun einmal - ich selbst und Herr Frenzel wären und die stellvertretenden Mitglieder Frau Dr. Bürgermeister und Herr van Geffen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. Dann tauschen wir die Namen von Frau Dr. Bürgermeister und Herrn Frenzel aus.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir jetzt über den soeben geänderten zweiten Absatz der Vorlage mit den genannten Wahlvorschlägen ab. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN, der FDP, der Ratsgruppe GUT und von Herrn Wortmann so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Generalsanierung der vorhandenen Sporthalle Bocklemünd hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilfinanzplan 0801 Sportförderung, Finanzstelle 5201-0801-4-5127 SpoAnl. Bocklemünd Bestandshalle 4242/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62564/01 Arbeitstitel: Herzog-Johann-Straße in Köln-Fühlingsen 4089/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 3492/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE AN/0264/2017**

Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

**Michael Frenzel (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation im Belgischen Viertel ist ja keine einfache. Wir haben eingangs darüber diskutiert, was Köln ausmacht und auch lebenswert macht. Neben der Toleranz ist es meines Erachtens auch die Besonderheit, dass die Innenstadt in Köln tatsächlich bewohnt und belebt ist. Glücklicherweise haben wir Innenstadtbereiche, in denen Menschen nicht nur als Hotelgäste oder auf Zeit übernachten, sondern tatsächlich ihren Lebensmittelpunkt haben.

Das betrifft auch das Belgische Viertel. Dieses Veedel steht unter besonderem Druck, weil es sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Vergnügungsviertel entwickelt hat.

Der Kollege Ralph Sterck hat im Ausschuss gesagt, nachdem jetzt noch ein weiterer Antrag auf Eröffnung einer Diskothek mit nächtlichen Öffnungszeiten kam: Die haben wohl den Knall nicht gehört. - Damit hat er es ganz gut ausgedrückt.

Man muss allerdings auch sagen, dass wir das Belgische Viertel nicht totberuhigen wollen. Wir müssen aber einen Interessenausgleich herstellen - zwischen den absolut berechtigten Interessen der Anwohner, Nachtruhe zu halten, und den Interessen derjenigen, die in der Stadt ausgehen wollen und feiern wollen.

Wir waren immer ein bisschen kritisch, ob ein Bebauungsplan dafür tatsächlich die geeignete Lösung ist, ob man also ein kulturelles oder ordnungsrechtliches Problem, wenn man es denn von dieser Seite betrachtet, mit einer baurechtlichen Antwort lösen kann. Bestätigt worden in dieser Auffassung sind wir beispielsweise in dem Werkstattverfahren, das wir mit viel Aufwand zum Brüsseler Platz betrieben haben, um in Workshops der Anwohner und der anderen Beteiligten mit baulichen Lösungen die Lärmsituation dort zu verändern. Am Ende ist bei diesem aufwendigen

Werkstattverfahren herausgekommen, dass man einen Glascontainer versenkt, was das Lärmproblem mit Sicherheit nicht gelöst hat.

Insofern möchten wir zu der hier sicherlich notwendigen Veränderungssperre - das muss man sagen; sie ist sicherlich notwendig, wenn man diesen Interessenausgleich weiterhin erhalten will - mit unserem Änderungsantrag folgende Akzente setzen:

Erstens. Wir möchten die Verwaltung bitten, dieses Bebauungsplanverfahren jetzt auch wirklich zu einem Abschluss zu bringen, damit wir darüber entscheiden können, wie wir mit einem solchen Verfahren den Schwebezustand beenden können.

Denn es geht natürlich auch darum, für diejenigen, die dort heute schon verträgliche Gastronomie betreiben, Zukunftssicherheit und Investitionssicherheit zu schaffen.

Zweitens. Der Änderungsantrag, den wir hier gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE vorgelegt haben, zielt darauf ab, dass uns die Verwaltung informiert - dieser Antrag ist auch in der Bezirksvertretung gestellt worden -, wenn es entsprechende Reaktionen auf die Veränderungssperre gibt, dass wir also eine Rückmeldung bekommen, wenn zum Beispiel Zulassung oder Nichtzulassung einer Ausnahme gemäß § 4 der Satzung behandelt werden.

Drittens. Weil wir glauben, dass eine baurechtliche Regelung die Probleme nicht komplett lösen wird, möchten wir, dass die Verwaltung begleitend bereits jetzt ein ordnungsrechtliches Konzept für das Belgische Viertel erarbeitet und es mit dem Abschluss des Bebauungsplans dann auch zügig vorlegt.

Dazu gehört natürlich auch, dass beispielsweise auch nachts Lärmmessungen durchgeführt werden, um die Belastung durch die unterschiedlichen Betriebe dort festzustellen.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir hier noch einmal einen guten Vermittlungsweg zwischen den berechtigten Interessen der Anwohner auf Nachtruhe und den Regelungen für Öffnungszeiten von Musikclubs und Gaststätten einschlagen. Wir bitten darum, dies entsprechend in das Konzept aufzunehmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Erst die Antragsteller! - Gegenruf von Ralph Sterck [FDP]: Das ist doch nur ein Änderungsantrag!)

Wir legen jetzt auf die Reihenfolge keinen Wert. Ich ziehe Ihre Wortmeldung vor, Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat eine sehr lebendige Innenstadt. Das wird von Einheimischen und von Besuchern sehr geschätzt. Für diese Lebendigkeit gibt es viele Gründe. Es gibt ein sehr gutes kulturelles und kulinarisches Angebot in der Stadt. Auch die Klubkultur genießt einen guten Ruf, und zwar weit über Köln hinaus. In diesen Klubs wird getanzt und gefeiert. Es gibt also sehr viele positive Aspekte.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch Lärm in der Nacht, und es gibt auch Dreck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kölner Innenstadt ist auch deshalb so lebendig, weil hier noch relativ viele Menschen leben. Die Doppelnutzung - Partyviertel und Wohnquartier - bewahrt unsere Innenstadt vor Sterilität und Anonymität.

In anderen Großstädten der Republik wird das nicht mehr so oft vorgefunden. Der Grund dafür ist, dass Bewohnerinnen und Bewohner wegen der hohen Mieten und der schlechten Durchmischung in der Innenstadt in die Außenbezirke ziehen oder sogar verdrängt werden.

Wir beschäftigen uns heute mit der Veränderungssperre für das Belgische Viertel. Mit diesem Instrument soll verhindert werden, dass in diesem Gebiet immer mehr Klubs entstehen. Dem berechtigten Interesse der dort lebenden Menschen auf ein bisschen Ruhe soll damit Rechnung getragen werden.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und eine Entwicklung des Belgischen Viertels mit dieser Veränderungssperre gänzlich abwürgen. Wir als LINKE fordern Augenmaß bei der Reglementierung der Klubkultur. Deswegen wollen wir keine generellen Verbote für das gesamte Belgische Viertel.

Wir bitten die Verwaltung mit unserem Änderungsantrag, bei der Erstellung des Bebauungsplanes Vorschläge zu erarbeiten, in welchen einzelnen Straßen und Häuserblocks Musikklubs zugelassen werden können und in welchen eben nicht.

Meine Damen und Herren, nur alleine mit dem Baurecht kommen wir im Belgischen Viertel nicht weiter. Es greift einfach zu kurz. Gleichzeitig mit dem Bebauungsplanverfahren muss ein ordnungsrechtliches Konzept erstellt werden. Hierfür müssen wir alle beteiligten Interessengruppen an einen Tisch bringen. Sonst setzt sich dieser Konflikt weiter fort.

Es gibt divergierende Aussagen zu der Frage der Lärmmessungen bei der Lokalität Frieda und in deren Nachbarschaft. Wir wollen, dass die Stadt den Lärm in dem Lokal und in den Wohnungen der Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer misst. Entsprechend den Messergebnissen muss die Musikanlage auf eine Schallgrenze versiegelt werden, die die Lärmbelastigung für die Bewohnerinnen und Bewohner mindert. Das ist nach Aussagen von Experten erstens unerlässlich und zweitens technisch möglich.

Solche Lärmmessungen müssen auch für das ordnungsrechtliche Konzept, das wir ja mit unserem Änderungsantrag gemeinsam mit der SPD einfordern, die Basis sein.

Wir bitten die Verwaltung außerdem, einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und wie die Öffnungszeiten in der Nacht begrenzt werden können, damit die Menschen zum Schutz ihrer Gesundheit nachts auch schlafen können.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte folgen Sie unserem gemeinsam mit der SPD gestellten Änderungsantrag, den ich hier noch einmal ganz kompakt vorstellen möchte; ich habe ja noch 1:30 Minuten Zeit.

Wir brauchen einen nach Straßen und Häuserblocks differenzierten Bebauungsplan für das Belgische Viertel. Begleitend dazu brauchen wir ein ordnungsrechtliches Konzept. Dabei müssen alle Interessengruppen einbezogen werden - die Anwohner, die Klubbetreiber, aber auch Kleingewerbetreibende.

Wir brauchen eine objektive Lärmmessung unter Federführung der Stadt. Außerdem müssen wir ins Auge fassen, zu welchen Zeiten eine Begrenzung der Öffnungszeiten im Belgischen Vier-

tel notwendig ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bevor ich die weiteren Wortmeldungen aufrufe, würde ich gerne erst Frau Müller bitten, noch einmal zu erklären, was beschlossen wurde. Das könnte ja einen gewissen Einfluss darauf haben, wie die zukünftigen Wortmeldungen ausfallen.

**Anne Luise Müller (Stadt Köln):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Verwaltungsvorschlag zur Veränderungssperre ist auf Grundlage dessen vorgelegt worden, dass wir auf der einen Seite das Thema der Nutzungssicherung im Belgischen Viertel klarstellen wollen und auf der anderen Seite gleichzeitig das Thema Vergnügungsstätten regeln möchten. Denn Gastronomie ist genauso wenig eine Vergnügungsstätte wie kleinteilige gewerbliche Einrichtungen und kleinteilige Kreativwirtschaft. Alle diese Themen sollen in diesem Bebauungsplan geregelt werden bzw. bestandsgesichert werden.

Als wir zum Beispiel vor zehn oder zwölf Jahren am Rathenauplatz eine ähnliche Fragestellung in Bezug auf Vergnügungsstätten und Ausdehnung von mit dem Wohnen konfligierenden Nutzungen bekommen haben, haben wir genau in dieser Form auch straßenzugweise und geschossweise festgelegt, wie die Nutzungen gesichert werden sollen.

Dabei ging es neben Wohnen, Gastronomie und kleinteiligen Gewerbeeinrichtungen um die Zulassung von Vergnügungsstätten, die sich unter anderem dadurch auszeichnen, dass ihre Öffnungszeiten über die Regelzeiten der Gastronomie hinausgehen, also bis 3 oder 5 Uhr morgens andauern, dass sie große Publikumsströme von außerhalb anziehen und dass sie Eintritt verlangen. Alles das sind Merkmale für Vergnügungsstätten. Sie konfliktieren eben mit dem Wohnen und anderen Nutzungen.

Deswegen haben wir in diesem Fall für zukünftige Anträge zunächst einmal die Veränderungssperre beschließen lassen, damit wir Anträge, die jetzt gestellt werden und den Zielen des zukünftigen Planes entsprechen, auch tatsächlich bescheiden können, um dann zum Schluss mit einem Bebauungsplan die Regelungen festsetzen zu können.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt eine Nachfrage. Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Müller, habe ich Ihren Ausführungen richtig entnommen, dass das, was hier von der SPD und den LINKEN vorgeschlagen wird, bereits jetzt von der Verwaltung gemacht wird?

**Anne Luise Müller** (Stadt Köln): Was den Teil des Bebauungsplanes angeht, ja - nicht das Ordnungsrechtliche, weil das nicht bebauungsplanrelevant ist. Planungsrechtlich ist es aber so, dass wir für diesen Bebauungsplan - ich sage es noch einmal: wie am Rathenauplatz - straßenzugweise wirklich alles durchkämmen werden. Dann werden die Nutzungen auch geschossweise - ab dem ersten Obergeschoss zum Beispiel das Wohnen oder eine gemischte Nutzung - festgesetzt. Das Ganze erfolgt tatsächlich straßenzugweise.

Deswegen sind wir natürlich auch darauf angewiesen, jetzt relativ zügig weiterzumachen, damit wir die Veränderungssperre dann wirklich nicht nur ausschöpfen, sondern auch rechtzeitig beenden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön, Frau Müller. - Es gibt noch eine Nachfrage. Herr Frenzel, bitte.

**Michael Frenzel** (SPD): Vielen Dank. - Frau Müller, ich habe noch eine Nachfrage. Was das Bebauungsplanverfahren angeht, ist es ja ganz klar. Dafür ist das Stadtplanungsamt zuständig. Das liegt also in Ihrer Hand. Dass wir dieses Verfahren so schnell wie möglich zu Ende bringen, ist sicherlich auch in Ihrem Interesse und, glaube ich, auch im Interesse der schwarz-grünen Mehrheit.

Aber würde ein ordnungsrechtliches Konzept eigentlich bei Ihnen im Amt 61 erstellt werden? Oder ist eher ein anderes Amt dafür zuständig? Dann wäre das hier an dieser Stelle doch schon eine sinnvolle Ergänzung.

**Anne Luise Müller** (Stadt Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, das ordnungsbehördliche Konzept kann in der Tat nicht Bestandteil des Bebauungsplans sein, weil wir dort tatsächlich ein eigenes Recht

setzen. Ein ordnungsbehördliches Konzept muss mit dem Ordnungsamt und dann natürlich auch mit uns abgestimmt werden. Es ist aber völlig losgelöst und getrennt davon.

Es kann auch nicht in den Bebauungsplan einfließen, weil wir dort die Art der Nutzung in Bezug auf Vergnügungsstätten, Kreativwirtschaft, Wohnen und Arbeiten separat festsetzen müssen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wahrscheinlich muss man auch erst einmal einen Bebauungsplan haben, um hinterher festzustellen, welches Ordnungsrecht man da setzen kann.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es weitere Nachfragen an Frau Müller? - Das ist im Moment nicht der Fall. Erst einmal vielen Dank, Frau Müller.

Nun gebe ich Frau De Bellis-Olinger das Wort.

**Teresa De Bellis-Olinger** (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Frenzel und Herr Weisenstein, Ihr Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag ist eine Wiederholung der bereits gefassten Beschlüsse. Das muss man einfach feststellen, wenn man sich das vergegenwärtigt, was im Stadtentwicklungsausschuss ja schon vorgebracht worden ist und Frau Müller jetzt noch einmal bekräftigt hat. Alles das, was Sie unter Punkt 1 fordern, ist also in Auftrag gegeben.

Im Übrigen braucht ein guter Bebauungsplan Zeit. Sie haben heute schon zweimal erwähnt, dass wir schnell einen B-Plan brauchen. Das ist zwar richtig. Die Verwaltung muss sich aber die notwendige Zeit nehmen, um das Ganze ein für alle Mal für dieses Viertel zu lösen. Darum ist diese Beschlussvorlage auch sinnvoll und richtig; denn sie sorgt dafür, dass man Antworten geben kann.

Wenn Sie Ihren Änderungsantrag weiterhin aufrechterhalten, hat Sie tatsächlich der Mut verlassen, hier eine Entscheidung zu treffen. Denn die Balance zwischen Wohnen, Gewerbe und Vergnügungsstätten muss nun einmal hergestellt werden. Das heißt ja nicht, dass das Viertel dadurch totberuhigt wird - ganz im Gegenteil. Man gibt einfach klare Antworten.

Die Auffassung, die die IHK nach dem Vortrag von Frau Müller mittlerweile vertritt, zeigt ja auch,

dass wir hiermit auf dem richtigen Weg sind. Die IHK begrüßt das ja mittlerweile auch.

Nehmen wir alle Ihre Messungen mit hinein, ohne eine Entscheidung zu treffen, haben wir Verzögerungen. Dann kann die Verwaltung die Anfragen, die gestellt werden, tatsächlich nicht beantworten.

(Beifall bei der CDU)

Und ganz ehrlich: Musikklubs mit Öffnungszeiten bis 5 Uhr morgens sind zwar schön. Wir feiern alle gern. Aber das muss nicht in der Innenstadt sein, wo auch Menschen leben. Wir müssen auch darauf achten, dass es dort nicht zu einer Verdrängung führt.

Meine Fraktion möchte die Beschlussvorlage hier beschließen. Dafür plädiere ich. Ich möchte auch hiermit werben: Frieden für das Viertel und Frieden mit Frieda.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Pakulat, bitte.

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Man sollte jetzt tatsächlich die Verwaltung erst einmal arbeiten lassen und den B-Plan fertig erstellen lassen. Uns wurde ja von Anfang an gesagt, dass das ein bis zwei Jahre dauern kann. Wenn dann noch Lücken bestehen sollten, können wir noch einmal über Ordnungsrecht reden. Dann können wir ja noch einmal zusätzliche Regelungen finden. Aber die Frau Oberbürgermeisterin hat das eben gut zusammengefasst. In der Tat brauchen wir erst einmal diesen B-Plan, um zu sehen, ob überhaupt Lücken da sind.

Deshalb werden wir von der Fraktion der Grünen der Verwaltungsvorlage zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Antrag kommt ja ganz harmlos herüber. Wenn man ihn liest, denkt

man: Darin stehen ja ein paar ganz plausible Sachen.

Wenn der Kollege Frenzel dann auch noch den Kollegen Sterck aus dem Stadtentwicklungsausschuss zitiert, denkst du: Ach, hör mal; du hast alles richtig gemacht.

Im Laufe ihrer Reden haben sich die beiden Redner dann aber doch verraten und gesagt, wohin der Zug mit ihrem Antrag gehen soll. Und das ist eben - Herr Weisenstein, Sie haben das im Stadtentwicklungsausschuss auch schon versucht; da war die SPD noch etwas indifferenter - „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“. Genau dieses Konzept versuchen Sie hier zu verfolgen. Sie zitieren dann noch aus den Broschüren der KLUBKOMM. Dann weiß man ungefähr, wie der Hase läuft.

Wie ich auch schon im Stadtentwicklungsausschuss gesagt habe, geht das so einfach nicht mehr. Wir sind in der Verpflichtung für die Anwohner dort. Wie Herr Frenzel richtig gesagt hat, haben wir da ja schon eine ganze Menge versucht. Aber wenn jetzt aktuelle Anträge vorliegen, die Öffnungszeiten der Musikgaststätten bis 5 Uhr morgens auszudehnen, dann passt das nicht in die Landschaft. Das ist auch den Bürgern dort nicht zu vermitteln. Sie erwarten vom Stadtentwicklungsausschuss und auch vom Stadtrat eine klare Ansage.

Vor diesem Hintergrund kommt die Veränderungssperre fast schon zu spät. Vielleicht hätte man es direkt mit dem Beschluss des Bebauungsplans koppeln sollen. Frau Müller, manchmal ist es so, dass die Verfahren sich ein bisschen hinziehen. Aber das ist das Zeichen, das wir jetzt setzen müssen. Wir müssen den Bebauungsplan zu Ende bringen und die Veränderungssperre dort einführen, damit sich die Situation nicht entsprechend verschlechtert.

Frau Müller, ich bin Ihnen für Ihren Vortrag im Ausschuss dankbar, aber auch dafür, dass Sie hier noch einmal an den Rathenauplatz erinnert haben; denn ich glaube, dass auf dieser Grundlage hier jetzt etwas sehr Gutes möglich ist.

Wenn so harmlos vom Rathenauplatz gesprochen wird, geht es ja um den gesamten Bereich dort. Dazu gehört die ganze Zülpicher Straße; dazu gehört das ganze Quartier Latäng. Dort sind wir vor zehn Jahren sehr gut vorgegangen und haben - fast würde ich sagen: es war ein Häuserkampf - für jedes einzelne Haus definiert, was noch mehr in Richtung Party gehört und was für das Wohnen geschützt werden muss. Auf-

grund der Bürgerzuschriften, die ich in unserer Fraktion zu diesem Bereich bekomme, kann ich sagen: Dieser Bereich ist in den letzten Jahren wirklich beruhigt worden.

Ich hoffe, dass wir das mit diesen Planungsinstrumenten auch für das Belgische Viertel hinbekommen.

Wenn wir feststellen, dass es nicht reicht und wir nachsteuern müssen, tun wir dann noch etwas obendrauf, wie Frau Kollegin Pakulat richtig gesagt hat.

Jetzt sollten wir aber die Verwaltung erst einmal am Bebauungsplan und mit der Veränderungssperre arbeiten lassen. Der Änderungsantrag ist damit wirklich überflüssig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Bezirksbürgermeister Hupke.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als jemand, der 1974 im Alter von 24 Jahren an den Rathenauplatz gezogen ist, möchte ich kurz in die Geschichte zurückgehen. Damals gab es noch nicht so eine positive Transparenz und so eine bürgerfreundliche Verwaltung wie heute auch noch nicht so eine kooperative Politik. Seinerzeit haben wir als Bürgergemeinschaft diesen Bebauungsplan richtig erkämpft. Teile davon sitzen mir auch heute noch in den Knochen.

Hätten wir damals den Begriff „Veränderungssperre“, wie er jetzt in der Vorlage steht, überhaupt gekannt, wäre das für uns ein Segen gewesen. Wir hätten sie natürlich sofort gefordert. Dann wäre die Zülpicher Straße heute nicht das, was sie ist. Sie wäre in einem erheblich besseren Zustand.

Diese Veränderungssperre wird auch dazu dienen, dass aus der Brüsseler Straße keine Zülpicher Straße wird.

Ich möchte ganz klar daran erinnern, dass das, was hier von dem einen oder anderen Redner vorgetragen worden ist, alles schon gelaufen ist. Sehr geehrte Damen und Herren, da sind Hunderte von Lärmmessungen gemacht worden. Das kann man gar nicht alles aufzählen.

Der gesamte Prozess ist 2009 gestartet. Es gab einen hoch qualifizierten Moderator - leider hat er für die ganze Arbeit, die er da geleistet hat, nicht die gebührende Anerkennung bekommen -, den das Ordnungsamt bzw. die Verwaltung damals zusammen mit der BV ausgesucht hatte. Wenn er nicht gewesen wäre, wären, wie ich auch in öffentlichen Veranstaltungen immer wieder gesagt habe, diese ganzen gallischen Dörfer noch viel weniger aufeinander zugegangen. Dafür gebührt ihm in der Tat ein hohes Lob.

Frau Müller hat hier auch schon kurz darauf hingewiesen, was da alles in der Diskussion gelaufen ist.

Jetzt ist genau der Zeitpunkt der Entscheidung. Das hat auch Herr Sterck gerade noch einmal deutlich gemacht. Da darf man nicht mehr warten.

Man darf es auch nicht begrenzen. Die Veränderungssperre muss bis an die Grenze angewandt werden - es sei denn, ein Gesetz würde das dann verbieten -, um den Bebauungsplan in Ruhe zu erstellen und dann natürlich auch zu beschließen.

Ich erinnere an die entsprechenden Erfahrungen. Ein Mal ist der Bebauungsplan zum Rathenauplatz ja vom Oberverwaltungsgericht Münster wegen eines Formfehlers gekippt worden. Dann haben wir alle zusammen gesagt: Das kommt nicht ein zweites Mal vor. - Danach haben wir sehr gut in der Sache gestritten und dann auch ein rechtsfestes, wasserdichtes Ergebnis bekommen. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt wenigstens das haben, was wir jetzt haben. - Sie sind alle selbst sehr bewandert darin.

Im Übrigen glauben Sie gar nicht, mit welcher Geschwindigkeit Anträge gestellt werden, wenn dann nicht sofort die Veränderungssperre in Kraft tritt. Und da machen Sie gar nichts; da machen wir gar nichts; da macht auch kein anderer etwas. Der Antrag gilt dann und führt dazu, dass Bestandsschutz gilt. Und dann sieht das Viertel ganz schnell entsprechend aus.

Ich möchte auch noch Folgendes sagen: Es geht letztendlich nicht nur um den Lärm. Natürlich geht es auch darum. Dazu haben wir uns auch gestritten. Ich habe mich - das darf ich auch sagen - persönlich mit den Menschen auf dem Platz, in der Kirche, im Pfarrheim usw. usf. gestritten. Im Wesentlichen geht es aber darum, hier über die Brücke der Veränderungssperre endlich ein Veedel zu bekommen, in dem alle befriedet zusammenleben können.

Das Wichtige an dem Bebauungsplan ist, dass dieses Viertel heterogen bleibt. Es muss heterogen bleiben - zur Versorgung für die Bevölkerung und auch für die Besucherinnen und Besucher. Wenn wir das erreichen, können wir sagen, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Wenn sich dort weiterhin gestritten wird, dann gehen wir zusammen dahin, diskutieren mit den Bürgerinnen und Bürgern und sagen: Das ist jetzt so, wie es jetzt ist. - Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und lasse jetzt abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD und der LINKEN ab. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT und die Piraten enthalten sich. Dann ist er abgelehnt.

Nun rufe ich die ursprüngliche Vorlage zur Abstimmung auf. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE und die Piraten enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

## **15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

### **15.1 Das „Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren“**

**hier: Fortschreibung  
3559/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
AN/2110/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
AN/0267/2017**

**Stellungnahme der Verwaltung vom  
03.02.2017  
0295/2017**

Als erster Redner ist mir Herr Frenzel gemeldet. Bitte.

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es an dieser Stelle auch kurz machen. Wir hatten ja verabredet, dass wir das Kooperative Baulandmodell, das ein ganz entscheidender Baustein in der Strategie der Stadt zur Bereitstellung von preiswertem Wohnraum und insbesondere von geförderten Wohnungen ist und das wir mit SPD, CDU und Grünen gemeinsam verabredet haben, nach einem Zeitraum von zwei Jahren evaluieren. An diesem Punkt sind wir jetzt.

Wir haben sicherlich festgestellt, dass es da noch einige Schwächen gibt und wir bei einigen Dingen noch nachjustieren müssen. Beispielsweise war ein ganz wichtiger Punkt - das wurde auch aus der Wohnungswirtschaft kritisiert, dass das Modell an manchen Stellen etwas zu bürokratisch war, weil es mit dem ursprünglichen Vorschlag zu viele Prüfschleifen in der Verwaltung gab.

Insofern bin ich froh darüber, dass die Verwaltung uns hier einen wirklich sehr soliden Vorschlag gemacht hat, wie wir das Modell evaluieren können - auch in einem ganz intensiven Dialog mit der Wohnungswirtschaft im Wohnungsbauforum. Darüber hinaus haben auch noch zahlreiche Fachgespräche stattgefunden. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank an die Verwaltung und an das Team von Frau Müller und Herrn Höing.

Nichtsdestotrotz haben wir, als wir dann mit SPD, CDU und Grünen zu dritt zusammengesessen haben, noch ein paar Punkte gefunden, wie man das Ganze vielleicht noch weiter verbessern könnte.

Ein Punkt ist folgender: Mit unserem ursprünglichen Vorschlag, den wir im letzten Jahr gemacht haben, wollten wir ja ein Zeichen setzen und die Bagatellgrenze entfallen lassen. Das hat zu viel Kritik geführt, insbesondere vom Haus- und Grundbesitzerverein, der das als ungünstig bezeichnet hat. Wir haben darauf reagiert und die Bagatellgrenze nur leicht abgesenkt, und zwar auf 20 Wohneinheiten. Insofern sind wir der Wohnungswirtschaft da entgegengekommen und von unserem ursprünglichen Vorhaben abgerückt, auch ganz kleine Bauvorhaben mit gefördertem Wohnungsbau zu bedenken.

Ein weiterer - aus meiner Sicht sehr wichtiger - Punkt ist, dass wir auch eine klare Regelung für das Auslaufen des alten Kooperativen Baulandmodells von 2014 finden. Dazu haben wir eine Stichtagsregelung vorgeschlagen. Das halte ich für eine ganz gute Sache.

Wir haben jetzt nicht in Ihren Satzungstext eingegriffen, weil das sicherlich Verwaltungsarbeit ist, sondern schlagen vor, dass das alte Kooperative Baulandmodell zum 30. Juni 2018 beendet wird. Diejenigen, die es noch nutzen wollen, müssen jetzt also ein bisschen Gas geben. Das ist vielleicht auch ganz gut, um den Wohnungsbau in der Stadt zu befördern. Schließlich brauchen wir dringend mehr Wohnungen. Herr Dr. Rau hat das auch gesagt. Eigentlich ist auch das Unterbringungsproblem der Flüchtlinge weniger ein Flüchtlingsproblem, sondern vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass wir zu wenige Wohnungen haben.

Ich will dies jetzt auch nicht zu lange ausführen. Insofern möchte ich Sie bitten, diesem Dreier-Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kienitz, bitte.

**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, es auf ein paar Schlüsselwörter zu reduzieren. - Nach einer, wie ich zugeben muss, intensiven Beratungsrunde zwischen den drei großen Fraktionen, die das Kooperative Baulandmodell seit 2014 gemeinsam tragen wollen, haben wir jetzt einen Änderungsantrag vorgelegt. Ich gebe zu, dass es hier noch einmal eine durchaus lebhafteste Diskussion zwischen den Protagonisten gegeben hat.

Jetzt haben wir aber etwas vorgelegt, was wir der Verwaltung noch einmal für eine Überarbeitung mitgeben wollen, damit wir die Satzung schlussendlich im April dieses Jahres beschließen können. Dabei handelt es sich um klare Botschaften.

Was wir vorgelegt haben, ist eine etwas entschlacktere, etwas einfachere Übergangsregelung unter dem Stichwort der Verlässlichkeit und des Vertrauensschutzes gegenüber den Investoren, mit denen wir ja diese Stadt zusammen bauen wollen. Insofern sind wir auch auf den Dialog mit ihnen angewiesen. Das heißt: Hier ist der Übergang klarer geregelt. Kleinere Projekte fallen nicht unter das Kooperative Baulandmodell. Wir haben hier die berühmten 20 Wohneinheiten gewählt.

Wir wollen ja auch günstigen Wohnraum bauen. Insofern wollen wir, was die Umlage für die Schulen betrifft, eine Lösung finden, die der alten Regelung entspricht. So stellen wir sicher, dass diese Umlage doch nicht so auf den Endpreis pro Quadratmeter - der sich nachher in der Monatsmiete oder im Kaufpreis für die Eigentumswohnung oder das Haus widerspiegelt - durchschlägt, wie sich das hier zunächst abzeichnete.

Insofern geben wir der Verwaltung hier noch einmal eine Aufgabe für die nächsten Wochen, damit wir dann im April 2017 den Beschluss fassen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Jahn hat das Wort.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Mein Dank gilt auch erst einmal der Verwaltung. Was sie uns hier vorgelegt hat, war schon eine sehr umfangreiche und sehr komplexe Vorlage, die auch im Dialog mit der Wohnungswirtschaft entstanden ist. Insoweit handelt es sich bei dem, was uns vorliegt, ja auch schon um einen Kompromiss.

Das Ziel haben meine Vorredner zum Teil bereits skizziert. Es geht darum, die gemischte Stadt, die wächst, weiter zu bauen. 30 Prozent geförderter Wohnraum soll nun in allen Stadtteilen oder in allen Quartieren entstehen. Wir wollen überall da, wo Planrecht geschaffen wird, 30 Prozent geförderten Wohnraum realisieren. Das haben wir bereits am 2. Februar 2016 der Verwaltung mit aufgegeben. Über eine Übergangsregelung wollen wir dann auch endlich zu diesem Ziel kommen - das Ganze natürlich immer mit dem qualitativ hochwertigen Städtebau; denn wir haben die historische Chance, die Stadt weiter zu bauen und neu zu bauen.

Die Rahmenbedingungen für geförderten Wohnraum sind zurzeit so gut, wie sie noch nie waren. Köln ist super attraktiv. Insofern gibt es auch eine unheimliche Sogwirkung für Investoren. Diese brauchen eine gewisse Planungssicherheit.

Die politischen Präzisierungen, die wir heute noch einmal vorgenommen haben, würden wir gerne am 4. April 2017 dann auch beschließen - das Ganze wieder im Dialog sowohl mit der Politik als auch mit der Wohnungswirtschaft.

Ich bin aber ganz guter Dinge, dass wir das bekommen. München macht es seit über 20 Jahren mit der sozialgerechten Bodennutzung. Und ich denke mir: Was München kann, schaffen wir auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich bin ein bisschen ärgerlich. Wir diskutieren seit Jahren über das Kooperative Baulandmodell. Es stand mehrere Male im Stadtentwicklungsausschuss auf der Tagesordnung. Und heute kommt bei einem so wichtigen Projekt, einem unserer wichtigsten Projekte, während der Sitzung ein Änderungsantrag von den drei großen Fraktionen. Das finde ich der Sache überhaupt nicht angemessen.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Der Änderungsantrag hätte vernünftig im Fachausschuss vordiskutiert werden müssen - und nicht jetzt hier um halb zehn. Das finde ich einfach ärgerlich.

Ich möchte darum bitten, dass man, auch wenn man die Macht hat, künftig vielleicht einmal darüber nachdenkt, ob man so etwas nicht ein bisschen anders gestalten kann.

(Beifall bei der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]: Du hast recht! Dann hätten wir aber eben die Debatte um das Belgische Viertel auch nicht hier führen müssen!)

- Das ist eine völlig andere Dimension. Das wissen Sie auch, Herr Kienitz.

Jetzt würde ich aber gerne etwas zum Inhaltlichen sagen. Selbstverständlich ist es gut, dass wir, wie die Verwaltung in ihrer Vorlage geschrieben hat, von nun an immer 30 Prozent geförderter Wohnraum schaffen wollen, wenn wir Planrecht schaffen. Das ist gut. Daran sollten wir festhalten. Und wir können alle hoffen, dass das auch vor Gericht Bestand hat.

Meine Damen und Herren, dieser Gedanke geht aber nicht weit genug. In dieser Stadt gibt es auch sehr viele Leute, die keinen Wohnberechtigungsschein haben, aber trotzdem darauf angewiesen sind, in einer halbwegs finanzierbaren Wohnung zu leben.

Deswegen müssen wir das Kooperative Baulandmodell um weitere 30 Prozent preisgedämpften Wohnraum bereichern.

Die Verwaltung hat in einer Stellungnahme erklärt, das gehe nicht. Ich befürchte aber, dass die Verwaltung unseren Änderungsantrag in diesem Punkt leider nicht richtig verstanden hat. Ich habe schon häufig probiert, das darzulegen; aber es hat einfach nicht funktioniert.

Wir wollen für diese 30 Prozent keine Administration aufbauen, sondern wir wollen lediglich - und jetzt müssen wir noch einmal ein bisschen ins Detail gehen - das Baurecht ausschöpfen; denn das Baurecht sieht die Möglichkeit vor, dass wir als Stadt Wohnungen mit einem bestimmten Zuschnitt vorschreiben. Dieser bestimmte Zuschnitt definiert sich an dem sozialen Wohnungsbau, ist aber keiner. Deswegen kann dieser Zuschnitt - er muss es nicht unbedingt; er kann es aber - eine preisdämpfende Wirkung erzielen. Denn wenn Sie 85 Quadratmeter auf drei Zimmer, Küche und Bad verteilen, werden Sie für diese Wohnung nicht so viel Miete einnehmen können wie für ein Einzimmerappartement mit 85 Quadratmetern. Da gibt es einen Riesenunterschied.

Dieser Punkt sollte mit aufgenommen werden, damit wir junge Familien in Köln halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher möchte ich Sie darum bitten, sich noch einmal diese Vorschrift anzuschauen, die Sie jetzt in Ihrem Änderungsantrag in einem anderen Zusammenhang erwähnen. Sie schreiben nämlich, dass im Kooperativen Baulandmodell der öffentlich geförderte Wohnungsbau künftig genau über diesen Paragraphen erfolgen soll. Die ganze Zeit haben wir das über einen städtebaulichen Vertrag gemacht. Das hat im Prinzip auch funktioniert. Warum Sie da jetzt umschwenken, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung gab es vonseiten der Verwaltung ganz hervorragende Ideen, wie man die Frage der Grundschulversorgung und die Frage der Kitaversorgung mit in das Kooperative Baulandmodell aufnehmen kann. Das weichen Sie mit Ihrem Änderungsantrag jetzt wieder auf. Dass Sie das tun, wundert mich.

Wir hätten es gerne ein wenig schärfer formuliert - nämlich so, dass der Investor nicht nur für den

Bedarf in dem neu errichteten Gebiet die Kindergartenplätze vorhalten muss, sondern auch für den Bedarf in dem Gebiet, das die Verwaltung an anderer Stelle definiert, indem sie den Eltern die Zumutbarkeit eines Weges von 5 Kilometern auferlegt. Diese Zumutbarkeit muss auch für den Investor festgeschrieben werden. Er muss sich auch an der Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen in der Nachbarschaft beteiligen. Denn beim Bedarf wird von der jetzigen Situation ausgegangen. Wir müssen aber davon ausgehen, dass der Bedarf bzw. die Bedarfsdeckungsquote in den nächsten Jahren steigen wird. Deswegen ist es eigentlich unerlässlich, diese Regelung hier mit aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Änderungsanträge haben ja lange genug vorgelegen. Jeder, der sich für das Kooperative Baulandmodell interessiert, hatte Zeit, da wirklich einmal nachzulesen. Wir machen das ja ein bisschen anders als die drei Großen und kommen damit nicht auf den letzten Drücker.

Ich muss jetzt aber noch einmal auf Ihren Änderungsantrag von heute Abend eingehen. Was Sie hier machen, ist schon ein bisschen schade. Denn jede Fraktion hat ein Zückerchen bekommen und eine Kröte geschluckt, wie man daran genau ablesen kann, und nachher kommt dabei etwas heraus, was in der Qualität keinen Vorteil bringt oder nur ganz wenig Vorteil bringt.

Das Schlimmste ist allerdings - und das schreiben Sie in Ihrem Antrag ganz klein; da muss ich sogar noch meine Brille herausholen; in Ihren Reden haben Sie das auch alle nicht erwähnt; deshalb möchte ich die Runde hier einmal darauf aufmerksam machen -, dass Sie die Übergangsregelung noch einmal um anderthalb Jahre ab heute verschieben. Das heißt, dass jetzt jeder in Ruhe überlegen kann: Für dieses Riesenareal, das ich schon habe, stelle ich heute noch den Antrag, obwohl ich in Wirklichkeit erst in fünf Jahren baue; denn dann muss ich keine Sozialwohnungen bauen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das stimmt doch nicht!)

- Das steht doch da drin.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wir haben ja ein bestehendes Kooperatives Baulandmodell!)

- Ja, natürlich haben wir ein bestehendes Kooperatives Baulandmodell. Aber die Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2018 steht sehr wohl da drin.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Zur Beschleunigung!)

Wenn wir das jetzt noch einmal so detailliert diskutieren, dann müssen Sie mir diese Minute noch lassen, Frau Oberbürgermeisterin. Auf diesen Einwand muss ich eingehen. - Frau Jahn, Sie haben vorhin in Ihrer Rede selbst richtig gesagt, dass wir mit diesem Kooperativen Baulandmodell nur bedingt Erfolg hatten, weil die Investoren geschickt gerechnet haben und sagen konnten: Der Mehrwert beim Boden ist so gering, dass ich keine Sozialwohnungen bauen muss. - Und genau das verlängern Sie jetzt noch einmal ab Antragstellung heute bis Mitte 2018. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Lesen Sie es noch einmal nach. Es steht da drin.

Der Antrag enthält allerdings auch vernünftige Aspekte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Danke!)

- Ich weiß nicht, ob sie auf Ihrem Mist gewachsen sind, Herr Kienitz. Aber dass die Grenze von 25 auf 20 Wohneinheiten gesenkt wird, ist ein kleiner Erfolg; das ist richtig.

Deswegen werden wir jetzt hier auch getrennte Abstimmungen über die einzelnen Punkte beantragen. Ich habe diesen Antrag der Verwaltung schon hingelegt. Die Zeit ist weit fortgeschritten. Ich will Sie nicht lange damit aufhalten. Aber dazu kann man nicht einfach so Ja oder Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck, bitte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Sterck freut sich!)

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Herr Sterck freut sich nur bedingt, muss ich sagen; denn ich hatte mir meine Abendgestaltung anders vorgestellt. Als ich die Tagesordnung gesehen habe, habe ich gedacht: Das kann ja heute nicht lange dauern; du bist früh zu Hause. - Nachher muss ich da erst einmal erklären, wieso das nicht der Fall war. Daran ist das Kooperative Baulandmodell mit schuld.

Meine Damen und Herren, die Sie das Ganze nicht so intensiv verfolgen - Zuschauer auf Zu-

schauertribüne haben wir nicht mehr viele; aber vielleicht guckt noch jemand zu Hause zu -, wenn Sie die Reden hier hören, müssen Sie ja denken, das Kooperative Baulandmodell sei ein super Erfolgskonzept und der Renner in Köln.

Wenn ich jetzt an die Verwaltung, an die Oberbürgermeisterin, an Frau Müller die Frage stellen würde, wie viele Wohnungen, die wir schaffen wollten, wir denn in den letzten drei Jahren damit geschaffen haben - - Ich kann es abkürzen. Es ist eine rhetorische Frage. In den letzten Jahren sind nämlich null Wohnungen damit geschaffen worden.

(Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Das sind alternative Fakten!)

So etwas bezeichnet man dann als bedingt erfolgreich.

Kirsten Jahn ärgert sich und sagt, das stimme doch gar nicht. Natürlich stimmt es. Das ist der größte Rohrkrepieler. Und damit haben wir uns hier jahrelang politisch beschäftigt.

Damit haben wir auch die Verwaltung jahrelang beschäftigt. Meine Damen und Herren, die Verwaltung sollte eigentlich dazu kommen, Baugenehmigungen auszustellen. Das schafft Wohnungen in dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie aber machen, ist Folgendes: Sie schaffen immer höhere Hürden für die Investoren, die man immer noch ein bisschen melken kann und immer noch ein bisschen ärgern kann.

(Niklas Kienitz [CDU]: Muss man dir nach Jahrzehnten im Stadtentwicklungsausschuss noch erklären, wer Baugenehmigungen erteilt?)

Dann bauen die Investoren ihre Wohnungen eben woanders. Wir haben noch Glück, wenn sie sie in Pulheim oder in Bergisch Gladbach bauen. Aber nein; sie bauen die Wohnungen am Ende auch in Bonn und in Düsseldorf oder sonst wo in der Republik. Denn sie sind auf unsere Grundstücke nicht angewiesen. Das ist die Wahrheit über dieses tolle Konzept des Kooperativen Baulandmodells.

Was den Änderungsantrag angeht, hat Herr Weisenstein das sehr schön herausgearbeitet. Man weiß ja, warum Änderungsanträge hier als Tischvorlagen kommen. Dann hat man ungefähr

eine Ahnung, wie lange diejenigen vorher zusammengehockt haben und daran gestrickt haben. Sie haben gesagt: Jeder bekommt ein bisschen etwas. - Und das kommt dann dabei heraus.

Wir wissen ja auch, wie schwer sich die Kollegen von der CDU damit tun, dem nachher zuzustimmen. Schauen wir einmal, wer jetzt schon auf Toilette gegangen ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

damit er nachher sagen kann: Ich bin nicht dabei gewesen.

So ist es ja. Die CDU hat das hier die ganzen Jahre mitgemacht. Nachher kommen sie aber alle bei uns vorbei und sagen: Ja, Herr Sterck; Sie haben mit dem, was Sie gesagt haben, ja vollkommen recht gehabt. - Wir wissen ja, wie das läuft.

Sie machen die falsche Wohnungsbaupolitik - gerade mit diesem Konzept. Hier wird nur Bürokratie aufgebaut, anstatt wirklich dafür zu sorgen, dass Wohnungen in dieser Stadt gebaut werden können. Unsere Stimmen bekommen Sie dafür nicht. Das sage ich Ihnen. Wir werden dieses Konzept weiterhin ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 15.1? - Wenn das nicht der Fall ist, würde ich gerne zur Abstimmung kommen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU und Grünen, und zwar gemäß dem Antrag der LINKEN über verschiedene Punkte separat, und dann eventuell über die ursprüngliche Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

Wer wünscht dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen? - Das sind die LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Wortmann, den Piraten und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen, und zwar zunächst über die Punkte 1, 2 a) und 2 c). Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Punkte 2 b) und 2 e). Gegenstimmen? - DIE LINKE und die FDP. Enthaltungen? - Herr Wortmann und die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt stimmen wir über die Punkte 2 d) und 2 f) gemeinsam ab. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN und der AfD. Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Ersetzungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Dabei müsste ja mehr oder weniger das Gleiche herauskommen. Es dürfte also keine Überraschung sein, wie die FDP stimmt. Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Ich rufe auf:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**

**16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zum Neuen Kreuz von Von-Kleist-Straße bis Haus-Nr. 24 einschließlich in Köln-Widdersdorf  
3566/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

**7 Wahlen**

Tagesordnungspunkt

**17.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn  
hier: Wahl eines Mitgliedes  
4123/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 GEW Köln AG  
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes  
4139/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss  
4325/2016**

Hier stimme ich nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
0184/2017**

Hier stimme ich ebenfalls nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband  
hier: Wahl eines Vertreters  
0281/2017**

Hier stimme ich wieder mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die ausländerrechtliche Beratungskommission  
AN/0224/2017**

Auch hier stimme ich mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates  
0282/2017**

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass Sie über die Vorschläge gemeinsam abstimmen, meine Damen und Herren.

Ich stimme nicht mit.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren  
0443/2017**

Ich stimme nicht mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB):  
Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds  
0436/2017**

Ich stimme wieder mit.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)  
Entsendung eines Mitgliedes in die  
Verbandsversammlung  
0440/2017**

Auch hier stimme ich mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den  
Aufsichtsrat  
3836/2016**

Ich stimme mit.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachbesetzung verschiedener Gremien  
AN/0263/2017**

Hier stimmen wir über den Antrag in der neuen Fassung ab, meine Damen und Herren.

Ich stimme nicht mit.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Tagesordnungspunkt

**18.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“  
4235/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur Minderung des Schulnotstandes  
4343/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.3 Zuschuss an Rubicon e. V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBT-Hintergrund in Köln  
hier: Endgültige Mittelfreigabe  
0086/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.



Dann beende ich den öffentlichen Teil der Sitzung und sage der Presse Guten Abend.

(Schluss: 21.38 Uhr)